

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

DIALOG GLOBAL



Handreichung zur
Kommunalen
Entwicklungspolitik

Ein Theorie- und Praxisleitfaden

Im Auftrag des

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Nr. 28

Impressum

Herausgeberin:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150
info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Abteilung Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-389
info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de
Inhaltlich verantwortlich: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft Nr. 28
Projektleitung: Team Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Texte: Jessica Baier, Ulrich Held, Jennifer Ichikawa, Michael Marwede,
Anja Röhrig, Hannes Siege, Mandy Wagner, Dr. Stefan Wilhelmy
Redaktion: Barbara Baltsch, Michael Marwede, Mandy Wagner
Titelbild: Archiv Städtepartnerschaften der Stadt Ludwigsburg

Layout, Satz und Umschlaggestaltung: Fabian Ewert Design
Druck: Medienhaus Plump GmbH
100% Recyclingpapier, RecyMago

Leicht veränderter Nachdruck der 1. Auflage vom Mai 2013
Bonn, April 2014

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung
des Herausgebers. Die Reihe „Dialog Global“ wird finanziell geför-
dert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenar-
beit und Entwicklung sowie die Bundesländer Baden-Württemberg,
Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

**Handreichung zur
Kommunalen Entwicklungspolitik**

Ein Theorie- und Praxisleitfaden.

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	9
1. Neue Wege in die Kommunale Entwicklungspolitik	10
1.1 Definition der Kommunalen Entwicklungspolitik	10
1.2 Klassische Handlungsfelder und Aktivitäten der Kommunalen Entwicklungspolitik	15
1.3 Akteure der Kommunalen Entwicklungspolitik	16
1.4 Rechtliche Rahmenbedingungen und Finanzierungswege	17
1.5 Rolle der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit und Grenzen der Kommunalen Entwicklungspolitik	20
Interview mit Dr. Stephan Articus: „Unsere Experten sind gefragte Berater“	22
2. Handlungsfelder und Perspektiven der Kommunalen Entwicklungspolitik	24
2.1 Faires Beschaffungswesen in Kommunen	24
2.1.1 Moderne Vergabeordnung und Faire Beschaffung	25
2.1.2 Produktpalette für die Faire Beschaffung	27
2.1.3 Kleine und große Schritte zur Fairen Beschaffung	28
2.1.4 Kampagnen, Wettbewerbe und Netzwerke zur Fairen Beschaffung	30
2.2 Bürgerhaushalt als Handlungsfeld Kommunalen Entwicklungspolitik	32
2.2.1 Bürgerhaushalt als Chance für Bürgerschaft, Politik und Verwaltung	35
2.2.2 Bürgerhaushalte in Deutschland	36
Interview mit Dr. Gerd Landsberg: In gemeinsamen Projekten voneinander lernen	37
2.3 Kommunale Partnerschaften	39
2.3.1 Kommunale Partnerschaften im Wandel	41
2.3.2 Arbeitsfelder der transnationalen Zusammenarbeit von Kommunen	42
2.3.3 Potenziale und Nutzen der kommunalen Partnerschaften	44
2.3.4 Gestaltung von kommunalen Partnerschaften	45
2.3.5 Akteure für eine gelingende kommunale Partnerschaft	47
2.3.6 Finanzierungs- und Förderungsmöglichkeiten von Entwicklungspartnerschaften	48
Interview mit Dr. Albert Statz: Lokalpolitik mit Blick auf die Welt	50
2.4 Transnationale Netzwerke für die zukunftsfähige Stadt	52
2.4.1 Internationale Städtenetzwerke	52
Interview mit Konrad Otto-Zimmermann: Städte fit machen für die Zukunft	55
2.5 Bildung findet „Stadt“: Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen in Kommunen	57
2.5.1 Mit Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globalem Lernen für eine neue Lernkultur in Kommunen	58
2.5.2 Verbindung von Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globalem Lernen mit internationalen Abkommen und Entwicklungen	59
2.5.3 Kommunale Aktivitäten für Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen	60
2.5.4 Ansprechpartner und Kontaktadressen für Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen	63

2.6	Migration und Entwicklung	64
2.6.1	Migranten als Partner der deutschen Entwicklungspolitik	64
2.6.2	Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene	65
2.6.3	Mögliche Schritte zur Stärkung des Handlungsfeldes Migration und Entwicklung	67
2.6.4	Netzwerke und Organisationen für das Handlungsfeld Migration und Entwicklung	69
3.	Erfolgsfaktoren und Instrumente der Kommunalen Entwicklungspolitik	71
3.1	Kommunalpolitischer (Rahmen-)Beschluss zur Entwicklungspolitik	71
3.2	Vernetzung zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft	72
3.3	Strukturelle und personelle Verankerung von Entwicklungspolitik in der Kommune	73
3.4	Langfristigkeit und Nachhaltigkeit Kommunalen Entwicklungspolitik	73
3.5	Förderung von (Verwaltungs-)Kompetenzen	74
3.6	Informations- und Bildungsarbeit im Inland	74
3.7	Erfahrungsaustausch in nationalen und internationalen Netzwerken	74
3.8.	Sicherung der finanziellen Grundlagen	75
	Interview mit Frithjof Kühn: Entwicklungspolitisches Engagement lohnt sich	75
4.	Benefits der Kommunalen Entwicklungspolitik anhand ausgewählter Beispiele	77
4.1	Interview mit Michael Marwede: Faire Bananen für den Bürgermeister	77
4.2	Kommunale Dreieckspartnerschaft zwischen Ludwigsburg, Montbéliard und Kongoussi	79
4.3	Das WM-Projekt „Südafrika 2010 – Deutschland 2006: Stärkung kommunaler Zusammenarbeit und Entwicklung – Partnerschaft mit Kick!“	81
4.4	Rolle von Migranten in der Stadt des 21. Jahrhunderts	83
4.5	Der Umgang mit dem Klimawandel als weltweite kommunale Herausforderung	85
5.	Anhang	88
5.1	Abkürzungsverzeichnis	88
5.2	Abbildungsverzeichnis	89
5.3	Literaturverzeichnis	90
5.4	Ansprechpartner	94
5.5	Datenbanken und Internetseiten	115
5.6	Kampagnen und Wettbewerbe	118
5.7	Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	119

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Kommunale Entwicklungspolitik ist in vielen deutschen Städten und Gemeinden gelebte Praxis. Kommunen gründen und pflegen Partnerschaften mit Städten in Afrika, Asien oder Lateinamerika, sie engagieren sich in Klimapartnerschaften, beteiligen sich beim Aufbau demokratischer Strukturen und vermitteln Know-how. Es geht hierbei immer mehr auch um wechselseitiges Lernen gleichberechtigter Partner. Aber das ist nicht alles. Ihr kommunales Engagement im Ausland findet seine Entsprechung im Inland: Kommunen fassen Beschlüsse zur Fairen Beschaffung, gestalten Bürgerhaushalte, kooperieren mit Diasporagemeinschaften oder unterstützen die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. Mit diesem Bündel an Maßnahmen im In- und Ausland tragen deutsche Städte und Gemeinden auf wirksame Weise dazu bei, internationale Ziele wie die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) der Vereinten Nationen (UN) zu erreichen und zu einer weltweit gerechten und nachhaltigen Entwicklung beizutragen.

Kommunale Entwicklungspolitik gibt Antworten auf globale Herausforderungen. Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 hat dabei die entscheidende Wende im Denken eingeleitet. Auf ihr wurde klar formuliert: Die Bewältigung der anstehenden Aufgaben – Armutsbekämpfung, Klimawandel, Verstädterung, Ressourcenknappheit – kann nicht mehr allein durch staatliche Akteure gemeistert werden, sondern ist mehr und mehr auf die Mitwirkung von Kommunen angewiesen. Denn es braucht lokale Antworten, um globale Herausforderungen zu lösen.

Doch wie steht es um die Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland – 20 Jahre nach Rio? Eine erste Einschätzung ermöglichte die 2009 erschienene Studie „Kommunale Entwicklungspolitik“, die von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) herausgegeben wurde. Die Bilanz konnte sich sehen lassen: Das Engagement deutscher Kommunen ist erfolgreich und trägt zur Nachhaltigkeit bei. Dennoch, ihr volles Potenzial können sie noch nicht entfalten. Rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen

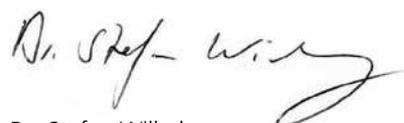
mögen hier noch einschränkend wirken. Entscheidender aber ist, dass nach wie vor auf der politischen Ebene ein erheblicher Informations- und Aufklärungsbedarf besteht.

Mit dieser Handreichung zur Kommunalen Entwicklungspolitik möchten wir dazu beitragen, das Engagement der Kommunen in seiner Vielfalt und Kreativität weiter zu stärken und zu verankern. Die Servicestelle hat die Handreichung in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden und auf Bitte des Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erstellt. Wir hoffen, mit diesem Kompendium aus Theorie und Praxis möglichst viele Entscheider aus Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung zu ermutigen, politische Beschlüsse zu fassen, in denen sie sich zu ihrer globalen Verantwortung als nachhaltig handelnde Akteure bekennen.

Die zahlreichen Praxisbeispiele in der Handreichung zeigen: Es lohnt sich! Kommunale Entwicklungspolitik nutzt nicht nur dem eigenen Image. Entwicklungspolitisches Engagement trägt auch zu Weltoffenheit und interkultureller Kompetenz bei und erhöht die Attraktivität im globalen Standortwettbewerb. Dies lockt innovative Unternehmen an und im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements gehen von ihm entscheidende Impulse für Verwaltung und Zivilgesellschaft aus.

Entwicklungspolitik beginnt in der Kommune und jeder, der Interesse und Lust an diesem kreativen und vielfältigen Politikfeld hat, kann sich direkt in seiner Stadt, Gemeinde oder in seinem Landkreis einbringen und aktiv werden. Die Engagement Global gGmbH unterstützt dieses entwicklungspolitische Engagement mit einer Vielzahl von Angeboten. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) möchte mit dieser Handreichung ausdrücklich zum Handeln ermutigen.

Ihr



Dr. Stefan Wilhelmy

Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Einleitung

Die Handreichung zur Kommunalen Entwicklungspolitik versteht sich als Einstiegshilfe für alle, die sich für den Themenkomplex interessieren oder sich in der Kommunalen Entwicklungspolitik engagieren wollen. Als Praxisleitfaden richtet sie sich ausdrücklich an interessierte Vertreter¹ aus Kommunalverwaltung und -politik, die bereits bestehende Ansätze einer Kommunalen Entwicklungspolitik bündeln und voranbringen möchten.

Beispiele aus der Praxis für die Praxis

Für die Handreichung wurden die bereits erschienenen Ratgeber, Praxisleitfäden, Studien und Dokumentationen zur Kommunalen Entwicklungspolitik, die die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) in der Reihe Dialog Global seit 2004 bis heute regelmäßig herausbringt, gesichtet und ausgewertet. Dies eröffnet einen Blick auf die Entwicklung der Kommunalen Entwicklungspolitik bei gleichzeitiger größtmöglicher Annäherung an die aktuelle Praxis in deutschen Kommunen.

Um einen authentischen Eindruck von dem kommunalen Engagement zu geben, kommen unsere Partner aus den kommunalen Spitzenverbänden, Kommunen und Nichtregierungsorganisationen auch selbst in Interviews zu Wort.

Die Handreichung zielt auf leichte Lesbarkeit und praktische Handhabung. Die Kapitel bauen nicht zwingend aufeinander auf und können unabhängig voneinander gelesen werden. Infokästen liefern kurze Abrisse oder Begriffsdefinitionen zur schnelleren Orientierung. Im Anhang erwarten den Leser weiterführende Links und Literaturhinweise zu den Themen.

Im ersten Kapitel „Neue Wege in die Kommunale Entwicklungspolitik“ wird die Kommunale Entwicklungspolitik in den politischen Gesamtzusammenhang eingeordnet – angefangen von ihren ersten Ausprägungen bis hin zur heutigen Praxis. Es zeigt entwicklungspolitisches Engagement als verantwortungsbewusste und nachhaltig gestaltete Kommunalpolitik und Impulsgeber für bürgerschaftliches

Engagement, das im Netzwerk mit Bundesländern und Bund auf kommunaler Ebene konsequent fortgesetzt wird.

Die entwicklungspolitischen Handlungsfelder der Kommune werden im zweiten Kapitel vorgestellt. Bereits bestehende Handlungsfelder wie Faire Beschaffung, kommunale Partnerschaften oder Migration und Entwicklung finden ihre Erweiterung etwa in der internationalen Vernetzung oder dem Bürgerhaushalt. Da die Handlungsfelder in der Praxis jedoch alle eng miteinander verzahnt sind, lassen sie sich nur selten genau voneinander abgrenzen. Insbesondere die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit spielt in nahezu allen entwicklungspolitisch relevanten Handlungsfeldern der Kommune eine maßgebliche Rolle.

Kommunale Entwicklungspolitik ist also kein fest einzugrenzendes Politikfeld, sondern stellt eine Querschnittsaufgabe in der Kommune dar. Die große Bandbreite an unterschiedlichen Akteuren und der verschiedenen Ressorts, die in der Kommunalen Entwicklungspolitik eingebunden sind, ist hierfür ein weiteres Indiz.

Das dritte Kapitel stellt Erfolgsfaktoren für die verschiedenen Handlungsfelder der Kommunalen Entwicklungspolitik dar.

Zum Abschluss werden im vierten Kapitel herausragende Projekte entwicklungspolitischen Engagements vorgestellt. So stellen innovative Modelle in der kommunalen Partnerschaftsarbeit wie Dreiecks- und Klimapartnerschaften neue Ansätze für die Umsetzung entwicklungspolitischen Engagements dar, die sich als effektiv und erfolgreich erwiesen haben.

Die im gesamten Text eingestreuten Beispiele aus der Praxis weisen auf effektive und gangbare Wege hin, die den Kommunen heute in der Kommunalen Entwicklungspolitik offen stehen. Dass diese sich nicht auf jede Kommune eins zu eins übertragen lassen, ist selbstredend. Stets erwachsen diese Optionen aus der spezifischen Situation der Kommune. Neben ihrem exemplarischen Charakter enthalten die Beispiele somit immer auch ein Quäntchen experimenteller Kraft, die den Samen für neue Wege in der Kommunalpolitik des 21. Jahrhunderts bilden.

¹ Aus Gründen der Vereinfachung und besseren Lesbarkeit wird die männliche Form verwendet. Darin ist das weibliche Geschlecht einbezogen.

1 Neue Wege in die Kommunale Entwicklungspolitik

1.1 Definition der Kommunalen Entwicklungspolitik

Als Kommunale Entwicklungspolitik wird die Summe aller Mittel und Maßnahmen bezeichnet, die Kommunalverwaltung und -politik einsetzen und ergreifen, um eine nachhaltige Entwicklung vor Ort und in Entwicklungsländern zu fördern.²

Kommunale Entwicklungspolitik umfasst nach dieser Definition Maßnahmen der Kommunen³ im Inland, wie etwa Informations- und Bildungsarbeit oder Faires Beschaffungswesen, sowie Aktivitäten im Ausland, etwa in Form von Kommunalpartnerschaften oder dem Austausch von kommunalem Fachpersonal im Rahmen internationaler Städtenetzwerke. Erst die **spezifische Kombination von Inlands- und Auslandsarbeit lässt Kommunale Entwicklungspolitik wirksam werden – nach innen und nach außen.**⁴

Bescheidene Ansätze einer Kommunalen Entwicklungspolitik im Sinne dieser Definition gibt es in deutschen Kommunen seit Anfang der 1960er-Jahre. Sie ging einher mit der Entkolonialisierung Afrikas und der Aufnahme der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Die Formen kommunalen Engagements bildeten insbesondere Städtepartnerschaften sowie Hilfen bei Krisen und Katastrophen. Weil die Rolle der Kommunen als internationaler Akteur jedoch noch wenig anerkannt wurde, stieß dieses Engagement immer wieder an politische, rechtliche und finanzielle Grenzen.

2 Vgl. Fröhlich, Katrin/Lämmlin, Bernd: Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland, Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn, 2009, S.11ff., online: [www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK_contentByKey\)/ANES-7PRGK9/\\$FILE/DP%201.2009.pdf](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ANES-7PRGK9/$FILE/DP%201.2009.pdf) / Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Unsere Strategie, Bonn, 2010, S.6

3 Als Kommunen werden in Deutschland Städte, Gemeinden und Landkreise bezeichnet.

4 Vgl. Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit: Eigenverantwortung, Harmonisierung, Partnerausrichtung, Ergebnisorientierung sowie gegenseitige Rechenschaftspflicht, Paris, 2005, online: www.oecd.org/dataoecd/37/39/35023537.pdf

Erst das wachsende Bewusstsein für die Herausforderungen der Globalisierung seit den 1990er-Jahren verlieh auch der Kommunalen Entwicklungspolitik einen Bedeutungszuwachs. Bereits Ende der 1980er-Jahre stärkte die Kampagne des Europarates zur Nord-Süd-Interdependenz und Solidarität das kommunale Engagement. Bedeutend sind in diesem Zusammenhang vor allem auch die Beschlüsse der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt- und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992. Der sogenannte Erdgipfel von Rio war der Ausgangspunkt für die internationale Anerkennung des **Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung** („sustainable development“). Angesichts der erdrückenden Armut in vielen Entwicklungsländern und der fortschreitenden Umweltzerstörung in vielen Industrie- und Schwellenländern sollte dieses politische Leitbild helfen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit ökologischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit in Einklang zu bringen sowie die Bedürfnisse der heute lebenden Generation mit denen zukünftiger Generationen auszugleichen. Die in Rio ausgearbeitete **Agenda 21** als weltweites Aktionsprogramm sieht die Kommunen als „**unverzichtbare Akteure für eine nachhaltige Entwicklungspolitik**“ an. Dies wiederum wird in der sogenannten **Lokalen Agenda 21** niedergelegt (s. Kasten „Politische Meilensteine der Kommunalen Entwicklungspolitik“).

Der Konferenz von Rio folgte eine weitere Stärkung der Kommunalen Entwicklungspolitik durch die Verabschiedung der Millennium-Erklärung im Jahr 2000 und der Millennium-Entwicklungsziele“ (Millennium Development Goals/MDGs) im Jahr 2001 durch die Vereinten Nationen (UN). Beide Dokumente zielen auf die Armutsbekämpfung und eine gute Regierungsführung auf allen relevanten öffentlichen Ebenen – und damit auch der kommunalen Ebene. So bekräftigte der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan auf dem Sondergipfel der Vereinten Nationen zu den MDGs im Jahr 2005 ausdrücklich die zentrale Bedeutung der Kommunen für deren Erreichung.

Im Zuge der Rio+10-Konferenz in Südafrika 2002 sowie weiterer UN-Konferenzen in der Folge und nicht zuletzt auf der Rio+20-Konferenz 2012 in Brasilien haben Kommunen über

ihre internationalen Verbände und Netzwerke – allen voran durch den Weltverband der Kommunen (United Cities and Local Governments/UCLG) – ihre eigene Stimme und Perspektive auf die globalen Entwicklungsherausforderungen in die internationalen Diskussionen auf UN- und Weltbank-Ebene eingebracht.



Viele Städte und Gemeinden in Deutschland setzen sich für die Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen ein - Foto: Dagmar Welke

Potenziale der Kommunen in der Entwicklungspolitik

Zahlreiche Kriterien begründen den originären Beitrag der Kommunen für eine nachhaltige Entwicklungspolitik:

Bürgernähe: Kommunen sind näher am Bürger als jede andere öffentliche Ebene. Daher können sie am besten Zusammenhänge zwischen lokalem Handeln und seinen globalen Auswirkungen vermitteln. Bürgerengagement für nachhaltige Entwicklung kann so auf kommunaler Ebene gefördert und durch Beteiligungsmöglichkeiten und Kooperationen weiterentwickelt werden (s. Kapitel 1.5). Die direkte Begegnung mit Menschen und Lebensrealitäten in den Kommunen von Partnerländern, aber auch mit Migranten vor Ort, eröffnet neue Perspektiven auf die Eine Welt und stärkt das Verantwortungsgefühl der Bürger, sich aktiv für eine zukunftsfähige Gesellschaft einzusetzen.

Fachwissen und Erfahrungen: Kommunen vermitteln kommunales Fach- und Erfahrungswissen an ihre Partner im Süden. Dieses spezifische Wissen reicht von der **Daseinsvorsorge** über die **Sozialplanung** bis hin zur

Stadtentwicklung und kann in den Partnerkommunen unmittelbar dazu beitragen, kommunale Dienstleistungen zur Armutsbekämpfung auf- und auszubauen. Insbesondere die Erfahrungen im Bereich der **kommunalen Selbstverwaltung** ermöglichen es deutschen Kommunen, wertvolles Praxiswissen zum Thema gute Regierungsführung an die Partner zu vermitteln und damit dort Prozesse der Dezentralisierung, Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit sowie zur transparenten Haushaltsführung zu unterstützen. Der Dialog findet dabei auf „Augenhöhe“ und damit partnerschaftlich zwischen gleichberechtigten kommunalen Fachleuten statt. Dies erleichtert nicht nur die Zusammenarbeit, sondern bietet auch mehr Flexibilität, weil der Dialog unabhängig von spezifischen nationalen und internationalen Interessen und unabhängig von vorgegebenen Projektlaufzeiten der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit langfristig erfolgen kann.

Kommunale Betroffenheit: Die Kommunen müssen sich den **Herausforderungen und Problemen des 21. Jahrhunderts stellen und zu deren Lösung beitragen**. Bereits heute lebt die Hälfte der Weltbevölkerung in städtischen Gebieten – mit steigender Tendenz. 2015 werden bereits 60 Prozent, 2050 sogar 70 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben. Verstädterung und massives Bevölkerungswachstum lassen in den Schwellen- und Entwicklungsländern mehr und mehr Groß- und Megacities entstehen, die dort die Rolle von Zukunftsmotoren und -laboratorien für die zukünftige Entwicklung einnehmen. Globale Probleme und Herausforderungen wie Armut, Klimawandel, Ressourcenmangel oder gerechte Arbeitsverteilung stellen sich jeweils konkret und individuell, der lokalen Situation entsprechend, in den Kommunen. Sie müssen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten vor Ort lokale Lösungen für diese Probleme finden und suchen hierzu zunehmend den internationalen Dialog. Sie können häufig schneller als übergeordnete staatliche Ebenen fach- und themenübergreifende Lösungsstrategien entwickeln und implementieren, die dann innovativen Pilot- und im besten Falle Modellcharakter erlangen.

Kommunale Nachfragemacht: Die Kommunen in Deutschland sind eine gewaltige Nachfragemacht. Sie vergeben rund 50 Prozent aller öffentlichen Aufträge und

können durch die Berücksichtigung entsprechender Kriterien bei der Beschaffung deutliche Zeichen gegen Kinderarbeit und unfaire Arbeitsbedingungen setzen. Durch eine „faire“ Vergabe tragen sie auch zum Erfolg des Fairen Handels sowie zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika bei.

Politischer Handlungsspielraum der Kommunalen Entwicklungspolitik

Der politische Rahmen für die Kommunale Entwicklungspolitik ist weitgehend durch Beschlüsse und Absichtserklärungen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene abgesteckt und die Kommunen als Akteure in der Entwicklungspolitik zunehmend anerkannt.

Auf europäischer Ebene wurde der Prozess, die Kommunen als entwicklungspolitische Akteure zu etablieren, 2007 umfassend im **Bericht über lokale Gebietskörperschaften und Entwicklungszusammenarbeit des Europäischen Parlaments** (Schapira-Bericht) gewürdigt. Daneben enthält der Bericht auch Vorschläge zur besseren strukturellen und finanziellen Absicherung kommunaler Maßnahmen der Entwicklungspolitik.

Parallel dazu erfuhr die Debatte in Deutschland neue Impulse durch die Beschlüsse der **Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober 2008⁵** und **des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit vom 7. Juni 2010** zur Umsetzung des Beschlusses der Ministerpräsidenten der Länder vom 24. Oktober 2008⁶ sowie die im Jahr 2010 von deutschen Oberbürgermeistern auf Initiative des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) formulierten Strategischen

Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen.⁷ Eingebunden in die speziellen Handlungsfelder der Länder sehen die Ministerpräsidenten der Länder den kommunalen Beitrag insbesondere in der Kultur- und Bildungsarbeit, der Kooperation mit Migranten aus Entwicklungsländern, den Bereichen guter Regierungsführung und Dezentralisierung sowie im „Capacity Building“ hinsichtlich der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen.⁸



Bürgermeister von elf Kommunen im Kreis Euskirchen unterzeichnen am 31. Oktober 2009 die Millennium-Erklärung der Mitgliedskommunen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes
- Foto: Ernst Odenhausen

Die Kommunen selbst haben ihren entwicklungspolitischen Willen ebenfalls mehrfach bekräftigt und Beschlüsse zur **Lokalen Agenda 21** gefasst, in denen sie sich ausdrücklich ihrer „internationalen Verantwortung“ durch das Bekenntnis zur Nachhaltigkeit stellen.⁹ Zudem verabschiedete die Generalversammlung des Weltverbandes der Kommunen (UCLG) im Jahr 2005 die **Millennium-Erklärung der**

5 Beschluss der Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten der Länder vom 22. bis 24. Oktober 2008 in Dresden, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-1320.img

6 Beschluss des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit vom 7. Juni 2010 zur Umsetzung des Beschlusses der Ministerpräsidenten der Länder vom 24. Oktober 2008, online: www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/wege_und_akteure/Beschluss_BLA_EZ_KEPol_110526.pdf

7 Rat für Nachhaltige Entwicklung: Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen, Berlin, 2010, online: www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuer_Nachhaltige_Stadt_Oktober_2010.pdf

8 Vgl. WUS – Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd in Zusammenarbeit mit dem Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit: Entwicklungszusammenarbeit der Länder, Wiesbaden, 2008, online: www.wusgermany.de/fileadmin/user_upload/Daten/Globales_Lernen/Informationsstelle/PDF/Publikationen/Final_EZ_Brosch_re.pdf

9 Bis Juli 2006 fassten 2.160 und damit rund 20 Prozent der deutschen Kommunen einen Beschluss zur Lokalen Agenda, vgl. agenda transfer, Agentur für Nachhaltigkeit GmbH, 2006

Kommunen, die auf Initiative der kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag (DST), Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB) sowie der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) auch von deutschen Kommunen unterzeichnet wurde. Einen wichtigen Meilenstein bildete auch die Abschlusserklärung der UCLG-Generalversammlung zur Verantwortung der Städte vom November 2010 in Mexiko.¹⁰ **Ratsbeschlüsse gegen ausbeuterische Kinderarbeit** und zur Fairen Beschaffung sowie die steigende Anzahl deutscher Mitgliedsstädte in internationalen kommunalen Netzwerken, die sich mit Themen der nachhaltigen Entwicklung befassen, sind weitere Beispiele für das politische Engagement deutscher Kommunen.

Auf den von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) regelmäßig durchgeführten **Bundeskonferenzen der Kommunen und Initiativen** wird der politische Wille der Kommunen für eine nachhaltige Entwicklung ebenfalls gestärkt, gekoppelt an die Forderung nach mehr politischer Unterstützung und einer Intensivierung des Dialogs auf nationaler wie europäischer Ebene, um rechtliche Unsicherheiten auszuräumen, angemessene Ressourcen bereitzustellen und den Erfahrungsaustausch über Kommunale Entwicklungspolitik zu verbessern.¹¹

10 United Cities and Local Governments: Manifesto „The City of 2030“, Mexico City, 2010, online: [www.cities-localgovernments.org/upload/doc_publications/9517579772_\(EN\)_encity2030manifesto.pdf](http://www.cities-localgovernments.org/upload/doc_publications/9517579772_(EN)_encity2030manifesto.pdf)

11 Vgl. Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Erklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen, Kommunen und Initiativen gestalten Globalisierung, Hamburg, 2006, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-521.img

Politische Meilensteine der Kommunalen Entwicklungspolitik

Konferenz der Vereinten Nationen über Nachhaltige Entwicklung (Rio+20), 20. bis 22. Juni 2012 in Rio de Janeiro

Auf der Konferenz sowie den Nebenveranstaltungen nahm der Beitrag der lokalen Ebene zur nachhaltigen Entwicklung einen wichtigen Raum ein. Die Abschlusserklärung hebt an mehreren Stellen die Bedeutung lokaler Regierungen hervor. Ein eigener Unterpunkt ist nachhaltigen Städten und Siedlungen gewidmet. Hier wird die Rolle der Kommunalverwaltungen herausgestellt: *„We recognize the important role of municipal governments in setting a vision for sustainable cities...“* (S. 26, Abs. 136). Absatz 137 betont explizit die Bedeutung kommunaler Partnerschaften: *„We recognize that partnerships among cities and communities play an important role in promoting sustainable development.“*

16. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (COP 16), 29. November bis 10. Dezember 2010 in Cancún

Während die Kommunen auf internationaler Ebene häufig der Gruppe der zivilgesellschaftlichen Akteure zugeordnet sind, wurden sie in der Erklärung der Weltklimakonferenz von Cancún erstmals ausdrücklich als staatliche Akteure erwähnt: *„Recognizes the need to engage a broad range of stakeholders at the global, regional, national and local levels, be they government, including subnational and local government, private business or civil society, including youth and persons with disability, and that gender equality and the effective participation of women and indigenous peoples are important for effective action on all aspects of climate change.“*

Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder, 22. bis 24. Oktober 2008 in Dresden

Auf der Grundlage des Berichts „Zukunftsfähigkeit sichern – Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen“ wird die Rolle der Kommunen als zentraler Beitrag anerkannt und gewürdigt. Die Länder benennen dabei Schwerpunkte in der

Entwicklungspolitik für die Kommunen: „Dem Beitrag der Kommunen für die Partnerschaft mit Entwicklungsländern messen die Länder eine große Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere für Kultur- und Bildungsarbeit, für die Kooperation mit Migrantinnen und Migranten aus Entwicklungsländern, für gute Regierungsführung und Dezentralisierung sowie für ‚capacity building‘ im Bereich kommunaler Aufgaben.“



Bei der UN-Weltklimakonferenz Ende 2009 in Cancún wurden die Kommunen als zentrale Akteure bei der Anpassung an den Klimawandel bezeichnet - Foto: Europäische Kommission

Beschluss des Bund-Länder-Ausschusses

Entwicklungszusammenarbeit, 7. Juni 2010 in Berlin

Der Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit (BLA EZ) zur Kommunalen Entwicklungspolitik erkennt in seinem Beschluss zur Umsetzung des Beschlusses der Ministerpräsidenten der Länder aus dem Jahr 2008 das vorhandene Engagement vieler deutscher Kommunen an und empfiehlt ihre Einbeziehung in einen staatlichen Mehrebenenansatz.

Bericht über lokale Gebietskörperschaften und Entwicklungszusammenarbeit des Europäischen Parlaments (Schapira-Bericht),

1. März 2007 in Straßburg

Der Prozess der Etablierung der Kommunen als internationale Akteure wird umfassend gewürdigt. Das Europäische Parlament erkennt die Kommunen als „unverzichtbare Partner“ in der Entwicklungspolitik an und schlägt Verbesserungen der strukturellen und finanziellen Absicherung

kommunaler Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit auf europäischer Ebene vor.

Änderung des Cotonou-Abkommens, 21. Juni 2005

Als Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten sowie 78 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Staaten) zielt das am 23. Juni 2000 in Cotonou in Benin geschlossene Cotonou-Abkommen auf die Verringerung und langfristige Beseitigung der Armut sowie die schrittweise Eingliederung der Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean in die Weltwirtschaft, im Einklang mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung. In der Änderung des Cotonou-Abkommens (Beschluss 2005/599/EG) werden – erstmals – lokale Gebietskörperschaften als vollwertige Partner anerkannt. Dies schließt die Kommunen der EU mit ein.

Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (Paris Deklaration), 28. Februar bis 2. März 2005 in Paris

Die Erklärung ist ein internationales Abkommen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern mit dem Ziel, die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern. Die Prinzipien Harmonisierung, Eigenverantwortung, Partnerausrichtung, Ergebnisorientierung und gegenseitige Rechenschaftspflicht sollen das Zusammenwirken von Gebern und Nehmern effektiver machen. Die Erklärung ist maßgeblich für alle entwicklungspolitischen Akteure. Ihre Einhaltung wird von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) überwacht und wurde in einem weiteren hochrangigen Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Accra 2008 ergänzt.

Millennium-Erklärung der Vereinten Nationen, 6. bis 8. September 2000 in New York

Die Millennium-Erklärung, die die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) formuliert, bildet seit ihrer Verabschiedung die Grundlage der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Kofi Annan, damaliger UN-Generalsekretär, hob dabei die zentrale Bedeutung der Kommunen für die Erreichung der MDGs hervor: „While our goals are global, they can most effectively be achieved through action at the local level.“ Die

Millennium-Erklärung und ihre Ziele wurden immer wieder neu bekräftigt, etwa beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg und beim Millennium+5-Gipfel der Vereinten Nationen 2005 in New York.

Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED),

13. bis 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro

178 Staaten stellten im Rahmen der **Agenda 21** die entscheidende Bedeutung der lokalen Behörden bei deren Verwirklichung heraus und forderten die Kommunen auf, jeweils ihre eigene **Lokale Agenda 21** unter Beteiligung der Bevölkerung zu formulieren und zu implementieren.

Alle Abkommen im Original und weiterführende Informationen können auf den Internetseiten der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) abgerufen werden.

1.2 Klassische Handlungsfelder und Aktivitäten der Kommunalen Entwicklungspolitik

Bemerkenswert ist, dass sich trotz des noch nicht vollkommen gesicherten rechtlichen Rahmens und der angespannten Finanzlage der Kommunen (s. Kapitel 1.4), eine vielfältige entwicklungspolitische Landschaft auf kommunaler Ebene in Deutschland entwickelt. Sie manifestiert sich am augenfälligsten in folgenden Handlungsfeldern und Aktivitäten im In- und Ausland:¹²

Im Inland:

1. Entwicklungspolitische Bildungs-, Öffentlichkeits- und Informationsarbeit
2. Fairer Handel und Faire Beschaffung
3. Migration und Entwicklung

Im Ausland:

1. Kommunale Partnerschaften mit Kommunen aus Schwellen-, Transformations- und Entwicklungsländern
2. Internationale fachliche Vernetzung mit anderen Kommunen und global aktiven Institutionen für eine zukunftsfähige Stadt zu Themen wie Klima, Umwelt, partizipative Stadtentwicklung (Bürgerhaushalt etc.)
3. Kommunale Lobbyarbeit auf internationaler Ebene durch den Weltverband der Kommunen (UCLG) und das UN-Programm für menschliche Siedlungen (UN-Habitat) für die kommunale Selbstverwaltung
4. Katastrophen- und Krisennothilfe

Die Liste der Handlungsfelder ist Spiegel ihrer Zeit. Mit neuen globalen Herausforderungen werden auch in Zukunft neue Ansätze der Kommunalen Entwicklungspolitik entstehen.



Das Handlungsfeld der Kommunen in der Entwicklungspolitik ist breit gefächert - Foto: Barbara Frommann

¹² Die Ableitung erfolgte anhand der Erhebungen und Befragungen, die im Rahmen der SKEW-Reihe Dialog Global gemacht wurden. Sie stellt keine verbindliche Empfehlung dar, sondern versucht die Entwicklung unterschiedlich ausgebildeter Prozesse zu beschreiben. Dies impliziert, dass sich aufgrund neuer Erfahrungen in Zukunft auch neue, zusätzliche Handlungsfelder herausbilden werden.

1.3 Akteure der Kommunalen Entwicklungspolitik

Eine wirksame Kommunale Entwicklungspolitik realisiert sich im Zusammenspiel aller Akteure einer Kommune: Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Je mehr Akteure das entwicklungspolitische Engagement in einer Kommune tragen, desto lebendiger, stärker und selbstverständlicher ist es. Entwicklungspolitisches Engagement braucht kommunalpolitische Rückendeckung, eine gesellschaftliche Basis und eine belastbare Organisationsstruktur.

Zur unmittelbaren politischen Beförderung der Kommunalen Entwicklungspolitik ist zum einen die Unterstützung der für die Kommunen im föderalen System zuständigen Bundesländer und zum anderen die Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) maßgeblich. Die Bundesländer spielen vor allem eine wichtige Rolle, wenn es um die Schaffung von verlässlichen politischen Rahmenbedingungen, klar definierten entwicklungspolitischen Zuständigkeiten und Ansprechpartnern für das vielfältige entwicklungspolitische Engagement geht. Einige Bundesländer haben hierzu auch entwicklungspolitische Leitlinien entwickelt, wie gerade aktuell in 2012 das Land Baden-Württemberg über den entwicklungspolitischen Dialog unter dem Motto „Welt:Bürger gefragt!“. An der Entwicklung der konkreten Empfehlungen und Handlungsvorschläge für die Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg beteiligten sich auch Kommunen aktiv, denn gerade das Engagement von und in Kommunen ist für eine lebendige Entwicklungspolitik unverzichtbar.¹³

Die kommunalen Spitzenverbände sowie der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) unterstützen durch Gremienbeschlüsse und Arbeitsgruppen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit gezielt Initiativen der Kommunalen Entwicklungspolitik.

¹³ Entwicklungspolitische Leitlinien für Baden-Württemberg, online: www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/130205_Entwicklungspolitische_Leitlinien_fuer_Baden-Wuerttemberg.pdf

Entwicklungspolitische Leitlinien Baden-Württembergs als Katalysator der Kommunalen Entwicklungsarbeit

Der entwicklungspolitische Dialog „Welt:Bürger gefragt!“ startete im Jahr 2012 auf Initiative der Landesregierung Baden-Württemberg und wird von der Evangelischen Akademie Bad Boll konzeptionell und organisatorisch unterstützt. Ziel ist die partizipative Fortschreibung von entwicklungspolitischen Leitlinien und deren Umsetzung für Baden-Württemberg. Diese wurden im September 2012 dem Landtag übergeben und im Februar 2013 vom Ministerrat verabschiedet. Zu deren Umsetzung berät der Rat für Entwicklungszusammenarbeit, dem Vertreter der evangelischen und katholischen Kirchen, der Städtetag, die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ), ein migrantisches Netzwerk, der Dachverband Entwicklungspolitik (DEAB), sowie Engagement Global und GIZ angehören, das Staatsministerium. Der Dialog vernetzt Bürgerinnen und Bürger, Verwaltungen, Politiker, Kirchengemeinden, Initiativen, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft im Interesse der Entwicklungszusammenarbeit.

Informationen zum Prozess und dessen Fortentwicklung unter kommunaler Beteiligung: www.baden-wuerttemberg.de/weltbuerger-gefragt

Fachliche Unterstützung für Vorhaben der Kommunalen Entwicklungspolitik können Kommunen von versierten Nichtregierungsorganisationen erhalten, die über den Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) oder über die 16 Eine Welt-Landesnetzwerke in den Bundesländern mit ihrem bundesweiten Dachverband Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e. V. (agl) koordiniert werden. Auch verschiedene Stiftungen und Organisationen der Kirchen konzentrieren sich auf entwicklungspolitische Fragestellungen und stehen den Kommunen als Partner zur Verfügung. Für die technische Unterstützung im Rahmen von kommunalen Auslandsprojekten ist die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ein weiterer Ansprechpartner. Hinzu kommen transnationale Netzwerke und Institutionen (s. Kapitel 2.4.), die Dienstleistungen zu bestimmten Themengebieten anbieten.

Mit zunehmender Etablierung der Kommunalen Entwicklungspolitik ist die Anzahl der Akteure auf allen Ebenen – global bis lokal – stetig gestiegen, so dass die Akteure heute auf eine gewachsene Struktur von Institutionen zugreifen können. Sie gewähren einerseits einen breiten Handlungsspielraum für Vernetzung und Kooperation, fordern andererseits aber ein hohes Maß an kommunikativer Kompetenz und Orientierungsfähigkeit vom Einzelnen, um angesichts der Komplexität der Handlungsfelder Dialoge auf den unterschiedlichsten politischen Ebenen und mit den wechselnden Akteuren zu initialisieren und zu lenken.



Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist das Kompetenzzentrum für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland. Foto: Dominik Schmitz

Zur Orientierung im Bereich der Kommunalen Entwicklungspolitik wurde 2001 als zentrale Anlaufstelle und zentrales Kompetenzzentrum die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt geschaffen. Sie informiert, berät, qualifiziert und vernetzt kommunale Akteure und fördert und entwickelt mit ihnen zusammen im Rahmen von Pilotvorhaben neue

Ansätze der Kommunalen Entwicklungspolitik. Sie ist in der Engagement Global gGmbH – Service für Entwicklungsinitiativen verortet und schlägt für die kommunalen Partner auch die Brücke zu anderen Programmen der staatlichen Entwicklungspolitik wie etwa Freiwilligendienste oder Unterstützungsprogramme von Auslandsprojekten. Durch die jeweils für mehrere Bundesländer zuständigen Außenstellen der Engagement Global gGmbH in Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Leipzig, Mainz und Stuttgart gibt es zudem dezentrale Anlaufstellen für Kommunale Entwicklungspolitik, die eng mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt kooperieren.

1.4 Rechtliche Rahmenbedingungen und Finanzierungswege

Kommunale Entwicklungspolitik ist rechtlich gesehen „grundsätzlich zulässig“, solange der Bezug zur „örtlichen Gemeinschaft“ deutlich ist, also die Aktivitäten der deutschen Kommunen sich auf die Zusammenarbeit mit Kommunen im Ausland beschränken und die haushaltswirtschaftlichen Grundsätze eingehalten werden.¹⁴

Zwar ist das entwicklungspolitische Engagement der Kommunen, insbesondere im Ausland, in den Landesverfassungen und Gemeindeordnungen noch immer nicht rechtlich verankert und klar formuliert, doch sehen Kommunalrechtler inzwischen aufgrund der verschiedenen Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenzen keine juristischen Hindernisse, solange bestimmte Bedingungen berücksichtigt werden. Dazu gehört, dass die kommunale Auslandsarbeit auf lokaler Ebene stattfindet und „sich auf Gegenstände bezieht, die nach deutschem Rechtsverständnis Angelegenheiten der Gemeinden sind“.¹⁵ Ferner ist das Gebot der Bun-

14 Vgl. Johannes Wolpert: Rechtlicher Rahmen und staatliche Verantwortung, in: Fröhlich, Katrin/Lämmlin, Bernd: Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland, Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn, 2009, S.156ff.

15 Vgl. Fröhlich, Katrin/Lämmlin, Bernd: Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland, Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn, 2009, S.45

destreue zu beachten, wonach Aktivitäten der Gemeinden „nicht der erklärten Außen- und Entwicklungshilfepolitik der Bundesregierung zuwiderlaufen“¹⁶ dürfen.

Finanzierung und Förderung

Kommunale Entwicklungspolitik ist eine freiwillige Aufgabe, die in eigener Verantwortung von der Kommune wahrgenommen wird. In Zeiten hoher Verschuldung vieler Kommunen und anhaltender Finanznot der öffentlichen Kassen müssen Kommunen daher auf neue Finanzierungswege zurückgreifen. Den Königsweg zur Finanzierung kommunaler Entwicklungspolitik gibt es nicht. Jedoch führen viele, unterschiedliche Wege zur Finanzierung eines kommunalen entwicklungspolitischen Projekts. Empfohlen wird eine Kombination aus kommunaler Grundfinanzierung und der Ko-Finanzierung über verschiedene Mittelgeber. In Frage kommen hier Stiftungen, Vereine, Schulen, Kirchen sowie Ausschreibungen des Bundes und der Länder. Auch EU-Mittel sind in Betracht zu ziehen. Spendenaufrufe sowie die Gewinnung von Sponsoren aus der Privatwirtschaft bieten weitere Möglichkeiten, Mittel zu akquirieren. Vor allem die Drittmittelfinanzierung durch die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft im Rahmen von Public Private Partnerships wird in vielen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit erfolgreich angewendet.

Vielfalt von Finanzierungsmöglichkeiten

Welchen Weg eine Kommune wählt, hängt von den Rahmenbedingungen des jeweiligen Projekts oder des Engagements ab: Werden Mittel nur punktuell benötigt oder ist eine kontinuierliche Unterstützung erforderlich? Gibt es Programme zur Finanzierung auf Länderebene? Solche und ähnliche Fragen sollten im Vorfeld geklärt werden, um entsprechende Finanzierungswege zu beschreiten.

Das Erschließen von Mitteln ist mit bürokratischem und zeitlichem Aufwand verbunden, der in den Kommunen jedoch – je nach Kombination der Partner – zahlreiche neue Potenziale für die Kommunale Entwicklungspolitik und auch für die Kommunen insgesamt freisetzen kann. Einen leichten Einstieg in das Thema der Finanzierung

entwicklungspolitischer Vorhaben bieten die Förder- und Finanzierungsratgeber der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke e.V. in Deutschland (agl) sowie der Beratungsstelle für private Träger in der Entwicklungszusammenarbeit (bengo) der Engagement Global, die zur Antragstellung für EU-finanzierte Projekte berät.

16 Siehe Fußnote Nr.14

Förderprogramme, -ratgeber und Ansprechpartner

Online-Finanzierungsratgeber der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Der Online-Finanzierungsratgeber der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt vereint viele Förderprogramme und Stiftungen sowie zahlreiche Online-Förderdatenbanken und Beratungsadressen an einem zentralen Ort im Internet. Wer auf digitalem Wege nicht zum gewünschten Ergebnis kommt, kann auch eine individuelle und kostenlose Beratung durch die Servicestelle erhalten.

www.service-eine-welt.de/fira

Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl)

Die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) bietet einen umfassenden Service für Eine-Welt-Initiativen, Vereine und Nichtregierungsorganisationen.

www.agl-einewelt.de/index.php/mehr-moeglich-machen

Beratungsstelle für private Träger in der Entwicklungszusammenarbeit (bengo)

Die Beratungsstelle für private Träger in der Entwicklungszusammenarbeit (bengo) bietet Seminare zur Antragstellung und Unterstützung im Fundraising an. Sie berät auch Kommunen in der Antragstellung für EU-finanzierte Projekte. Die Beratungsstelle bengo ist Teil der Engagement Global gGmbH.

<http://bengo.engagement-global.de>

Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung (FEB)

Das Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung (FEB) unterstützt Aktivitäten, Kampagnen, innovative Ansätze und Projekte in Deutschland, die lebensnah und anschaulich über entwicklungspolitische Themen aufklären und zeigen, wie sich Bürger entwicklungspolitisch engagieren können. Das Programm wird aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert und ist Teil der Engagement Global gGmbH.

www.engagement-global.de/feb-foerderprogramm.html

Ansprechpartner in Finanzierungsfragen:

Ansprechpartner auf Bundesebene:

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) sowie Mitmachzentrale und dezentrale Außenstellen der Engagement Global gGmbH

www.service-eine-welt.de/fira

www.engagement-global.de/ueber-uns-kontakt.html

www.engagement-global.de/standorte

Ansprechpartner auf Länderebene:

Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE)

www.nue-stiftung.de

Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ)

www.sez.de

Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW

www.sue-nrw.de

Ministerium des Innern und für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz

www.isim.rlp.de/internationale-zusammenarbeit/foerdermoeglichkeiten

Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V. (EPN Hessen)

www.epn-hessen.de/cipp/epnh/custom/pub/content,lang,1/oid,263/ticket,g_a_s_t

Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik

www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de/service/ansprechpartner

NRW-Auslandsprojekte

www.engagement-global.de/auslandsprojekte-nrw.html

Sonstige:

Umverteilen! Stiftung für eine, solidarische Welt

www.umverteilen.de

1.5 Rolle der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit und Grenzen der Kommunalen Entwicklungspolitik

Die Kommunen spielen eine besondere Rolle an der Schnittstelle zwischen öffentlichem und privatem zivilgesellschaftlichem Engagement. Die Kommunale Entwicklungspolitik bietet dabei vielfältige Potenziale und Vorteile gegenüber der Entwicklungspolitik von Bund und Ländern. Den Mehrwert kommunaler Entwicklungspolitik sehen Kommunen selbst vor allem in der Bewusstseinsbildung der eigenen Bevölkerung für globale Zusammenhänge, dem eigenen Beitrag zur Bewältigung globaler Herausforderungen und im gegenseitigen Lernen durch Erfahrungsaustausch in Partnerschaften.¹⁷



Ein großer Nutzen von Kommunalen Entwicklungspolitik liegt im gegenseitigen Lernen und dem Erfahrungsaustausch in Partnerschaften - Foto: Savio Fonseca

Kommunale Entwicklungspolitik kann ihr reiches Potenzial entfalten und viele Vorteile bieten, wenn das Engagement nicht auf eine Akteursgruppe und ein politisches Ressort beschränkt bleibt, sondern ressortübergreifend gestaltet wird und staatliche wie zivilgesellschaftliche Akteure einbezieht.¹⁸ Wird kommunales Engagement zudem

komplementär zur nationalen Entwicklungszusammenarbeit aus- oder aufgebaut und gelingt es so, die staatlichen Entwicklungspolitik zu ergänzen, kann das Potenzial und die Wirkungskraft der Kommunalen Entwicklungspolitik nach innen wie nach außen um ein Vielfaches ansteigen.

Hinsichtlich einer sinnvollen Arbeitsteilung im Mehrebenenansatz der bilateralen Entwicklungspolitik können ihre Vorteile in einem Leitbild so dargestellt werden: Zivilgesellschaftliches Engagement fördern und fordern, Bewusstsein schaffen, Kompetenzen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit entwickeln.¹⁹

Die Potenziale von Kommunalen Entwicklungspolitik, positive Veränderungen zu bewirken, lassen sich für Kommunen in Deutschland und im Ausland wie folgt zusammenfassen.

Chancen der Kommunalen Entwicklungspolitik für Kommunen in Deutschland²⁰

- Förderung bürgerschaftlichen Bewusstseins für die Themen der globalen Zusammenhänge und der Entwicklungspolitik
- Aktivierung von zivilgesellschaftlichem Engagement und Stärkung des Ehrenamts²¹

Kommunale Entwicklungspolitik hat infrastrukturenbildende Wirkung, die Ehrenämtern in ihren

17 Vgl. Fröhlich, Katrin/Lämmelin, Bernd: Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland, Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn, 2009, S.113

18 Aus: Beitrag zur Gestaltung der globalen Entwicklung, Präsidium des Deutschen Städtetages, 20. April 2004

19 Vgl. Fröhlich, Katrin/Lämmelin, Bernd: Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland, Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn, 2009, S. 133

20 Vgl. Deutscher Städtetag u. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit: Ratgeber Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Hintergrundinformationen und praktische Tipps zu Auslandseinsätzen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, Köln/Eschborn, 2005, S. 9, online: www.un-kampagne.de/fileadmin/downloads/kommunen/Staedtetag_Ratgeber_Kommunale_EZ_01.pdf /Fröhlich, Katrin/Lämmelin, Bernd: Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland, Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn, 2009, 27ff. und 113ff.

21 Laut der Studie „Die demografische Lage der Nation“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung“ vom März 2011 kommt freiwilliges Ehrenamt nicht ohne dauerhafte Infrastruktur und professionelles Management aus dem Projekthaften und Spektakulären hinaus. Daher empfiehlt das Berlin-Institut die Gründung einer Stiftung für den ländlichen Raum, Studie online: www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Die_demografische_Lage_2011/D-Engagement_online.pdf

verschiedenen gemeinschaftserhaltenden Aktivitäten Unterstützung bieten kann.

- Profilierung und Imageverbesserung der Kommune gegenüber der eigenen Bevölkerung (identitätsstiftende Wirkung auf Gemeinde und Verwaltung) sowie gegenüber anderen deutschen Kommunen, entwicklungspolitischen Akteuren und ausländischen Kommunen
- Förderung der Integration von Migranten und Stärkung der Auslandsprojekte durch Einbeziehung von Migranten und Migrantenorganisationen im Rahmen von Partnerschaftsinitiativen und entwicklungspolitischer Inlandsarbeit
- Aufbau von Wirtschaftsbeziehungen (lokal, national, international) und Unterstützung wirtschaftlicher Interessen – *Vorteile entstehen der lokalen Wirtschaft durch verbesserte internationale Kontakte und positives, internationales Image der Kommune*
- Personalentwicklung und -qualifizierung von Verwaltung und anderen Akteuren der Kommunalen Entwicklungspolitik – *Internationaler, interkultureller sowie fachlicher Kompetenzzuwachs seitens der Mitarbeiter in Verwaltung und Gemeinde sowie anderer beteiligter Akteure durch Erfahrungsaustausch, Bildungsarbeit im Inland und Teilnahme an Partnerschaftsprojekten*
- Süd-Nord-Lernen, also Wissenstransfer zum Nutzen deutscher Kommunen, *zum Beispiel zum Thema Bürgerhaushalt*

Chancen der Kommunalen Entwicklungspolitik für Kommunen in Entwicklungsländern:

Viele Potenziale der Kommunalen Entwicklungspolitik für die Kommunen im Inland können auch auf die Kommunen im Ausland übertragen werden. Die besonderen Vorzüge einer Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene liegen im Zuwachs an Wissen und Know-how auf Seiten der Verwaltung und Politik der Partnerkommune, vor allem durch den interkollegialen Austausch:

- Erfahrungsaustausch und Zugewinn an Know-how in Bereichen wie kommunaler Selbstverwaltung, Dezentralisierung und guter Regierungsführung
- Erfahrungsaustausch in zentralen Bereichen der kommunalen Aufgabengebiete wie Daseinsvorsorge und

kommunale Dienstleistungen mit direkter Wirkung auf die Armutsbekämpfung vor Ort

- Beratung und Finanzierung konkreter Vorhaben
- Personalentwicklung der in das Projekt involvierten Verwaltungsmitarbeiter und anderer Akteure
- Impulse für die lokale Wirtschaft durch neue oder erweiterte Kontakte und Handelsbeziehungen

Insgesamt leisten die deutschen Kommunen damit einen Beitrag zur Erreichung von internationalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen – vom Kampf gegen Klimawandel und Armut bis zur Fairness im Welthandel.

Grenzen der Kommunalen Entwicklungspolitik

Kommunalpolitisches Engagement stößt aber auch immer wieder auf Schwierigkeiten und Probleme – vor allem bei den Auslandsaktivitäten. Es findet seine Grenze häufig in geringen finanziellen und personellen Ressourcen für die Durchführung von Auslandsprojekten, aber auch von entwicklungspolitischer Inlandsarbeit. Kommunale Entwicklungspolitik gehört zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen und konkurriert um Gelder mit anderen freiwilligen Aufgaben wie der Kultur- oder Sportförderung. Zudem gibt es vor allem in mittleren und kleineren Kommunen keine Arbeitseinheit, dem die Kommunale Entwicklungspolitik als (Querschnitts-)Aufgabe zugeordnet ist. Weiterhin fehlt es Kommunen häufig an interkulturell und entwicklungspolitisch geschultem Personal, das in der Partnerschaftsarbeit eingesetzt werden könnte.

Dies macht es schwieriger, ein gemeinsames Verständnis und Engagement in der Kommunalen Entwicklungspolitik zu erzeugen und breit in der Kommune zu verankern.

Zudem stehen die Kommunen vor der Herausforderung, ihr entwicklungspolitisches Engagement in das internationale System der Entwicklungszusammenarbeit (im Sinne der Prinzipien der Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit) und vor allem auch innerhalb einer kohärenten nationalen Strategie in einen Mehrebenenansatz von Bund, Ländern und Kommunen einzufügen.

Interview mit Dr. Stephan Articus, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages

Unsere Experten sind gefragte Berater

SKEW: Warum lohnt sich entwicklungspolitisches Engagement für deutsche Kommunen?



Foto: Deutscher Städtetag

Dr. Stephan Articus:

Durch die Internationalisierung der Stadtverwaltung profitieren Städte im internationalen Standortwettbewerb, Kommunen können über ihr weltweites Profil für sich werben und somit den eigenen Standort stärken. Durch ihre Bürgernähe haben die Kommunen auch viele Möglichkeiten, in der Bevölkerung ein Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen zu entwickeln.

SKEW: Kann prinzipiell jede Kommune Entwicklungspolitik betreiben oder bleibt dies tendenziell die Angelegenheit großer und reicher Kommunen?

Dr. Stephan Articus: Große Kommunen sind nicht unbedingt reicher als kleine Kommunen. Trotz derzeit steigender Steuereinnahmen ist die Schuldenlast der Kommunen weiterhin erdrückend, da stehen freiwillige Leistungen wie die Kommunale Entwicklungszusammenarbeit schnell auf dem Prüfstand. Wenn der Staat die Kommunen für die Entwicklungszusammenarbeit als Partner gewinnen will, muss er auch die entsprechenden finanziellen Rahmenbedingungen schaffen.

SKEW: Wie hat sich die Zusammenarbeit der Kommunen mit Entwicklungs- und Schwellenländern verändert und weiter entwickelt?

Dr. Stephan Articus: In den letzten Jahren wird der Beitrag der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit zunehmend gewürdigt. Kommunen haben Alleinstellungsmerkmale, die sie in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen können. Beispielsweise ihre Expertise bei Dezentralisierungsvorhaben oder in der Daseinsvorsorge. Dieses Wissen wird nun vermehrt von den Durchführungsorganisationen des BMZ abgerufen. Insgesamt hat die fachliche Zusammenarbeit zwischen deutschen Städten und Städten aus dem Süden erheblich zugenommen. Das ist auch auf das Engagement der SKEW zurückzuführen, die organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen hat. So ist es gelungen, zahlreiche Kommunen für das Projekt „Klimapartnerschaften“ mit Städten aus dem Süden zu gewinnen oder für das WM-Projekt 2014 in Brasilien. Unsere Experten sind gefragte Berater in Sachen Verkehrsplanung, bei Sicherheitskonzepten, Umweltschutz oder Veranstaltungsmanagement.

SKEW: Deutsche Städte und Gemeinden engagieren sich für den Aufbau demokratischer und dezentraler Strukturen in der Welt. Was macht die deutsche kommunale Selbstverwaltung so attraktiv für andere Länder?

Dr. Stephan Articus: Kommunen haben eine große Bedeutung beim Aufbau demokratischer selbstverwalteter und damit bürgernaher Strukturen in den Entwicklungsländern. Das deutsche System der kommunalen Selbstverwaltung ist ein Exportschlager in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und gilt vielerorts als vorbildhaft.

SKEW: Was können deutsche Kommunalverwaltungen von anderen Ländern lernen?

Dr. Stephan Articus: Deutsche Städte lernen von ihren Partnern, wie trotz knapper Ressourcen flexible und zielgerichtete Lösungen gefunden werden können. Die schnell wachsende Urbanisierung in vielen Entwicklungsländern zeigt Probleme auf, die in Zukunft auch bei uns eine immer größere Rolle spielen. Auch davon können wir lernen. Einige deutsche Städte haben Ideen aus dem Süden adaptiert. Die Stadt Stuttgart hat aus der peruanischen Hauptstadt Lima das Konzept „Halt auf Wunsch“ übernommen. Außerhalb

der Innenstadt können Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger ab 21.00 Uhr zur Gewährung der Sicherheit dort aussteigen, wo sie möchten, sie sind nicht an Haltestellen gebunden.

SKEW: Wie kann Kommunale Entwicklungspolitik trotz knapper Kassen gelingen?

Dr. Stephan Articus: Einsätze in Entwicklungsländern sind kostspielig und in der Regel nicht ohne weiteres aus städtischen Haushalten zu finanzieren. Damit die kommunalen Experten ihr Fachwissen einbringen können, benötigen sie die finanzielle Unterstützung des Staates. Das geschieht beispielsweise durch die Zusammenarbeit mit Engagement Global gGmbH oder durch Einbeziehung kommunaler Experten in Projekte der GIZ.

SKEW: Welche Bedeutung haben die Ziele einer nachhaltigen Stadtentwicklung für das entwicklungspolitische Engagement von Kommunen?

Dr. Stephan Articus: Ein großer Teil des Treibhauseffektes und des damit verbundenen Klimawandels wird in städtischen Ballungsräumen verursacht. Deshalb wird auch von den Städten im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu Recht erwartet, urbane Zukunftsmodelle mit dem Ziel einer Verringerung von klimarelevanten Spurengasen zu entwickeln. Neben dem Einsatz erneuerbarer Energien stehen in Städten sowohl die energetische Gebäudesanierung und auch die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsträger im Vordergrund.

SKEW: Durch faire Beschaffung werden Kommunen ihrer Vorbildfunktion gerecht. Welchen Einfluss hat dieses Engagement auf die Entwicklung der Kommunalen Entwicklungspolitik?

Dr. Stephan Articus: Viele Kommunen engagieren sich bereits heute erfolgreich gegen ausbeuterische Kinderarbeit. Die Beschaffung von Produkten, die unter ausbeuterischen Bedingungen, insbesondere durch Kinderarbeit, hergestellt werden, wurde in der Öffentlichkeit immer wieder zu Recht kritisiert. Dies betrifft zum Beispiel die Beschaffung von Natursteinen, Textilien, Spielwaren sowie von Produkten und Fertigteilen aus IT- und anderen Bereichen. Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts wurden

zunehmend weitere Vorschriften der EG-Vergaberichtlinien umgesetzt und dadurch die Möglichkeit geschaffen, die Beachtung sozialer Aspekte als zusätzliche Bedingungen für die Ausführung von Aufträgen zu verlangen. Hierfür hatte sich der Deutsche Städtetag erfolgreich eingesetzt.

SKEW: Wie beurteilen Sie die Chancen, die kommunale Gesamtstrategie zur Integration durch eine aktiv gestaltete Kommunale Entwicklungspolitik weiter zu entwickeln?

Dr. Stephan Articus: Migrantinnen und Migranten können Brücken zwischen ihrer deutschen Heimatstadt und ihren jeweiligen Herkunftsländern bauen. Durch die gezielte Einbeziehung von Communities in die kommunale Entwicklungszusammenarbeit schaffen Kommunen Nähe zu ihren Migranten. Das bringt auch die Integration voran.

SKEW: Wie könnten Bund und Länder die kommunalen Potenziale in der Entwicklungszusammenarbeit stärker nutzen?

Dr. Stephan Articus: Die nachhaltige Zusammenarbeit zwischen Kommunen aus dem Norden und dem Süden sollte vom Staat stärker gewürdigt und in die Gesamtstrategie eines Mehrebenenansatzes eingebettet werden. Das gilt insbesondere bei Dezentralisierungsvorhaben in der Einen Welt. Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal der Kommunen ist die kommunale Facharbeit, die langfristig und nachhaltig in den Stadtverwaltungen erbracht wird. Fachleute aus Kommunen tragen ihr Wissen in alle Regionen der Welt und sie kooperieren auf Augenhöhe mit ihren internationalen Fachkollegen. Dieses Potenzial wird bereits von Bund und Ländern anerkannt, könnte aber noch weiter ausgebaut werden.

SKEW: Wie wirkt sich Kommunale Entwicklungspolitik auf das Engagement der Bürger aus?

Dr. Stephan Articus: Durch ihre Vorbildfunktion können Städte auch das Engagement der Bürger in der Kommunalen Entwicklungspolitik stark befördern. Aus einem Nischendasein können Städte dazu beitragen, Entwicklungspolitik in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und dadurch weitere Bürger zum Engagement zu ermutigen.

Handlungsfelder und Perspektiven der Kommunalen Entwicklungspolitik

„Noch bevor Du diesen Morgen Dein Frühstück beendet hast, bist Du auf die halbe Welt angewiesen.“

Martin Luther King

2.1 Faires Beschaffungswesen in Kommunen

Das faire Beschaffungswesen bietet wie kaum ein anderes Handlungsfeld der Kommunalen Entwicklungspolitik effektive und wirkungsvolle Möglichkeiten, um Nachhaltigkeitsaspekte in das tägliche Handeln der Kommune zu integrieren und das Gemeinwesen vor Ort zu stärken. Mit der Verpflichtung und Umsetzung eines fairen Beschaffungswesens übernehmen Kommunen **Verantwortung** für die Eine Welt und werden ihrer **Vorbildfunktion** als öffentlicher Beschaffer gerecht.

In Deutschland machen Investitionen und öffentliche Aufträge etwa 13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Das sind rund 360 Milliarden Euro für Güter, Dienstleistungen und Bauaufträge. Davon entfallen 50 Prozent auf Kommunen. Damit verfügt die öffentliche Hand über eine große Nachfragekraft und das Potenzial, den Markt in Richtung nachhaltige Produkte und Dienstleistungen zu verändern. Dies gilt es, als Kommune zu nutzen!

Definition des Fairen Handels

Fairer Handel ist eine Handelspartnerschaft, die auf Dialog, Transparenz und Respekt beruht und nach mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel strebt. Durch bessere Handelsbedingungen und die Sicherung sozialer Rechte für benachteiligte Produzent/-innen und Arbeiter/-innen – insbesondere in den Ländern des Südens – leistet der Faire Handel einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung. Fair-Handelsorganisationen engagieren sich gemeinsam mit Verbraucher/-innen für die Unterstützung der Produzent/-innen, die Bewusstseinsbildung sowie die Kampagnenarbeit zur Veränderung der Regeln und Praxis des konventionellen Welthandels.

(Definition der internationalen Dachorganisationen des Fairen Handels FLO e. V., WFTO und EFTA)

Chance für mehr Gerechtigkeit vor Ort und weltweit

Faire Beschaffung heißt nachhaltige Beschaffung. Sie berücksichtigt soziale, ethische und ökologische Nachhaltigkeitskriterien bei der Herstellung und im Handel von Waren und Dienstleistungen – angefangen bei der Produktentwicklung und Rohstoffgewinnung über die Produktion bis hin zum Transport der Güter. Nur wenn diese nachhaltige Wertschöpfungskette berücksichtigt wird, ist von einer Balance der ökonomischen, ökologischen und sozialen Gewichte auszugehen.



Im Rahmen der jährlich stattfindenden Fairen Woche wird auf die Bedeutung des Fairen Handels aufmerksam gemacht

- Foto: Transfair/Santiago Engelhardt

Wird diese Trias aus **ökologischen, sozialen und ethischen Kriterien** von Kommunen in ihre Vergabeordnung aufgenommen, stellen sie die Weichen für ein langfristiges Nachhaltigkeitsmanagement in ihren Städten und Gemeinden. Sie werden zudem ihrer Vorbildfunktion als öffentlicher Auftraggeber gerecht und übernehmen die ihrer Nachfragemacht gemäße Verantwortung, indem sie gezielt fair gehandelte Produkte einkaufen²² und auf Güter verzichten, die durch ausbeuterische Kinderarbeit oder unter Verletzung der sozialen Mindeststandards hergestellt werden.²³

²² Liste von fair gehandelten Produkte online unter www.transfair.org/produkte.html

²³ Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation/ILO) online unter www.ilo.org/berlin/arbeits-und-standards/kernarbeitsnormen/lang--de/index.htm

Ein dem Leitbild der Nachhaltigkeit verpflichtetes verantwortliches wirtschaftliches Handeln der Kommunen trägt zu einer gerechteren Globalisierung bei. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert den Fairen Handel als wichtigstes Instrument der Armutsbekämpfung und unterstützt in enger Kooperation mit TransFair und dem Weltladendachverband die jährlich bundesweit stattfindende „Faire Woche“.²⁴ Zudem wird der Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“, der von der Servicestelle ausgerichtet wird, aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert.

Zehn gute Gründe für Faire Beschaffung in Kommunen

Faires Beschaffungswesen trägt auf vielfältige Weise zur nachhaltigen Entwicklung in Kommunen bei:

1. Identifikation von Lokalverwaltung und Bürgern mit Aktionen ihrer Kommune
2. Stärkung des entwicklungspolitischen Profils der Kommune
3. Beitrag zu einer gerechteren Handelsordnung
4. Pflege eines internationalen Images der Kommune
5. Indirekter Beitrag zur Qualitätsverbesserung importierter Waren
6. Aufbau und Stärkung wirtschaftlicher Beziehungen
7. Förderung des Gemeinwesens vor Ort – engagierte statt „bequeme“ Verbraucher (Bildungsarbeit)
8. Einsparpotenzial angesichts geringer Lebenszykluskosten durch Umweltschutz²⁵
9. Signal für ein global verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln an die landes- und bundespolitische Ebene
10. Schaffung von Anreizen für bürgerschaftliches Engagement

24 Faire Woche online unter www.faire-woche.de / siehe auch Infokasten mit Kampagnen und Wettbewerben zum Fairen Handel, Kap. 2.1.4 dieser Handreichung

25 Eine vergleichende Studie zur öko-sozialen Beschaffung von Price-Waterhouse-Coopers belegt, dass Faire Beschaffung Klima, Beschäftigte und den Etat deutlich schont, Studie online: www.sachsen-kauft-fair.de/wp-content/uploads/2011/04/PWC-study-results.pdf

2.1.1 Moderne Vergabeordnung und Faire Beschaffung

Das öffentliche Beschaffungswesen ist durch das Vergaberecht geregelt. Es legt fest, nach welchen Grundätzen Kommunen in Deutschland Produkte und Dienstleistungen einkaufen dürfen. Das Haushaltsrecht und das EU-Gemeinschaftsrecht spielen dabei eine bedeutende Rolle. Das Haushaltsrecht verpflichtet zur Wirtschaftlichkeit, also zur Beschaffung guter Qualität zu günstigen Preisen. Das EU-Gemeinschaftsrecht regelt den freien Wettbewerb bei der öffentlichen Auftragsvergabe in der Europäischen Union.

Die Berücksichtigung sozialer Standards war in der Vergangenheit nicht vorgesehen, was zu Unsicherheiten in der kommunalen Praxis führte. Wenn es um Nachhaltigkeit und Fairness bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ging, war häufig auch die Rede von „vergabefremden“ Kriterien. Dies hat sich jedoch mit dem Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts 2009 geändert. Hiermit wurden weitere Vorschriften der EG-Vergaberichtlinie im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) umgesetzt und damit die Möglichkeit geschaffen, als zusätzliche Bedingung für die Ausführung von Aufträgen auch die Beachtung sozialer Aspekte zu verlangen.²⁶ **Damit ist der Weg für eine Faire Beschaffung für die Kommunen frei.**

Bereits vor der Reform des bundesdeutschen Vergaberechts haben einige Kommunen ihr Vergaberecht neu geregelt. Und so sind in den letzten Jahren zahlreiche Beschlüsse zur nachhaltigen Beschaffung in Kommunen gefasst worden. Dennoch ist und bleibt es Aufgabe politischer Akteure aus Verwaltung und Politik, sich für die Faire Beschaffung einzusetzen und auf entsprechende Regelungen in der Vergabepraxis hinzuwirken.

26 Um die durch das Gesetz neu geschaffenen Möglichkeiten effektiv und rechtssicher nutzen zu können, hat der Deutsche Städtetag in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2009 den Leitfaden „Berücksichtigung sozialer Belange im Vergaberecht, Hinweise für die Kommunale Praxis“ herausgegeben, online: www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/mat/leitfaden_vergaberecht_2009.pdf

Informationen zum Beschaffungswesen und -recht²⁷:

Internetangebot des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) informiert auf seiner Internetseite umfassend und aktuell über das Vergaberecht und öffentliche Anträge. www.bmwi.de/DE/Themen/Wirtschaft/Wettbewerbspolitik/oeffentliche-auftraege,did=190876.html

Leitfaden „Sozialorientierte Beschaffung“ der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 28. Januar 2010 den Leitfaden „Sozialorientierte Beschaffung“ für die Berücksichtigung sozialer Belange im öffentlichen Beschaffungswesen. Er kann im Internet bestellt oder heruntergeladen werden.

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6457&langId=de>

Studie zu den Umweltmanagementsystemen in Europa von Price-Waterhouse-Coopers

Die vergleichende Studie zu den Umweltmanagementsystemen in Europa und die Vorteile der öko-sozialen Beschaffung von Price-Waterhouse-Coopers kann über die Kampagnenseite „Sachsen kauft fair!“ kostenlos heruntergeladen werden. <http://www.sachsen-kauft-fair.de/wp-content/uploads/2011/04/PWC-study-results.pdf>

Vergabeinformationssystem des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB)

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) stellt im Internet ein Vergabeinformationssystem (VIS) mit umfassenden Angeboten zum Thema Beschaffung und Beschaffungsrecht bereit.

www.dstgb-vis.de

KOMPASS NACHHALTIGKEIT der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

KOMPASS NACHHALTIGKEIT informiert öffentliche Beschaffer aus Kommunen, Ländern und Bund über Möglichkeiten zur Berücksichtigung nachhaltiger sozialer und ökologischer Kriterien in der Auftragsvergabe. In einer zentralen Datenbank finden sich detaillierte Informationen zu Nachhaltigkeitsstandards und Labels für unterschiedliche Produktgruppen. Zudem werden rechtliche Rahmenbedingungen, Möglichkeiten zur Integration nachhaltiger Kriterien in den Vergabeprozess sowie thematische Schwerpunkte erläutert, die für eine nachhaltige Beschaffung von Bedeutung sind.

www.kompass-nachhaltigkeit.de

Netzwerk Faires Beschaffungswesen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Das bundesweite Netzwerk Faires Beschaffungswesen wurde 2007 von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) gegründet und setzt sich dafür ein, soziale Standards bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen einzuhalten. Mehr als 100 Experten aus deutschen Städten sowie aus Ministerien, Institutionen und Nichtregierungsorganisationen sind Mitglied. Die Internetseite des Portals bietet einen aktuellen Stand über die gegenwärtige Diskussion und Entwicklung auf dem Gebiet.

www.service-eine-welt.de/beschaffungswesen/beschaffungswesen-start.html

Kampagne „Aktiv gegen Kinderarbeit“ von Earthlink e.V.

Die Kampagne „Aktiv gegen Kinderarbeit“ von Earthlink e.V. informiert, wie ausbeuterische Kinderarbeit verhindert werden kann und hält die umfangreichste Wissensdatenbank rund um das Thema Kinderarbeit bereit. Dort findet sich ebenfalls eine Liste mit Städten und Gemeinden, die sich durch Beschlüsse und Berichte gegen Kinderarbeit engagieren. Auf der Internetseite gibt es außerdem Vorlagen für Vergabestellen sowie Stellungnahmen von Verwaltungen, die ihr Vergaberecht geändert haben.

www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de

²⁷ Weitere Leitfäden zur Fairen Beschaffung gibt es auf der Internetseite der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und in der SKEW-Schriftenreihe Dialog Global. Das Rechtsgutachten zu den ILO-Kernarbeitsnormen und dem kommunalen Einkauf liegt dort als Material 24 vor.

Gutachten zur Verankerung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeiterorganisation

Auf der Internetseite der Servicestelle Kommunen in der ersten Welt (SKEW) kann das 2011 neu aufgelegte Gutachten von Professor Dr. Jan Ziekow zur Verankerung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in das kommunale Beschaffungswesen als Material 24 bestellt oder heruntergeladen werden.

www.service-eine-welt.de/beschaffungswesen/beschaffungswesen-neuaufgabe_material24.html

Procura+ Handbuch

Das Procura+ Handbuch von ICLEI – Local Governments for Sustainability ist ein Leitfaden, mit dem jede öffentliche Einrichtung – egal welcher Größe oder mit welchem Erfahrungshintergrund – eine nachhaltige Beschaffung in die Praxis umsetzen kann. Das Handbuch oder einzelne Kapitel können im Internet heruntergeladen werden.

www.procuraplus.org/de/startseite/procura-handbuch

2.1.2 Produktpalette für die Faire Beschaffung

Die Produktpalette für die Faire Beschaffung ist groß, so dass nahezu alle Ressorts im Rathaus ihren Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels leisten können: das Grünflächen-Amt etwa beim Einkauf von Holz, das Referat für Sport bei der Beschaffung von Trikots und Bällen, das Hauptamt bei der Beschaffung von fair gehandelten Papier oder der Hochbau mit fair gehandelten Baustoffen. Folgende Produktbereiche bieten sich für die Faire Beschaffung an:

- Berufsbekleidung und Wäsche wie Trikots, Handtücher und Bettwäsche
- Baustoffe und Baumaterialien wie Holz für Brücken, Zäune, Bänke, Bau oder Verschalung, Steine in Form von Pflastersteinen, Bordsteinen, Natursteinen für Treppen oder Grabsteine
- Papier
- Büroeinrichtung und Möbel
- Elektronische Geräte wie Computer
- Geschenkartikel wie Präsentkörbe und Blumen

- Spielwaren wie Fußbälle, Bälle, Luftballons oder sonstiges Spielzeug
- Speisen und Getränke wie Kaffee, Tee, Orangensaft, Obst und Süßigkeiten

Damit aus kommunalem „Einkauf“ eine „Faire Beschaffung“ wird, können verschiedene Kriterien ganz oder teilweise bei den kommunalen Ausschreibungen berücksichtigt werden. Als wesentlichstes Kriterium gilt die **Einhaltung der sogenannten ILO-Kernarbeitsnormen**.²⁸ Basierend auf den vier Grundprinzipien der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation/ILO) „Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen“, „Beseitigung von Zwangsarbeit“, „Abschaffung der Kinderarbeit“ und „Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf“ sind acht Übereinkommen getroffen worden, die als Kernarbeitsnormen bezeichnet werden:



Immer mehr Kommunen gehen mit gutem Beispiel voran und bieten in ihren Rathauskantinen fair gehandelte Speisen und Getränke an
- Foto: Stadt Dortmund

1. Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechts (1948)
2. Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen (1949)
3. Zwangsarbeit (1930)
4. Abschaffung der Zwangsarbeit (1957)
5. Gleichheit des Entgelts (1951)
6. Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf) (1958)

28 www.ilo.org/berlin/arbeits-und-standards/kernarbeitsnormen/lang--de/index.htm

7. Mindestalter (1973)
8. Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (1999).

Faire Labels & Co

Auch wenn rechtliche Unsicherheiten weitgehend ausgeräumt sind, bleibt die verwirrende Vielfalt der fairen Labels und ihrer Qualitätssiegel. Um sich in der Produktvielfalt zurechtzufinden, halten folgende Internetseiten Informationen zu einzelnen Produkten sowie zu den fairen Labels bereit:

Label online der VERBRAUCHER INITIATIVE e. V.

Die VERBRAUCHER INITIATIVE bietet auf Label online verlässliche Hintergrundinformationen und konkrete Bewertungen zu Produkt-, Dienstleistungs- und Managementlabels. Mit rund 450 Labels und unternehmensbezogenen Managementstandards ist es das größte Label-Portal Europas. Label online legt den Fokus auf Labels, die von ökologischer, sozialer oder gesundheitlicher Relevanz für Verbraucher sind oder generell einen Nachhaltigkeitsbezug haben.
www.label-online.de/

Produktdatenbank von TransFair e. V.

Als unabhängige Initiative handelt TransFair e. V. nicht selbst mit Waren, sondern vergibt das Fairtrade-Siegel für fair gehandelte Produkte auf der Grundlage von Lizenzverträgen. Die Produktdatenbank gibt einen Überblick über das vielfältige Angebot von fair gehandelten Produkten.
www.fairtrade-deutschland.de/produkte/produktdatenbank.html

Internetseite zum Gütesiegel für Teppiche von GoodWeave International

Neben der Abschaffung ausbeuterischer Kinderarbeit berücksichtigt der neue GoodWeave-Standard auch soziale und ökologische Kriterien bei der Zertifizierung von Teppichen. Der Standard wurde nach den Vorgaben der Vereinigung für Sozial- und Umweltstandards (ISEAL Alliance) erarbeitet.
www.goodweave.net

2.1.3 Kleine und große Schritte zur Fairen Beschaffung

Die Verankerung eines fairen Beschaffungswesens in der Kommune ist nicht von heute auf morgen möglich. Je nach Größe einer Stadt oder Gemeinde und je nach Stand des Nachhaltigkeitsmanagements ist zwischen einer Strategie der kleinen oder großen Schritte hin zur Fairen Beschaffung zu wählen.



Auch kleine Aktionen wie die Beschaffung von fair gehandelten Fußballen haben große Wirkung - Foto: Stadt Dortmund

Als kleine Schritte sind Beschlüsse zu bezeichnen, die sich auf eine einzige Handelsgruppe beziehen, etwa die Beschaffung fairer Dienstkleidung für städtische Mitarbeiter, fair gehandeltem Kaffee und Tee oder fair gehandelter Blumen. Als umfassendere Maßnahmen sind Ratsbeschlüsse zu betrachten, die auf die Erweiterung der Vergabeordnung zielen, indem sie etwa generell auf die Beschaffung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit verzichten. Die Anzahl der Städte, Gemeinden und Kreise, die einen Beschluss gegen ausbeuterische Kinderarbeit vollzogen haben, steigt kontinuierlich an. Ratsbeschlüsse gegen Kinderarbeit gibt es mittlerweile bereits in mehr als 210 Städten und Gemeinden. Einige Städte haben sogar weitergehende Beschlüsse verabschiedet. Sie kaufen nur noch Produkte, die unter Einhaltung aller ILO-Kernarbeitsnormen hergestellt wurden. Als erste Stadt im Bundesgebiet hat die Stadt Neuss 2006 die Berücksichtigung der ILO-Kernarbeitsnormen in

ihrem Vergabewesen verankert, darunter den Ausschluss ausbeuterischer Kinderarbeit.²⁹

Auf Umwegen zur Fairen Beschaffung

Abhängig von Erfahrungshintergrund oder Größe einer Kommune kann als erster Schritt auch eine Einzelaktion im Zusammenhang mit dem Thema **Fairer Handel** stehen. Die Initiierung einer „Fairen Woche“, die Mitwirkung bei einer bundesweiten Kampagne wie etwa „Eine Welt fairstärken“³⁰ oder die Kooperation von Bildungsprojekten in städtischen Schulen oder ähnliche öffentlichkeitswirksame Maßnahmen können den Grundstein für das notwendige Bewusstsein und Wissen um den Fairen Handel legen. Die Kooperation mit Eine Welt-Gruppen oder Agenda-Vertretern sowie engagierten Unternehmen vor Ort schafft zudem eine gute Handlungsbasis für die Umsetzung möglicher Beschlüsse zur Fairen Beschaffung.

Faire Beschaffung und Kosten

Der häufig erhobene Vorwurf, Faire Beschaffung sei in Zeiten knapper Haushaltskassen nicht möglich, weil sie ausnahmslos mit höheren Kosten verbunden sei, konnte unlängst durch eine vergleichende Studie von Price-Waterhouse-Coopers widerlegt werden.³¹ Danach birgt die Faire Beschaffung langfristig sogar Einsparpotenziale für kommunale Haushalte, da nicht immer das augenscheinlich kostengünstigste Angebot bei genauer Betrachtung etwa von Transportwegen und Entsorgung die beste Lösung bietet. Gerade im Baubereich und beim Transport führen umweltfreundliche Lösungen teilweise zu deutlichen Kosteneinsparungen während der Betriebsphase.

Neben einer Kostenersparnis birgt das faire Beschaffungswesen ein erhebliches Potenzial für die **entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit** einer Kommune.

Faire Beschaffung macht kommunales Engagement konkret. Die Zusammenhänge einer globalen Weltwirtschaft können erfahrbar gemacht und der Bürgerschaft glaubhaft vermittelt werden. Dadurch werden Anreize zum bürgerschaftlichen Engagement gegeben. Gleichzeitig verstärkt die fruchtbare interkommunale Zusammenarbeit die Bereitschaft auch innerhalb der Verwaltung zum Engagement abseits gewohnter Bahnen.

Beispiel Düsseldorf – Hauptstadt der Fairen Handels 2007

Wenn ein öffentlicher Auftraggeber Kaffee oder Obst aus Fairem Handel beschaffen möchte, kann er in den Vertrags-erfüllungsklauseln des Beschaffungsauftrags von Lieferanten verlangen, dass dieser den Erzeugern einen Preis zahlt, der ihre Kosten für nachhaltige Erzeugung deckt. Dazu gehören etwa angemessene Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sowie umweltfreundliche Produktionsmethoden.



Bereits im Jahr 2001 stieg die Feuerwehr der Stadt Düsseldorf auf fair gehandelte Dienstkleidung um - Foto: Stadt Düsseldorf

Die Vergabeverordnung der Stadtverwaltung Düsseldorf schreibt unter Punkt 7.3 über die Ausführung von Aufträgen vor, dass „keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit beschafft werden“ dürfen. „Als Nachweis gilt eine unabhängige Zertifizierung (z.B. ein TransFair-Siegel). Existiert für die betreffenden Produkte keine Zertifizierung, gilt die Erklärung durch die Anerkennung der zusätzlichen

29 Die ILO-Kernarbeitsnormen im Beschaffungswesen am Beispiel der Stadt Neuss, Powerpoint-Präsentation online unter www.cora-netz.de/wp-content/uploads/vogt-saegler.pdf

30 Siehe auch www.eine-welt-fairstaerken.bistumlimburg.de

31 Price-Waterhouse-Coopers, Significant and Ecofys: Collection of statistical information on Green Public Procurement in the EU, Report on data collection results, 2009, online: www.sachsen-kauf-fair.de/wp-content/uploads/2011/04/PWC-study-results.pdf

Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen bzw. die Anerkennung der zusätzlichen Vertragsbedingungen VOL“.

Die Stadt Düsseldorf verzichtet bei der Beschaffung nicht nur auf Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit, sondern fordert auch die Einhaltung aller acht ILO-Kernarbeitsnormen. Die Liste der fair angeschafften Produkte der Stadt ist lang und reicht von fair produzierter Feuerwehrkleidung, „fairen Uniformen“ des Ordnungs- und Servicedienstes und ILO-gerechter Kleidung für die Mitarbeiter des Gartenamtes über faire Blumen und FSC-zertifiziertes Holz bis hin zu fairen Fußballen.³²



Das von der unabhängigen Initiative TransFair e. V. vergebene Fairtrade-Siegel ist mittlerweile ein Markenzeichen für fair gehandelte Produkte - Foto: Stadt Borken

32 Vgl. Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Hauptstadt des Fairen Handels 2009, Dokumentation, Dialog Global, Heft 21, Bonn, 2010, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-1743.img

2.1.4 Kampagnen, Wettbewerbe und Netzwerke zur Fairen Beschaffung

Faire Woche

Die Faire Woche ist eine bundesweite Aktionswoche rund um das Thema Fairer Handel. Sie wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED)/Brot für die Welt und dem Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR finanziell gefördert.

www.faire-woche.de

Kampagne „Sachsen kauft fair!“

Die Kampagne „Sachsen kauft fair!“ wirbt für einen Faire Beschaffung in sächsischen Kommunen. Sie ist bisher einzigartig in Deutschland: Alle sächsischen Kommunen werden aufgerufen, soziale und ökologische Kriterien verbindlich in die Vergabep Praxis aufzunehmen.

www.sachsen-kauft-fair.de

Kampagne Fairtrade-Towns

Seit Januar 2009 können sich Kommunen in Deutschland um den Titel „Fairtrade-Stadt“, „Fairtrade-Gemeinde“ oder „Fairtrade-Kreis“ bewerben. In Deutschland gibt es mittlerweile 150 Fair-Trade-Towns (Stand 4/2013), darunter Neuss, Dortmund, Castrop-Rauxel, Saarbrücken, Rumbach, Lübeck und Marburg.

www.fairtrade-towns.de



Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt vergibt seit 2003 alle zwei Jahre den Titel „Hauptstadt des Fairen Handels“

- Foto: Jo Kramer

Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) richtet seit 2003 alle zwei Jahre den Wettbewerb um die „Hauptstadt des Fairen Handels“ aus. Der Titel geht an Kommunen, die global verantwortungsvolles Handeln als kommunales Thema begreifen, ihre Bürger für den Fairen Handel begeistern wollen und das Thema mit viel Engagement und Ideenreichtum voranbringen. Eine eigens eingerichtete Projektdatenbank bietet konkrete Beispiele und Aktivitäten aus der kommunalen Praxis zum Fairen Handel und verwandten Bereichen. Der Wettbewerb wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

www.service-eine-welt.de/hauptstadtffh/hauptstadtffh-start.html

Verein Xertifix e. V.

Der Freiburger Verein Xertifix e. V. ist der erste Verein, der Natursteine aus Indien nach Kontrolle und bei Ausschluss von Kinderarbeit zertifiziert.

www.xertifix.de

„Fair Stone“

„Fair Stone“ ist ein internationaler Umwelt- und Sozialstandard für Natursteinimporte. Das Projekt „Fair Stone“, das unter anderem von der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart unterstützt wird, vergibt ebenfalls Gütesiegel.

<http://fairstone.win--win.de>

Saarbrücken Vorreiter bei der Bekämpfung von Kinderarbeit - Beispiel Natur- und Grabsteine

Mittlerweile stammen 80 Prozent der in Deutschland verkauften Grab- und Natursteine aus Indien, China und Vietnam. Der Grund: Viele regionale Steinbrüche sind aus ökologischen Gründen stillgelegt und die Steine aus Asien sind billig zu haben. In den Steinbrüchen Indiens, Chinas oder Vietnams herrschen Arbeitsbedingungen, die weit unter den europäischen Standards liegen. Auch viele Kinder arbeiten dort unter schwersten Bedingungen mindestens zwölf Stunden am Tag und gegen wenig Bezahlung, oft auch ganz ohne Lohn. Die Lebenserwartung liegt bei rund 38 Jahren.



Mit ihrem Verbot von Natur- und Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit auf Friedhöfen ist die Stadt Saarbrücken Vorreiter

- Foto: terres des hommes/ Souleymane_Ouattara

Die saarländische Landeshauptstadt Saarbrücken hat als erste deutsche Stadt den Kampf gegen Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit auf Friedhöfen aufgenommen und per Ratsbeschluss vom März 2010 festgelegt, zukünftig keine Grabsteine und Grabsteineinfassungen aus Kinderarbeit mehr zuzulassen. Die Friedhofssatzung wurde entsprechend ergänzt.

Auch andere Städte und Gemeinden haben ihre Friedhofssatzung dahingehend geändert, dass Grabsteine aus Indien oder China nicht aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen dürfen. Aufgrund juristischer Vorbehalte sind diese Satzungsänderungen jedoch anfechtbar.

2.2 Bürgerhaushalt als Handlungsfeld Kommunalen Entwicklungspolitik

Der Bürgerhaushalt ist ein relativ neues Instrument der Bürgerbeteiligung, das die Bürger in die Aufstellung des Haushaltes ihrer Kommune einbezieht. Erstmals beschritten wurde dieser innovative Weg 1988 in der brasilianischen Millionenstadt Porto Alegre. Von dort aus wurde die Idee in viele Teile der Welt „exportiert“, so dass man inzwischen von einer **einzigartigen Erfolgsgeschichte** sprechen kann.

Grund für seinen Erfolg ist die Tatsache, dass der **Bürgerhaushalt die Demokratie beleben, erneuern, stärken und entwickeln** kann und das in einem Ausmaß, wie es mit anderen politischen Instrumentarien kaum gelingt.



Immer mehr Kommunen in Deutschland greifen zum Instrument des Bürgerhaushalts

Fünf Kriterien sollten erfüllt sein, bevor von einem Bürgerhaushalt gesprochen werden kann³³: Über diese Bestimmungen herrscht bei Kommunen wie bei Wissenschaftlern in Deutschland allgemein Konsens:

1. Im Zentrum des Bürgerhaushalts stehen **finanzielle Angelegenheiten**.
2. Die Beteiligung findet auf der **Ebene der Gesamtstadt- oder -gemeinde** oder auf der eines Bezirks (Kreis) mit eigenen politischen und administrativen Kompetenzen statt. Ein Stadtteilfond allein stellt keinen Bürgerhaushalt dar.
3. Es handelt sich um ein **auf Dauer angelegtes und wiederholtes Verfahren**. Ein einmaliges Referendum zu haushaltspolitischen Fragen ist kein Bürgerhaushalt.
4. Der Prozess beruht auf einem **eigenständigen Diskussionsprozess**. Die Einbeziehung von Bürgern in bestehende Verwaltungsgremien oder Institutionen der repräsentativen Demokratie stellt keinen Bürgerhaushalt dar.
5. Die Organisatoren müssen **Rechenschaft** darüber ablegen, inwieweit die im Verfahren geäußerten Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt werden.

Der Bürgerhaushalt – Von Porto Alegre um die Welt

Den Bürgern der brasilianischen Stadt Porto Alegre (1,4 Mio. Einwohner) gebührt das Verdienst, den Bürgerhaushalt „erfunden“ zu haben. Der „Orçamento Participativo“ wurde im Jahr 1988, ein Jahr nach der Verfassungsreform, die den Bürgern mehr Beteiligung zusagte, eingeführt und ist seitdem fester Bestandteil im kommunalpolitischen Leben der Stadt. Inzwischen hat sich der Bürgerhaushalt in mehr als 200 brasilianischen Städten etabliert, darunter in den Metropolen São Paulo (11 Mio. Einwohner), Belo Horizonte (3,1 Mio. Einwohner), Recife (1,4 Mio. Einwohner) und Belém (1,3 Mio. Einwohner).

Grundidee in Porto Alegre war, die Bürger an der Entscheidung über die Verwendung der öffentlichen Mittel zu beteiligen. Dies geschah aus pragmatischen Gründen und war weniger anderen Überlegungen geschuldet. Denn der damals neu gewählte Bürgermeister von Porto Alegre benötigte für die Durchsetzung seiner Ziele die Unterstützung der Zivilbevölkerung, da er im Stadtrat nicht über die

³³ Vgl. Servicestelle Kommunen in Einen Welt: Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts, Dokumentation, Dialog Global, Heft 24, Bonn, 2010, S.14f., online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-2971.img

notwendige Mehrheit verfügte. Daher forderte er gemeinsam mit Stadtteilinitiativen die direktere Mitbestimmung.

Daraus entwickelte sich in den Folgejahren das komplexe Verfahren des Bürgerhaushaltes, das als **institutionelle Innovation** angesehen werden kann. Anlass für die Ausbildung des Modells waren Missstände innerhalb der Verwaltung. Korruption und Klientelpolitik sollten eingedämmt werden. Gefordert wurde mehr „Demokratisierung der Demokratie“, „Umkehr der Prioritätensetzung“ und eine bessere Regierungsführung („Good Governance“).

Das komplexe Verfahren³⁴ von Porto Alegre überträgt die Entscheidungskompetenz auf die Ebene der Quartiere und den Konsultationsprozess auf die Ebene der Gesamtstadt. Die bürgerschaftliche Kontrolle kann auf allen Ebenen ausgeübt werden.

Eine dreistufige „Partizipations-Pyramide“ ermöglicht Versammlungen in den Stadtvierteln für alle Beteiligten, Versammlungs- und Delegiertenforen in den Bezirken des Bürgerhaushalts sowie auf der gesamtstädtischen Ebene ein Rat des Bürgerhaushalts, der die Koordination des Prozesses übernimmt. Zusätzlich gibt es themenbezogene Versammlungen, die den Fachbereichen der Verwaltung zugeordnet sind.

Der „Orçamento Participativo“ von Porto Alegre ist äußerst erfolgreich. Die Korruption wurde zurückgedrängt, die Verwaltung schrittweise reformiert und damit die Wirksamkeit der öffentlichen Hand gesteigert. Zugleich hat das Engagement der Bürger zugenommen und die Alphabetisierungsrate ist deutlich gestiegen. Von Porto Alegre aus hat der Bürgerhaushalt in verschiedenen Typen und Verfahrensformen sich inzwischen weltweit etabliert. In Europa breitet er sich seit Anfang des neuen Jahrtausends zunehmend aus.

Der Bürgerhaushalt ist ein Instrument zur Bürgerbeteiligung, das mittlerweile über alle Kontinente hinweg verbreitet ist. Es bietet sich daher auch als **Handlungsfeld der Kommunalen Entwicklungspolitik**, zum kommunalen Austausch und gegenseitigen Lernen an.

Einen direkten Einstieg für den kommunalen Austausch zum Thema Bürgerhaushalt stellen **kommunale Partnerschaften** dar. Sie verfügen über ein großes Potenzial für gegenseitiges Lernen. Die Diskussion und Kooperation zwischen Kommunen über Bürgerbeteiligung und Bürgerhaushalte kann dabei auf beiden Seiten nicht nur zur Verbesserung von Verwaltungsdienstleistungen und guter Regierungsführung beitragen, sondern letztendlich auch zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung führen und so entwicklungspolitische Wirkung in den Kommunen des Globalen Südens entfalten.

Ein interkommunaler Austausch zu diesem Thema lohnt sich auch deshalb, weil die Kommunen sich trotz aller Unterschiede in ähnlichen Situationen befinden und vor denselben Problemen stehen und so ihre eigenen Verfahren im Lichte der Erfahrung anderer weiterentwickeln können. Trotz und gerade wegen ihrer unterschiedlichen Ausprägung in den verschiedenen Regionen der Welt laden Bürgerhaushalte zum Dialog ein.

Die Autoren der von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) in Auftrag gegebenen vergleichenden Studie zur weltweiten Entwicklung des Bürgerhaushalts haben anhand der unterschiedlichen Verfahren der Bürgerhaushalte sechs Idealtypen herausgearbeitet, die für die Entscheidung, welches Verfahren innerhalb der Kommune sinnvoll ist, hilfreich sein können.³⁵ Die Verfahren können – je nach Sachlage und Ziel – variiert oder miteinander kombiniert werden.

34 Ausführlichere Dokumentation des Bürgerhaushalts-Verfahrens von Porto Alegre in Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Vom Süden lernen, Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation, Dialog Global, Heft 25, Bonn, 2010, S.18ff.

35 Die Idealtypen können hier nur skizziert werden, für grundlegende Informationen zum Thema siehe Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Vom Süden lernen, Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation, Dialog Global, Heft 25, Bonn, 2010, S.11ff.

Idealtypen des Bürgerhaushalts

1. Modell Porto Alegre

Das Modell zielt auf die partizipative Demokratie. Es geht also weniger um Konsultation, sondern um Mitbestimmung (s. Kasten).

2. Bürgernahe Beteiligung

Das Bürgerhaushaltsmodell agiert „top-down“, rein konsultativ und wird auch auf Quartiersebene durchgeführt.

3. Konsultation öffentlicher Finanzen

Dieses Verfahren ist auf Transparenz und Konsultation ausgerichtet. Die Modernisierung der Verwaltung steht im Vordergrund und weniger der Gedanke der Partizipation. Dieses Verfahren ist der in Deutschland dominierende Idealtyp.

4. Öffentlich-privater Verhandlungstisch/

Multi-Stakeholder Partizipation

Bei diesem Public Private Partnership-Modell ist die Bürgerschaft nur ein Akteur neben Firmen, Staat und/oder internationalen Organisationen. Im Fokus steht die Konsensorientierung und weniger Empowerment oder soziale Gerechtigkeit.

5. Community Fonds auf Quartiers- und auf Stadtebene

Beim Modell der Gemeinwesensentwicklung (Community Development) bestimmen Bürger mit über die Verteilung von Fonds für lokale Projekte im Quartier und können diese selbst umsetzen. Dieses Verfahren erzielt vor allem Effekte im Bereich „Empowerment“ und soziale Gerechtigkeit und weniger im Bereich Verwaltungsmodernisierung.

6. Repräsentation organisierter Interessen

Im Zentrum des neo-korporatistischen Modells stehen Beiräte organisierter Interessensgruppen wie Gewerkschaften, Arbeitgeber, Vereine, Kirchen und Universitäten. Konsensorientierung steht hier im Fokus.

Ausgehend von diesen sechs weltweit verbreiteten Idealtypen des Bürgerhaushalts lassen sich für deutsche Kommunen folgende Empfehlungen für ein Lernen von anderen Idealtypen ableiten:

- **Ländlich strukturierte Kommunen in strukturschwachen Räumen** können vom Community-Bürgerhaushalt, eventuell – bei sehr knappen Ressourcen – verbunden mit Elementen des **Multi Stakeholder-Partizipation** profitieren, da diese Bürgerhaushalts-Typen die Mitarbeit der Bürgerschaft fördern und sich somit auf die Nachhaltigkeit von Maßnahmen auswirken.
- In Großstädten entwickeln sich häufig Stadtquartiere mit sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten und Stadtteile, in denen sich überwiegend wohlhabende Bevölkerungsschichten ansiedeln. In **Großstädten mit sozialräumlichen Spaltungen** kann der Idealtyp des „Community Developments“ ratsam sein. Beim **„Community Development“** organisieren Vereine und Agenturen als selbstständige Akteure, verhandeln mit der Verwaltung über Finanzierungen und setzen die Projekte selber um.
- Viele deutsche Kommunen sind in den nächsten Jahrzehnten einem demografischen Wandel ausgesetzt – in Form von Schrumpfung oder Wachstum. Für **Kommunen im demografischen Wandel** empfiehlt sich eine **Mischung aus Bürgerhaushalt und partizipativer Stadtplanung**.
- Eine Adaption des Modells aus Porto Alegre stellt eine Option dar, auf neue Anforderungen zu reagieren und die Verteilung der öffentlichen Mittel anzupassen. Neuankömmlinge können sich Gehör verschaffen und damit besser integriert werden.

Neben kommunalen Partnerschaften sind auch **nationale wie internationale Netzwerke** zu Bürgerhaushalten ein idealer Ort zum Erfahrungsaustausch und zum gegenseitigen Lernen. Durch die Mitarbeit in solchen Netzwerken und inhaltliche Kooperationen zum Thema Bürgerhaushalt können sich weitere fruchtbare Handlungsmöglichkeiten in der Kommunalen Entwicklungspolitik für die Kommunen herausbilden. Speziell zum Thema Bürgerhaushalte gibt

es einige Netzwerke, die solch einen Erfahrungsaustausch ermöglichen und unterstützen (siehe Infokasten).

Netzwerke zum Bürgerhaushalt

Internationales Netzwerk für Partizipative Demokratie (IOPD)

Im Internationalen Netzwerk für Partizipative Demokratie (International Observatory on Participatory Democracy/IOPD) mit Sitz in Barcelona können Kommunen aber auch Organisationen und andere Vereinigungen Mitglied werden. IOPD organisiert jährliche Konferenzen zum Thema Bürgerhaushalt und anderen Formen der Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene und vergibt eine Auszeichnung für „best practices“ in diesem Bereich. Die Internetseite des Netzwerkes enthält Informationen zu Bürgerhaushaltskommunen, neuen Verfahren und Instrumenten ebenso wie wissenschaftliche Publikationen und Veranstaltungsberichte.

www.oidp.net/en/home

EU-Programm URB-AL 9

Mit ihrem Programm URB-AL 9 fördert die Europäische Union die Kooperation zwischen Kommunen in Europa und Lateinamerika zum Thema Bürgerhaushalt.

www2.portoalegre.rs.gov.br/urbal9

Informationsplattform für Bürgerhaushalte in Deutschland

Die Informationsplattform für Bürgerhaushalte in Deutschland bietet aktuelle Nachrichten zu deutschen und internationalen Bürgerhaushalten. Die Onlineplattform wurde 2007 von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und der Bundeszentrale für politische Bildung eingerichtet.

www.buergerhaushalt.org

2.2.1 Bürgerhaushalt als Chance für Bürgerschaft, Politik und Verwaltung

Bürgerhaushalte haben das Potenzial, vielfältige Wirkung für Bürgerschaft, Politik und Verwaltung zu entfalten. Optimal durchgeführt, verbessert der Bürgerhaushalt nachhaltig Partizipation und Empowerment der Bürger und führt zu einer Verständigung zwischen Bürgerschaft und Kommunalverwaltung. Gleichzeitig eröffnet er die Möglichkeit, den Bürgern den kommunalen Haushalt, die Kosten für verschiedene Dienstleistungen der Kommune und vor allem die aktuelle Haushaltslage nahe zu bringen und mit ihnen zu diskutieren.

Rat und Verwaltung ermöglicht ein Bürgerhaushalt, den Haushalt im Einvernehmen mit den Bürgern zu planen und zu entscheiden und sie so in die Gestaltung und Entwicklung ihrer Kommunen wirksam einzubeziehen.

Verwaltungsmitarbeiter erfahren, dass Bürgerbeteiligung der Verwaltung trotz anfänglicher Mehrarbeit nutzt. Durch mehr Entscheidungsklarheit, zunehmende Bürgerzufriedenheit und generelles bürgerliches Empowerment kann ein Bürgerhaushalt die Verwaltung langfristig sogar nachhaltig entlasten. Außerdem hilft der Bürgerhaushalt bei der Modernisierung der Verwaltung, die immer stärker auf themenübergreifende Zusammenarbeit und Lösungsentwicklung zielt.



Mit dem Bürgerhaushalt hält eine neue Kultur der Einbeziehung und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger Einzug in die Kommunen - Foto: Mario Thieme

Der Bürgerhaushalt übt demokratische Verfahren ein. Er erfordert ein hohes Maß an Dialogfähigkeit sowie Geduld und Vertrauen, unterschiedliche Sichtweisen und Interessenslagen von Politikern und Bürgern auszuhalten und als bereichernd zu empfinden. Daher trägt der prozessoffene und in weiten Teilen experimentelle Charakter des Bürgerhaushalts erheblich zur politischen Bildung auf allen Seiten bei.

Der Bürgerhaushalt kann auch als „**vertrauensbildende Maßnahme**“ zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik genutzt werden. Trotz des hohen Aufwands kann der Bürgerhaushalt Erfolgsstrategien für einen sachgerechteren Haushalt liefern, die Akzeptanz in Zeiten schwieriger Haushaltslage erhöhen und insgesamt die Glaubwürdigkeit der Demokratie stärken.³⁶

Effekte des Bürgerhaushalts

- trägt zur Bürgerkommune bei
- schafft ein neues, partnerschaftliches Verhältnis zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik
- zielt auf gemeinsame Anstrengung und Dialog zur Lösung der Probleme der Kommune
- entwickelt Entscheidungshilfen für die Politik und Verwaltung
- schafft Akzeptanz für Entscheidungen von Politik und Verwaltung
- trägt zur Modernisierung der Verwaltung bei
- fördert die politische Bildung und Aktivierung der Bürger

2.2.2 Bürgerhaushalte in Deutschland

Das Verfahren des Bürgerhaushaltes, so wie es in Deutschland seit 1998 praktiziert wird, basiert auf drei Schritten: **Information, Konsultation und Rechenschaft**. In der **Informationsphase** werden Einnahmen und Ausgaben des öffentlichen Haushalts in Broschüren, Versammlungen oder via Internet erläutert. Im zweiten Schritt der **Konsultation** werden im Rahmen von Bürgerversammlungen, Umfragen oder Internet-Diskussionen Anregungen gesammelt. Die **Rechenschaft** über den Prozess des Bürgerhaushalts sowie die aufgegriffenen oder nicht umgesetzten Vorschläge seitens der Verwaltung erfolgt abschließend im dritten Schritt. Das Modell der Konsultation zu öffentlichen Finanzen ist derzeit **das typische Kennzeichen des deutschen Bürgerhaushalts**.



Die Stadt Münster wirbt an Infoständen in den Stadtteilen für den Bürgerhaushalt - Foto: Stadt Münster

Die ersten Bürgerhaushalte in Deutschland orientierten sich am Vorbild der neuseeländischen Stadt Christchurch, wo der Bürgerhaushalt hauptsächlich als ein Mittel betrachtet wurde, die Bürger über den öffentlichen Haushalt zu informieren und Anregungen für die Verbesserung von kommunalen Dienstleistungen zu erhalten.³⁷

In der ersten Phase der Bürgerhaushalte in Deutschland von 1998 bis 2004 wurde das beschriebene dreistufige Verfahren „Information, Konsultation und Rechenschaft“ eingeführt.

³⁶ Vgl. Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Vom Süden lernen, Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation, Dialog Global, Heft 25, Bonn, 2010

³⁷ Vgl. Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts, Dokumentation, Dialog Global, Heft 24, Bonn, 2010, S.17f.

In der zweiten Phase ab 2005 wurde das dreistufige Verfahren erstmals durch ein „Voting“ ergänzt, bei dem die Bürger die abgegebenen Vorschläge bewerten können. Daraus ergibt sich eine klare Rangfolge der Vorschläge.

Die Beteiligung der Bürger über das Internet ab 2007 kann als digitaler „turn“ bezeichnet werden und ist zu einem wichtigen Standbein der Bürgerhaushalte in Deutschland geworden. Die Entwicklung begann in Esslingen und führte über parallel in Bürgerversammlungen stattfindende Online-Diskussionen in Berlin-Lichtenberg und anderen Städten hin zu internetzentrierten Bürgerhaushalten wie etwa in Köln und Frankfurt am Main.

Der **webbasierte Ansatz des Bürgerhaushalts** schafft neue Möglichkeiten für eine größere Beteiligung der Bürger, vor allem auch der Jüngeren, sowie für mehr Transparenz. Dennoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass eine nachhaltige Beteiligung der Bürgerschaft nur gewährleistet ist, wenn Politik und Verwaltung die Beteiligungsidee fördern und die Technik in den Routinebetrieb der Kommunen übernommen werden kann. Zudem erscheint es auch wichtig, ausreichende Möglichkeiten zur Diskussion und Beratung für die Bürger zu schaffen, sei es in Form von Bürgerversammlungen oder online-gestützten Plattformen, um so hinreichend detaillierte Vorschläge in Diskussionen entwickeln zu können.

Auch wenn das webbasierte Verfahren in Deutschland in vielen Kommunen angewandt wird – ein einheitliches Verfahren zur Implementierung eines Bürgerhaushalts gibt es nicht, denn eine Kommune mit 5.000 Einwohnern benötigt andere Methoden als eine Kommune mit 100.000 oder mehr Menschen. Entscheidend für die Wahl des Verfahrens sind die damit verbundenen Ziele und die Struktur der Kommune. Grundsätzlich sollte die Einrichtung des Bürgerhaushalts in kleinen Schritten erfolgen, um dann in der Praxis Schritt für Schritt den für die Kommune geeigneten Bürgerhaushalt zu entwickeln.

Als Fazit ist festzuhalten: Es gibt nicht das eine Verfahren! Und ein internationaler Austausch von Kommunen lohnt sich für alle Beteiligten.

Interview mit Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

In gemeinsamen Projekten voneinander lernen

SKEW: Warum „lohnt“ sich entwicklungspolitisches Engagement für deutsche Kommunen?

Dr. Gerd Landsberg:

Längst leben wir in einer globalisierten Welt. Das gilt auch für Städte und Gemeinden. Entwicklungspolitisches Engagement



Foto: DStGB

ist nicht nur ein Geben, sondern auch ein Nehmen und oftmals sogar die Chance, gemeinsame Konzepte zu entwickeln, die hier wie dort helfen können, die Gemeinde lebenswerter zu gestalten.

SKEW: Kann prinzipiell jede Kommune Entwicklungspolitik betreiben oder bleibt diese tendenziell eher die Angelegenheit großer und reicher Kommunen?

Dr. Gerd Landsberg: Im Prinzip kann jede Kommune diese Chance nutzen und ihr spezielles Wissen für andere nutzbar machen. Unverzichtbar ist allerdings eine entsprechende finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, wie sich eine Stadt oder Gemeinde engagieren kann. Das heißt, es muss nicht zwingend eine entsprechende Stelle geschaffen werden. Entwicklungspolitik kann zum Beispiel auch in der Unterstützung und Vernetzung lokaler entwicklungspolitischer Akteure und örtlichen Vereinen bestehen, indem eine Austauschplattform geschaffen wird. Auch mit fairer Beschaffung kann in diesem Bereich Politik gemacht werden.

SKEW: Wie hat sich die Zusammenarbeit der Kommunen mit Entwicklungs- und Schwellenländern verändert und weiterentwickelt?

Dr. Gerd Landsberg: Aus der Zusammenarbeit der Kommunen mit Entwicklungs- und Schwellenländern hat sich oftmals auch eine große Nähe sowohl der Bürger wie auch der örtlichen Wirtschaft zu dem entsprechenden Partner entwickelt. Tendenziell wird die Zusammenarbeit der Kommunen mit Entwicklungs- und Schwellenländern vielfältiger. Bestand die Zusammenarbeit vor einigen Jahren vor allem in Form von Städtepartnerschaften, finden sich heute zunehmend mehr Projektpartnerschaften.

SKEW: Deutsche Städte und Gemeinden engagieren sich für den Aufbau demokratischer und dezentraler Strukturen in der Welt. Was macht die deutsche kommunale Selbstverwaltung so attraktiv für andere Länder?

Dr. Gerd Landsberg: Die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell, das wir gerne exportieren. Es ist oftmals besser, auf diesem Wege Demokratie von unten aufzubauen, als sie von oben zu verordnen. Gerade dezentrale Strukturen sind weltweit besonders erfolgreich, weil das so praktizierte Subsidiaritätsprinzip regelmäßig für mehr Effizienz, größere Bürgernähe, schnellere Entscheidungsabläufe und damit auch für geringere Kosten sorgt.

SKEW: Was können deutsche Kommunalverwaltungen von anderen Ländern lernen?

Dr. Gerd Landsberg: Teilweise sind zum Beispiel in anderen Ländern die Ansätze zum E-Government oder elektronischen Verwaltungsvorgängen besser entwickelt. Außerdem zeigt sich oftmals in anderen Ländern, dass man auch mit weniger Bürokratie als in Deutschland verwalten kann.

SKEW: Wie kann Kommunale Entwicklungspolitik trotz knapper Kassen gelingen?

Dr. Gerd Landsberg: Kommunale Entwicklungspolitik ist nicht ausschließlich eine finanzielle Frage, sondern die Chance, eigene, bewährte Ideen oder Konzepte anderen anzubieten, um so einen Beitrag für bessere Zusammenarbeit zu leisten. Gerade weil die Kommunale Entwicklungspolitik regelmäßig dezentrale Strukturen stärkt, ist sie

eine große Chance, die sicherlich auch die Bundespolitik erkennen und stärker fördern sollte.

SKEW: Welche Bedeutung haben die Ziele einer nachhaltigen Stadtentwicklung für das entwicklungspolitische Engagement von Kommunen?

Dr. Gerd Landsberg: Weltweit stehen die Städte teilweise vor den gleichen Problemen. Die Stadtplanungen müssen sich den veränderten Lebensbedürfnissen der Menschen anpassen. Die übermäßige Dominanz des Individualverkehrs muss zurückgeführt werden, der Lebensraum Stadt muss den Klimaschutzanforderungen gerechter werden. Hier können wir in gemeinsamen Projekten gegenseitig voneinander lernen.

SKEW: Durch faire Beschaffung werden Kommunen ihrer Vorbildfunktion gerecht. Welchen Einfluss hat dieses Engagement auf die Entwicklung der Kommunalen Entwicklungspolitik?

Dr. Gerd Landsberg: Viele Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger können mit fairen Beschaffungsbedingungen einen positiven Beitrag für Entwicklung in den Herkunftsländern leisten. Fair gehandelte Produkte tragen zum Beispiel dazu bei, dass sich in den Herkunftsländern die Arbeitsbedingungen verbessern und teilweise auch Existenzgründer gefördert werden.

SKEW: Wie beurteilen Sie die Chancen, die kommunale Gesamtstrategie zur Integration durch eine aktiv gestaltete Kommunale Entwicklungspolitik weiterzuentwickeln?

Dr. Gerd Landsberg: Auf allen politischen Ebenen setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass auch die Entwicklung maßgeblich davon abhängt, ob es gelingt, den Einzelnen zu überzeugen. Die Erwartung der Menschen in den Entwicklungsländern geht immer deutlicher zu dezentralen Strukturen, in denen die Lösung unten erarbeitet und nicht von oben verordnet wird. Die Verknüpfung kommunaler Akteure aus den Bereichen Migration und Entwicklung in der eigenen Stadt und Gemeinde ist eine Chance, die

Integrationspolitik zu stärken und diese Gruppen allein durch den kommunikativen Austausch besser in das Gemeindeleben zu integrieren. Zudem kann umgekehrt gerade aus den Erfahrungswerten dieser Menschen geschöpft werden, die besser mit den unterschiedlichen Mentalitäten und Gepflogenheiten vertraut sind. Das Potenzial, das in der Verbindung von Integrations- und Entwicklungspolitik liegt, kann weiter gestärkt werden.

SKEW: Wie könnten Bund und Länder die kommunalen Potenziale in der Entwicklungszusammenarbeit stärker nutzen?

Dr. Gerd Landsberg: Wir erwarten, dass Bund und Länder das kommunale Potenzial noch viel deutlicher anerkennen, nutzen, aber auch fördern. Denn gerade dort, wo die große Diplomatie versagt, können wir häufig wirksam helfen.

SKEW: Wie wirkt sich Kommunale Entwicklungspolitik auf das Engagement der Bürger aus?

Dr. Gerd Landsberg: Viele Bürger sehen gerade in der Kommunalen Entwicklungspolitik eine Chance, sich für Projekte in anderen Ländern – sei es persönlich oder auch finanziell – zu engagieren. Das wird ein immer wichtigerer Bereich des ehrenamtlichen Engagements, wie es sich zum Beispiel immer wieder in der Hilfsbereitschaft bei Naturkatastrophen zeigt. Zudem kann das Engagement der Gemeinde eine Bewusstseinschärfung der Bürgerinnen und Bürger bewirken und eigene Verhaltensweisen ändern.

2.3 Kommunale Partnerschaften

Insgesamt unterhalten deutsche Kommunen mehr als 7.000 Partnerschaften, Freundschaften und Kontakte zu Kommunen im Ausland. Dabei liegt der Schwerpunkt mit fast 2.300 Verbindungen in Frankreich und mit rund 570 Verbindungen in Polen.³⁸ Die Zahl der entwicklungspolitischen Partnerschaften deutscher Städte, Gemeinde und Landkreise mit Kommunen in Asien, Afrika und Lateinamerika liegt bei rund 400 – Tendenz steigend.

Im Hinblick auf die gewaltigen, globalen Herausforderungen wollen deutsche Städte und Gemeinden vermehrt zusammen mit Kommunen aus dem Ausland Lösungsstrategien für gemeinsame Probleme entwickeln, etwa in Fragen des Klimawandels, der wachsenden Armut oder in verschiedenen Bereichen der nachhaltigen Stadtentwicklung. Eine der besten Möglichkeiten hierfür bieten kommunale Partnerschaften.



Wie die Stadt Hürth verfügen viele deutsche Kommunen über mehrere Partnerkommunen in West, Ost und Süd - Foto: Barbara Baltsch

³⁸ Siehe Datenbank der kommunalen Partnerschaften der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas unter www.rgre.de/partnerschaften.html

Die meisten deutschen Kommunen verfügen bereits über zahlreiche Erfahrungen im Partnerschaftsbereich und auch über Anknüpfungspunkte für erweiterte Partnerschaften mit Schwellen- und Entwicklungsländern. Die in den 1950er- und 1960er-Jahren geschlossenen Städtepartnerschaften waren größtenteils dem Gedanken des Friedens und der Versöhnung geschuldet und zielten auf Völkerverständigung. Zwar gab es vereinzelt Ansätze für eine Zusammenarbeit in Ländern des Globalen Südens, wie etwa seit 1964 zwischen Köln und Tunis und seit 1966 zwischen Stuttgart und Bombay, allerdings bildeten diese Kontakte Ausnahmen im Bereich der kommunalen Partnerschaften. Erst in den 1970er-Jahren und verstärkt in den 1980er-Jahren schlossen immer mehr deutsche Städte und Gemeinden Partnerschaften mit Kommunen im Globalen Süden – zum Beispiel mit Gemeinden in Nicaragua, die aus Gründen der Solidarität mit den Sandinisten ins Leben gerufen wurden.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts wurden immer mehr Partnerschaften zwischen Ländern des Nordens und Südens geschlossen und mit der einsetzenden Globalisierung kamen weitere Aufgaben auf die kommunalen Partnerschaften zu. Ausgehend von der Weltkonferenz von Rio de Janeiro 1992, die die Rolle der Kommunen als unverzichtbare Akteure bei der Umsetzung der Ziele einer nachhaltigen Politik explizit herausstellte, bis zu den Habitat-Konferenzen zur nachhaltigen Stadtentwicklung und den Millennium-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen 2000, rückte die Verschränkung von globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen und Lokalpolitik immer stärker in den Fokus der kommunalen Partnerschaften.³⁹

Globale Partnerschaften

Das Interesse an kommunalen Partnerschaften mit Kommunen aus dem Globalen Süden wächst parallel mit der Vielfalt der Gestaltungsformen: So bilden sich heute zunehmend Projektpartnerschaften mit konkreten Zielvereinbarungen oder themenorientierte Netzwerke. Häufig sind diese Partnerschaften zudem durch Evaluierung, Fragen der

Qualitätsorientierung oder einem gemeinsamen Projektmanagement begleitet.



Im Rahmen der Länderpartnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda hat auch die Ortsgemeinde Holzheim eine Partnerschaft geschlossen - Foto: Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz

Mit ihren Partnerschaften werden die deutschen Kommunen neben dem Bund und den Ländern zunehmend wichtige Akteure in der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. Das kommunale Engagement erwächst vor allem aus dem Bewusstsein, dass sich Partnerschaften lohnen – nicht nur weil ein Erfahrungsgewinn oder wirtschaftlicher Profit zu verbuchen ist, sondern weil die internationale Zusammenarbeit Lösungsansätze für die Kommune hervorbringt, die global wie lokal von großer Wirksamkeit sind. Darüber hinaus bieten diese Partnerschaften den Kommunen – wenn sie sie entsprechend medial präsentieren – die Möglichkeit, bürgerschaftliches Engagement zu mobilisieren und nutzbar zu machen auch für die eigene Kommune. Das Bewusstsein einer unteilbaren globalen Verantwortung macht das kommunale „Leben“ selbst international.⁴⁰

³⁹ Siehe www.rgre.de/partnerschaftsarbeit.html

⁴⁰ Vgl. Statz, Albert/Wohlfarth, Charlotte: Kommunale Partnerschaften und Netzwerke, Ein Beitrag zu einer transnationalen Politik der Nachhaltigkeit, Heinrich-Böll-Stiftung, Schriften zur Demokratie, Band 20, Berlin, 2010, S.21, online: <http://kommunalwiki.boell.de/images/6/6c/Partnerschaften-Netzwerke.pdf>

Partnersuche im Internet

Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) unterstützt interessierte Kommunen mit Informationen zu Kommunalpartnerschaften. Zudem führt der Verband eine Datenbank der kommunalen Partnerschaften, in der nach bestehenden Partnerschaften, Freundschaften und Kontakten deutscher Kommunen gesucht werden kann. www.rgre.de/partnerschaftsarbeit.html

Partnerschaftsportal des Europäischen Rates der Gemeinden und Regionen Europas (CEMR)

Über das Partnerschaftsportal des Europäischen Rates der Gemeinden und Regionen Europas (Council of European Municipalities and Regions/CEMR) können Kommunen, die am Aufbau einer neuen Partnerschaft interessiert sind, Gesuche einstellen oder nach passenden möglichen kommunalen Partnern im europäischen Ausland recherchieren und auch direkt Kontakt aufnehmen. www.twinning.org

Nichtregierungsorganisationen

Nichtregierungsorganisationen wie das Landesnetzwerk „Eine Welt Netz NRW“ haben auf ihrer Internetseite „Eine Welt Akteure“ sowie Projektideen und -erfahrungen zusammengestellt und halten Adressen von konkreten Ansprechpartnern bereit. www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/149/?no_cache=1

Kommunale Zusammenschlüsse

Kommunale Zusammenschlüsse wie das Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder bieten Partner für Klimapartnerschaften. www.klimabuendnis.org

Stiftungen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit

s. Adressen im Anhang

Zudem finden sich auf den **Internetportalen der kommunalen Spitzen- und Landesverbände** aktuelle Partnerschaftsgesuche.

2.3.1 Kommunale Partnerschaften im Wandel

Grundsätzlich unterscheidet die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) drei Formen von kommunalen Auslandsbeziehungen⁴¹:

1. Partnerschaft

Die Partnerschaft ist eine förmliche, zeitlich und sachlich nicht begrenzte Zusammenarbeit, die auf einem Partnerschaftsvertrag beruht.

2. Freundschaft

Die Freundschaft ist eine Verbindung, die auf einer Vereinbarung beruht, aber zeitlich begrenzt ist oder genau spezifizierte Projekte umfasst.

3. Kontakt

Ein Kontakt ist eine Verbindung ohne formale Vereinbarung.

Heute gestalten sich die kommunalen Partnerschaften zunehmend in neuen, erweiterten Formen internationaler kommunaler Zusammenarbeit. Zwischen Partnerschaft, Freundschaft und Kontakt kann daher keine scharfe Trennlinie mehr gezogen werden. Neben die traditionellen Städtepartnerschaften mit zumeist zivilgesellschaftlichem Hintergrund und einem verbindlichen Vertrag treten vermehrt Kooperationsvereinbarungen, Projektverträge, Chartas, gemeinsame Erklärungen oder Ratsbeschlüsse.

Zudem gehen Kommunen verstärkt Projektpartnerschaften ein, die auf einen bestimmten Zeitraum oder – wie etwa bei Klimapartnerschaften – auf ein spezielles Thema begrenzt sind. Diese Projektpartnerschaften sind flexibel und können aktuellen Entwicklungen besser angepasst werden als traditionelle Partnerschaften. Gleichzeitig reduzieren Kommunen damit den häufig mit der Pflege von Städtepartnerschaften verbundenen politischen und finanziellen Aufwand.

Eine weitere Form der kommunalen Zusammenarbeit zeichnet sich im grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch im Rahmen von multilateralen Beziehungen und Netzwerken

⁴¹ Siehe www.rgre.de/partnerschaftsarbeit.html

ab (s. Kapitel 2.4). So entwickeln sich zunehmend Dreieckspartnerschaften zwischen Kommunen aus verschiedenen Ländern. Immer häufiger laden deutsche Kommunen auch eine oder mehrere ihrer Partnerkommunen zu themenbezogenen Konferenzen ein, aus denen sich Ringpartnerschaften oder themengeleitete Netzwerke entwickeln, die einen Austausch auf hohem fachlichem Niveau darstellen.



Die nordrhein-westfälische Stadt Würselen engagiert sich mit dem französischen Morlaix im Rahmen einer Dreieckspartnerschaft in der afrikanischen Stadt Rêo - Foto: Stadt Würselen

Angesichts dieser Entwicklung kommt auch der Begriff der „kommunalen Außenpolitik“⁴² in die Diskussion. Diese auf Internationalisierung der Kommunen zielende Entwicklung entspricht auch den Zielen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, die sich heute mehr denn je als globale Zukunftspolitik⁴³ versteht.

2.3.2 Arbeitsfelder der transnationalen Zusammenarbeit von Kommunen

Kommunale Partnerschaften bieten ein breites Themenspektrum für die Zusammenarbeit. Die klassischen Bereiche **Kultur, Gesundheit und Soziales sowie Aus- und Weiterbildung**⁴⁴ stehen dabei immer noch oben auf der Agenda der Zusammenarbeit. Aufgrund der wachsenden Einsicht in die Notwendigkeit einer nachhaltigen Politik kristallisieren sich allmählich aber auch **neue Handlungsfelder** heraus, vor allem im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung sowie auf dem Feld der kommunalen Selbstverwaltung.

Insbesondere im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung verfügen deutsche Kommunen mittlerweile über ein umfangreiches Wissen, das aktuell durch die Aufstellung von strategischen Klimaschutzkonzepten durch die Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt (BMU) gefördert wird. Das von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW) und in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden durchgeführte Projekt **„50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“** bietet hier eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten für klimaschutzinteressierte Kommunen in Deutschland (s. Kasten).⁴⁵

Die **kommunale Selbstverwaltung** gilt als weiterer „Exportschlager“ in der Entwicklungszusammenarbeit.⁴⁶ Die besondere Expertise der deutschen Kommunen kann einen wertvollen Beitrag zum Aufbau demokratischer und selbst verwaltender Strukturen sein. Denn demokratische Regie-

42 Siehe www.rgr.de/partnerschaftsarbeit.html

43 Vgl. Staatssekretär Hans-Jürgen Beerfeltz: Rede im Rahmen des politikwissenschaftlichen Hauptseminars der Universität Bonn zum Thema „Entwicklungspolitische Beziehungen Deutschlands zu Afrika“ am 20. Januar 2011 in Bonn, online: www.bmz.de/de/presse/reden/Sts_Beerfeltz/2011/Januar/20110120_rede.html

44 Vgl. Ausführung: Welche Themen und Aktivitäten können Gegenstand der kommunalen Partnerschaft sein?, in Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Partner in alle Richtungen – Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften, Ein Praxisleitfaden, Dialog Global, Heft 9, Bonn, 2005, S.46ff., online: www.service-eine-welt.de/publikationen/publikationen-start.html

45 Vgl. Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: 50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015, Vorstudie, Schriftenreihe Material, Heft 42, Bonn 2010, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-1930.img

46 Mende, Claudia: Exportschlager kommunale Selbstverwaltung, in: „Welt-Sichten“, Magazin für globale Entwicklung und Ökumenische Zusammenarbeit, 12-2010/01

rungsführung und dezentrale Steuerung schaffen Sicherheit und Entwicklung.



Im Rahmen des Projektes „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ tauschen sich deutsche und afrikanische Kommunen im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung aus - Foto: Barbara Baltsch

Unabhängig von gemeinsamen Interessen und Werten sowie humanitärem Engagement kann in Zeiten der Globalisierung zukünftig auch der **Wirtschaftsbereich** den Auftakt für eine Zusammenarbeit darstellen. So spielt zum Beispiel in vielen Kommunalbeziehungen nach China die lokale Wirtschaftsförderung eine elementare Rolle. Obwohl diese „**Entwicklungskooperationen**“ stark von gegenseitigen Wirtschafts- und Standortinteressen geprägt sind, kann diese Form der Zusammenarbeit durch zivilgesellschaftliches Engagement erweitert und ergänzt werden oder sich zu einer auf gemeinsamen Werten beruhenden kommunalen Partnerschaft entwickeln.

50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015

Auf der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen 2009 in München haben die kommunalen Akteure ein deutliches Signal für weitere Ziele und Handlungsempfehlungen im Schwerpunkt „Klima in der Entwicklungspolitik“ erarbeitet. Bis zum Jahr 2015 sollen mindestens 50 deutsche Kommunen Klimapartnerschaften für eine nachhaltige Entwicklung im Rahmen von langfristigen kommunalen Partnerschaften aufbauen.⁴⁷

⁴⁷ Vgl. Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Herausforderung Klimawandel, 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen, 18. bis 20. Juni 2009 in München, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-1660.img

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) hat sich diesem Ziel angenommen und führt gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW) und mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ durch. Unter kommunalen Klimapartnerschaften werden dabei Partnerschaften von Städten und Regionen verstanden, die ein konkretes Handlungsprogramm mit Zielen, Maßnahmen und zugewiesenen Ressourcen für Klimaschutz und Klimaanpassung erarbeiten. Eine Klimapartnerschaft kann sich im Rahmen von Städtepartnerschaften oder auch in Projektpartnerschaften vollziehen. Die SKEW finanziert und begleitet den Expertenaustausch der Partnerkommunen und vernetzt die kommunalen Klimapartnerschaften untereinander.

Im Mittelpunkt der Klimapartnerschaften steht die langfristige Zusammenarbeit von Kommunen im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung. Ziel ist es, die kommunale Fachexpertise international nutzbar zu machen. Deutsche Kommunen können dabei ihre Erfahrungen bei der Erstellung und Umsetzung integrierter Klimaschutzkonzepte einbringen. In ihren Partnerkommunen im Süden ist vor allem die lokale Klimafolgenanpassung ein drängendes Thema. Verbindendes Element ist die Verknüpfung des Umgangs mit dem Klimawandel mit Themen der kommunalen Daseinsvorsorge. Für die Zusammenarbeit bietet sich so ein breites Themenspektrum. Die in den Handlungsprogrammen dargestellten Maßnahmen reichen vom dezentralen Ausbau erneuerbarer Energiequellen über die nachhaltige Nutzung von Regenwasser bis hin zu Aktivitäten der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit mit Bezug zum Klimawandel.

Informationen:

www.service-eine-welt.de/klimapartnerschaften/klimapartnerschaften-start.html

2.3.3 Potenziale und Nutzen der kommunalen Partnerschaften

Kommunen profitieren von ihrem entwicklungspolitischen Engagement. Deutlich wird der **Mehrwert** einer kommunalen Partnerschaft vor allem im Bereich der Wirtschaftskooperationen, der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und dem Erfahrungsaustausch über Umwelt- und soziale Probleme. Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch tragen zudem in erheblichem Umfang zur **interkulturellen Kompetenz** und damit zur Qualifizierung von Verwaltungsmitarbeitern und weiterem Fachpersonal bei. Vor allem die interkulturelle Kompetenz gilt heute als ein wichtiger „weicher Standortfaktor“ in Kommunen und ist gleichzeitig eine gute Basis für die verstärkte Einbeziehung von Migranten in die kommunale Partnerschaftsarbeit.

Ist zudem die Zivilgesellschaft verstärkt in die kommunalen Partnerschaften eingebunden, hilft der direkte Kontakt mit der Bevölkerung der Partnerkommunen auf beiden Seiten bei der Bewusstseinsbildung für die Zusammenhänge globaler Themen und lokaler Nachhaltigkeit.

Entscheidend für den Erfolg des entwicklungspolitischen Engagements ist eine **kontinuierliche mediale Begleitung** der kommunalen Partnerschaften. Dies schafft Transparenz und Rückhalt in der Bevölkerung. Das Wissen über die Partnerstadt oder Partnergemeinde wächst auch durch begleitende Informations- und Bildungsarbeit und kann dadurch nachhaltig wirken und entsprechendes bürgerschaftliches Engagement mobilisieren.

Potenziale der kommunalen Partnerschaften⁴⁸

Integrationsinstrument für Migranten

Transnationale Beziehungen bergen ein besonderes Potenzial für die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen und können zur Integration von Migranten beitragen.

Imageverbesserung und Profilierung der Kommune

Ein internationales und weltoffenes Image schafft Medienaufmerksamkeit und sichert Kommunen langfristig einen Standortvorteil im globalen Wettbewerb.

Kommunale Wirtschaftsförderung

Das internationale Profil und das mit dem Ausbau kommunaler Entwicklungspartnerschaften verbundene Know-how der Verwaltung erhöhen die Attraktivität der Kommune für nationale wie internationale Wirtschaftsunternehmen. Zudem dient das internationale Image der Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen und erhöht die Attraktivität für entsprechende internationale Fachkräfte.

Professionalisierung der internationalen Aktivitäten

Die Zusammenarbeit mit der Partnerkommune, den Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit und den Nichtregierungsorganisationen vermittelt kommunalem Fachpersonal weitreichende Methodenkompetenz und Planungswissen sowie interkulturelle Kompetenz. Lernprozesse in Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft werden in Gang gesetzt.

Neue Ideen für die deutsche Kommunalverwaltung und -politik

Das bekannte Beispiel des Bürgerhaushalts im brasilianischen Porto Alegre hat gezeigt, dass Kommunen anderer Länder

48 Ebd. S.27ff. / Deutscher Städtetag und Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit: Ratgeber Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Hintergrundinformationen und praktische Tipps zu Auslandseinsätzen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, Köln/Eschborn, 2005, S.9, online: www.un-kampagne.de/fileadmin/downloads/kommunen/Staedtetag_Ratgeber_Kommunale_EZ_01.pdf

gute Lösungsansätze und Praktiken entwickelt haben, die auch für deutsche Kommunen interessant sein können.

Vernetzung unterschiedlicher Gruppierungen

Die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen wie Eine Welt-Initiativen oder Lokalen Agenda-Büros verstärkt die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Verständnis und Akzeptanz für die Ziele der „Agenda 21“ können aufgrund der unmittelbaren Begegnung wachsen. Die Konkretisierung der Projekte in der Kommune zeigt den Bürgern, dass – wenn auch internationale Abkommen scheitern oder wenig Durchschlagskraft haben – ausreichend Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Dies wirkt auch der Politikverdrossenheit entgegen.

Beitrag zur globalen Politik der Nachhaltigkeit

Projektgemeinschaften oder City-to-City-Netzwerke, die Themen wie Klimawandel, Wüstenbildung, Aufforstung, nachwachsende Rohstoffe, Müllentsorgung sowie Umwelt- und Naturschutz verbindlich aufgreifen, stellen einen wichtigen Beitrag der Kommune zur nachhaltigen Entwicklung dar.

2.3.4 Gestaltung von kommunalen Partnerschaften

Eine kommunale Partnerschaft lässt sich nicht am Reißbrett planen. Ein guter erster Schritt, einen Partner für eine Partnerschaft zu finden ist, das Profil der eigenen Stadt oder Gemeinde im Hinblick auf eine Partnerschaft zu überprüfen (s. Checkliste im Kasten). Eine Bestandsaufnahme aller bereits bestehenden Kontakte von Bürgern, Initiativen, Vereinen, Kirchen, örtlichen Kommunalpolitikern, Schulen oder Unternehmen zu einer ausländischen Kommune bietet zudem Aufschluss über mögliche Anknüpfungspunkte für die Anbahnung von Kontakten.

Checkliste

Fragen zum Profil der eigenen Stadt⁴⁹

Wie sieht die ökonomische Struktur der Stadt aus?

Wo bestehen bereits internationale Kontakte auf Seiten der Privatwirtschaft?

Wie stellt sich die sozio-kulturelle Situation der Stadt dar?

Wie viele junge und alte Menschen leben in der Stadt? Wie hoch ist der Anteil der Rentner und der Erwerbstätigen?

Welche thematischen (Länder-)Schwerpunkte zeigen sich im zivilgesellschaftlichen Engagement der Stadt?

Gibt es bereits engagierte Eine Welt-Gruppen oder privates Engagement in der Stadt?

Zeichnet sich die Stadt durch eine geografische Besonderheit aus?

Liegt die Kommune in einem Ballungsgebiet oder im ländlichen Raum?

Verfügt die Stadt über besondere Stärken? In welchen Bereichen ist besondere kommunale Expertise vorhanden? Gibt es gute Praxisbeispiele im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung, die international von Interesse sein könnten?

Steht die Stadt vor speziellen Herausforderungen? Sind eventuell Umweltprobleme vorhanden?

Gibt es etwa Altlasten durch Chemiewerke oder besondere Verkehrsprobleme?

Gibt es in der Stadt bereits Anknüpfungspunkte zu internationalen Erklärungen oder Themen der globalen Agenda?

Bestehen bereits Erklärung etwa zu den Millennium-Entwicklungszielen, zur Biodiversität, zum Klimawandel oder zur nachhaltigen Stadtentwicklung?

⁴⁹ Fragestellungen sind teilweise entlehnt aus Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit: Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Leitfaden zur Gestaltung von Kooperationsbeziehungen zwischen Kommunen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Eschborn, 2004, online: www2.gtz.de/dokumente/bib/03-0206.pdf

Unabhängig von ihrer Form, ist der Ratsbeschluss als Grundlage für eine kommunale Partnerschaft sinnvoll. Der **Aufbau einer Partnerschaft sollte sich möglichst an folgenden Kriterien** ausrichten⁵⁰:

1. Nachhaltige Entwicklung

Ein gemeinsames, ganzheitliches und interdisziplinäres Verständnis der Nachhaltigkeit sollte in die Ziele und Aktivitäten der kommunalen Partnerschaft integriert werden. Hierbei sind insbesondere lokale Entwicklungspläne oder ähnliche politisch legitimierte Vorgaben und Prozesse in der Kommune des Südens zu berücksichtigen.

2. Gleichberechtigte Kooperation

Maßnahmen sollten partizipativ geplant, durchgeführt und evaluiert werden, wobei die Verteilung der Mittel auch gemeinsam verantwortet werden sollte.

3. Lokale Verankerung

Bildungs- und Informationsarbeit sollte die Öffentlichkeit und möglichst viele unterschiedliche Akteure einbeziehen, damit ein breites Fundament auch über die Akteursebene hinaus geschaffen wird. Dies gelingt vor allem mit gezielter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.⁵¹

Ausbau und Vernetzung bestehender kommunaler Partnerschaften

Falls bereits eine Partnerschaft besteht, kann diese um den Aspekt der Kommunalen Entwicklungspolitik erweitert werden und damit neue Dynamik erhalten. Mittels einer konkreten Schwerpunktsetzung können dabei neue Akteursgruppen erschlossen werden. Dafür bieten sich insbesondere Themen an, die globale Zusammenhänge verdeutlichen wie etwa nachhaltiger Konsum oder Klimagerechtigkeit. Zudem besteht die Möglichkeit, sich als Kommune in eine bereits

bestehende Partnerschaft einzubringen und eine Regional-kooperation zu bilden.



Kommunale Partnerschaften werden häufig durch eine konkrete Partnerschaftvereinbarung, eine Erklärung oder einen Vertrag geschlossen - Foto: Barbara Frommann

Eine kommunale Partnerschaft sollte langfristig angelegt sein und daher einen festen Rahmen erhalten. Empfehlenswert ist die **konkrete Partnerschaftvereinbarung oder -erklärung**⁵² in Form einer Rahmenvereinbarung, die durch eine Charta ergänzt oder als Memorandum abgefasst ist. Eine solche Konzeption bietet solide Grundlagen, um die notwendige Transparenz für die gegenseitigen Erwartungen und Ziele zu schaffen.

Eine Partnerschaftserklärung lässt sich durch zusätzliche Maßnahmenbeschreibungen erweitern, die regelmäßig erneuert, ergänzt, verändert oder auf bestimmte Einzelprojekte hin überprüft und angepasst werden können. Dies gewährleistet ein hohes Maß an Flexibilität bei gleichzeitiger Transparenz und Wirksamkeit der Maßnahmen. Änderungen in den Schwerpunkten der Zusammenarbeit lassen sich so relativ mühelos einbauen und festschreiben.

50 Vgl. Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Partner in alle Richtungen – Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften, Ein Praxisleitfaden, Dialog Global, Heft 9, Bonn, 2005, S.41ff.

51 Spezifische Hinweise zur Öffentlichkeitsarbeit siehe Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Partner in alle Richtungen – Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften, Ein Praxisleitfaden, Dialog Global, Heft 9, Bonn, 2005, S.56ff.

52 Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas hält auf ihrer Internetseite PDF-Vorlagen für verschiedene Partnerschaftsverträge bereit, online: www.rgre.de/nuetzliche_hinweise.html

Ein weiterer entscheidender Aspekt für die kontinuierliche Ausgestaltung einer Partnerschaft ist die Regelung von Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung. Aufbau und Gestaltung einer kommunalen Entwicklungspartnerschaft erfordert – wie alle Handlungsfelder der Kommunalen Entwicklungspolitik – eine **ressortübergreifende Zusammenarbeit**. Bei den häufig unterschiedlichen Zuständigkeiten etwa im Oberbürgermeisteramt, im Internationalen Referat oder beim Umwelt- oder Kulturreferat, ist eine klare Organisation mit entsprechender Kommunikationsstruktur nötig, um ein gemeinsames Handlungsprogramm mit den Partnerkommunen aufzubauen.

Eine Möglichkeit, die Partnerschaftsarbeit ressortübergreifend zu koordinieren, stellen spezielle Steuerungsgruppen dar, in denen die Akteure aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft mit Unterstützung der städtischen Projektkoordination gemeinsam mögliche Handlungsprogramme erarbeiten. In einem weiteren Schritt könnte zudem auf Netzwerke zurückgegriffen werden.

Checkliste

Fragen zur Gestaltung und Weiterentwicklung von kommunalen Partnerschaften

- Welche Ziele werden mit der Städtepartnerschaft verfolgt?
- Hat sich das Engagement aus einer Tradition entwickelt und wird diese ausreichend kommuniziert?
- Wer kann von der Städtepartnerschaft profitieren?
- Welche Akteure sind involviert?
- Wo besteht die Möglichkeit, die Zivilgesellschaft stärker in das städtepartnerschaftliche Engagement einzubinden oder zu erweitern?
- Finden die Synergien der Städtepartnerschaft öffentliche Anerkennung?
- Ist das Potenzial der Zusammenarbeit mit dem Land, dem Bund und Europa hinreichend ausgeschöpft? Wo ergeben sich Synergien und wie können diese sinnvoll für das Standortmarketing genutzt werden?

Kommunale Partnerschaften bedürfen der geregelten Kontaktpflege in Form von regelmäßig stattfindenden Treffen und Informationsaustauschen, der Pflege einer gemeinsamen Internetseite oder Herausgabe eines gemeinsamen Newsletters. Ein weiterer Bestandteil stellt die **Evaluierung** der gemeinsamen Bemühungen dar, also die Überprüfung der Wirksamkeit der konkreten Maßnahmen und Aktionen sowie die Verständigung darüber, ob die Interessenlage sich geändert hat oder neue Kriterien berücksichtigt werden sollten. Die gemeinsame Abstimmung kann zudem ergänzt werden durch Vernetzung mit anderen Partnerstädten, so dass Projektabwicklungen gemeinsam koordiniert werden können (s. Kapitel 2.4).

2.3.5 Akteure für eine gelingende kommunale Partnerschaft

Die kommunale Entwicklungspartnerschaft wird mit Leben ge- oder erfüllt, wenn sich möglichst viele Akteure an ihr beteiligen; wenn sie ihr Wissen und ihre Erfahrungen einbringen und vermitteln, praktische Unterstützung leisten sowie Lernprozesse initiieren und organisieren. Ein breites Bündnis aus kommunaler Politik und Verwaltung, Zivilgesellschaft, Medien, Wirtschaft, Bildungseinrichtungen, Kirchen und Gewerkschaften ist daher erstrebenswert. Ein solch breites Bündnis fördert den Ausbau wechselseitiger Beziehungen auf allen Ebenen und verhindert, dass kommunale Partnerschaften nur in Ämtern oder kleinen Initiativkreisen stattfinden.

Allerdings sollte die Einziehung unterschiedlicher Akteure in einem angemessenen Verhältnis zum Koordinierungsaufwand stehen und die vorhandenen Kapazitäten berücksichtigen, um alle Beteiligten nicht zu überfordern.

Akteure außerhalb der Kommunalverwaltung im Rahmen von kommunalen Entwicklungspartnerschaften sind:

- Freundschafts- und Fördervereine
- Eine Welt-Initiativen und Initiativen-Netzwerke
- Migrant*innenorganisationen
- lokale Vereine aus Kultur und Sport

- kommunale Einrichtungen wie Museen, Krankenhäuser und Zoologische Gärten
- Kammern und Verbände der gewerblichen Wirtschaft wie Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Unternehmerverbände
- einzelne Unternehmen
- Kirchengemeinden und kirchliche Organisationen
- soziale oder in der Entwicklungszusammenarbeit aktive Nichtregierungsorganisationen wie terre des hommes, Welthungerhilfe, Misereor oder das Deutsche Rote Kreuz

Je nach Zielsetzung können weitere Kooperationspartner einbezogen werden. Hierzu zählen vor allem **Organisationen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit** wie etwa die Engagement Global gGmbH, die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e. V. (AGEH), der Evangelische Entwicklungsdienst (EED), der Senior Experten Service (SES) und das Centrum für Internationale Migration und Entwicklung (CIM).

2.3.6 Finanzierungs- und Förderungsmöglichkeiten von Entwicklungspartnerschaften

Neben einem breit angelegten ehrenamtlichen Engagement benötigt eine Entwicklungspartnerschaft langfristig auch eine solide Finanzierung etwa für Infrastruktur, Reisen und Projektkooperationen. Nur wenige deutsche Kommunen verfügen über einen entsprechenden Etat für die Partnerschaftsarbeit. Themen- oder projektbezogene Aktivitäten werden mitunter aus den Fachetats oder durch EU-Mittel finanziert. Darüber hinaus müssen weitere Finanzquellen zur Projektförderung erschlossen werden. Dazu gehören Bundes- und Landesmittel oder neue Formen des Fundraisings und Sponsorings wie etwa die bereits erfolgreich praktizierte Restcent-Aktion (s. Kasten Finanzierungsübersichten).

Möglichkeiten der Ko-Finanzierung

Seit 1995 fördert die Europäische Union über eine Reihe von Förderprogrammen, die thematisch und regional

ausgerichtet sind⁵³, die Entwicklungspolitik der Städte, Gemeinden und Regionen. Die Schwerpunkte der **EU-Förderung** liegen in den Bereichen Verwaltungsreform, Wirtschaftsförderung, nachhaltige Gesundheits- und Sozialversorgung, Städteplanung und Umwelt. Die Förderung stellt dabei stets eine Ko-Finanzierung dar, durch die 50 bis maximal 75 Prozent der Projektkosten gedeckt werden.



Die Europäische Union fördert über eine Reihe von Förderprogrammen auch Projekte der Kommunalen Entwicklungspolitik
- Foto: Europäische Kommission

Voraussetzung für einen erfolgreichen Antrag auf EU-Fördergelder ist, dass die Kommune einen Eigenanteil erbringt. Zudem muss die antragstellende Kommune bereits einen Partner innerhalb der EU und in dem entsprechenden Zielland gefunden haben. Anderen Akteuren wie Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und Forschungseinrichtungen, Vereine, Stiftungen, Handelskammern, Gewerkschaften und Kirchen kommt als „assoziierter Partner“ eine große Rolle zu. Wegen der anspruchsvollen Antragsverfahren gibt es jetzt auch für Kommunen hierzu eine spezielle kostenlose Beratung durch das Programm bengo der Engagement Global.

53 Siehe auch Finanzierung der Kommunalen Entwicklungspolitik, Kapitel 1.4 in dieser Handreichung

Finanzierungsmöglichkeiten kommunaler Partnerschaften

Öffentliche Mittel:

- Haushaltsmittel der Kommune für Partnerschaftsvereine und eigene Projektförderung
- Mittel aus dem Bürgermeisterhaushalt
- Mittel aus Fachhaushalten der Kommune
- Mittel aus dem Etat des Gemeindeparkaments
- Landesmittel wie etwa die Förderung entwicklungspolitischer Aktivitäten nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) des Landes Nordrhein-Westfalen
- Lottomittel sowie Umwelt- und Entwicklungslosterien, wie etwa BINGO! in Niedersachsen
- Mittel von Landesstiftungen, politischen Stiftungen, Akademien, Dachverbänden und Netzwerken
- Fördermittel der Europäischen Union
- Preisgelder aus Wettbewerben etwa des Wettbewerbs „Hauptstadt des Fairen Handels“ oder des Schulwettbewerbs des Bundespräsidenten
- Bundesmittel für entwicklungspolitische Auslandsvorhaben im Rahmen des Projektes „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ von Engagement Global gGmbH/Serviceestelle Kommunen in der Einen Welt

Private Mittel:

- Vereinsmittel
- Mittel von Bürgerstiftungen
- Mittel von privaten Stiftungen
- Spenden und Sponsoring-Gelder etwa aus Sponsorenläufen
- Mittel aus der Wirtschaft

Eine aktuelle Übersicht über die Möglichkeiten zur Finanzierung von Entwicklungspartnerschaften können über den Finanzierungsratgeber der Serviceestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) im Internet abgerufen werden.⁵⁴

Privaten Trägern und Kommunen hilft die Beratungsstelle für private Träger in der Entwicklungszusammenarbeit (bengo) bei der Antragstellung von EU-Fördermitteln. Generell ist die Engagement Global gGmbH seit dem 1. Januar 2012 zentrale Ansprechpartnerin für das entwicklungspolitische Engagements sowie die Informations- und Bildungsarbeit in Deutschland. Engagement Global gGmbH informiert zu aktuellen Projekten und Initiativen in Deutschland und weltweit, berät Einzelpersonen und Gruppen zu entwicklungspolitischen Vorhaben und fördert diese finanziell. Sie qualifiziert bedarfsgerecht, verbindet Menschen und Institutionen miteinander, unterstützt zivilgesellschaftliches und kommunales Engagement sowie private Träger und Einrichtungen. Innerhalb der Engagement Global gGmbH ist die Serviceestelle Kommunen in der Einen Welt die zentrale Ansprechpartnerin für entwicklungspolitisches Engagement von deutschen Kommunen.

54 Siehe www.service-eine-welt.de/fira

Interview mit Dr. Albert Statz, Politologe und Regierungsdirektor a. D., bis 2007 Referatsleiter im Bundesumweltministerium und dort unter anderem zuständig für die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, seit 2008 Mitglied des Brandenburgischen Beirats für Nachhaltigkeit, Mitglied des Forums Berlin-Istanbul

Lokalpolitik mit Blick auf die Welt

Von der Völkerverständigung bis zur Projektkooperation, von der Solidaritätsbekundung bis zur Friedenspolitik, von der Katastrophenhilfe bis zur nachhaltigen Stadtentwicklung – Kommunale Partnerschaften haben heute viele Gesichter.



Foto: Privat

SKEW: Welche Rolle kommt den Städtepartnerschaften innerhalb der Kommunalen Entwicklungspolitik zu?

Dr. Albert Statz: Die Städtepartnerschaften bilden den Kern der Kommunalen Entwicklungspolitik. Gleichgültig, ob sie vornehmlich Völkerverständigung und interkulturellen Austausch zum Ziel haben oder eine konkrete fachliche Zusammenarbeit für einen begrenzten Zeitraum eingehen: Sie sind der Ausgangspunkt für ein neues globales Bewusstsein nach dem Motto „global denken, lokal handeln“ und gleichzeitig „lokal denken, global handeln“.

Auf der Grundlage solcher Erfahrungen haben die Beziehungen zunehmend multilateralen Charakter angenommen – in Netzwerken von Partnerschaften, internationalen Vereinigungen und thematisch orientierten Netzwerken wie dem Konvent der Bürgermeister gegen den Klimawandel oder der Städtekoalition gegen Rassismus und den

Bürgermeisterkonferenzen am Rande der globalen Konferenzen zur Klima- und Energiepolitik oder zur biologischen Vielfalt.

SKEW: Warum sollten Kommunen Partnerschaften mit Entwicklungsländern eingehen?

Dr. Albert Statz: Eine Vielzahl unserer politischen Probleme stellt sich gerade in den Kommunen und sie sind auch nur dort zu lösen. Denken Sie an die rasant wachsende Verstädterung mit ihren Auswüchsen in den Megacities oder an den Klimawandel: Allein 80 Prozent des gesamten Kohlendioxid-Ausstoßes stammt aus Ballungsgebieten. Wenn die Kommunen ihre komplexen Probleme durch direkte Kooperationen angehen, profitieren sie von den Erfahrungen in anderen Ländern. So kann ein Erfahrungsaustausch nicht nur der Völkerverständigung dienen, sondern gewinnt auch eine konkrete praktische Bedeutung. Dies gilt insbesondere in der Klimapolitik, zum Beispiel wenn Stadtwerke mit Einrichtungen in Partnerländern kooperieren oder Kommunen sich gemeinsame Ziele setzen und gemeinsame Aktionspläne aufstellen, um ihre Emissionen zu verringern.

SKEW: Kommunale Partnerschaften sind sehr vielgestaltig geworden. Sie zeigen in Ihrer Studie, dass Klimapolitik und nachhaltige Stadtentwicklung eine zunehmende Rolle in Kommunalpartnerschaften spielen. Warum ist die Verankerung des Leitbilds einer nachhaltigen Entwicklung für die Partnerschaftsarbeit wichtig?

Dr. Albert Statz: Zunächst einmal, weil das Konzept der Nachhaltigkeit auf Politik in allen ihren Dimensionen – ökonomisch, ökologisch und sozial – zielt. Das ist für ein umfassendes Verständnis von Stadtentwicklung unerlässlich. Nachhaltigkeit verbindet Zukunftsorientierung, Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement. Der Klimawandel, die Millennium-Entwicklungsziele und die globale Urbanisierung sind die herausragenden Themen. Und die Beschlüsse der Konferenz von Rio 1992, der Ansatz der Agenda 21 auf lokaler Ebene und die Eine Welt-Politik bieten gute Anknüpfungspunkte für Partnerschaften.

SKEW: Welchen konkreten Beitrag für eine Politik der nachhaltigen Entwicklung können kommunale Partnerschaften leisten? Welche Impulse können von ihnen ausgehen?

Dr. Albert Statz: Das möchte ich an einem Beispiel zeigen: In der Städtepartnerschaft zwischen Freiburg und Padua hat sich ein großes Interesse an erneuerbaren Energien entwickelt. Freiburg als deutsche „Solarhauptstadt“ hat ihrer italienischen Partnerstadt die Bedeutung der Solarenergie deutlich gemacht. Daraus ist eine Wirtschaftskooperation mit einem Joint Venture entstanden, die aufgrund des Austauschs über die Industrie- und Handelskammern weit über Padua hinaus bekannt geworden ist. Solarenergie firmiert dort oft unter „Sistema Friburgo“. Einen anderen Weg ist die Stadt Köln gegangen, die mit fünf ihrer Partnerstädte eine Charta unterzeichnet hat, die Kommunalpolitik am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung zu orientieren.

SKEW: Als ein zentrales Hindernis für kommunale Partnerschaften wird häufig der Mangel an Finanzmitteln und Personal angeführt. Was kann eine Kommune dagegen tun?

Dr. Albert Statz: In Zeiten leerer Kassen ist vor allem Kreativität gefragt. Es gibt durchaus kreative Finanzierungsmöglichkeiten, etwa in Form von nicht materiellen Leistungen der Kommune, Sponsoring, Spendenaktionen, EU-Förderprogrammen und anderes. Zudem wäre es sinnvoll, wenn Landes- oder Bundesmittel für Ko-Finanzierungen bereitstünden oder Gelder durch die Bundesregierung direkt zur Verfügung gestellt würden.

SKEW: Wie können Netzwerke die Partnerschaften von Kommunen sinnvoll stärken oder ergänzen?

Dr. Albert Statz: Das hängt von den konkreten Interessen und den Bedingungen vor Ort ab. Bilaterale und multilaterale Ansätze lassen sich verbinden. Wichtig ist, dass auch Projektpartnerschaften ein zivilgesellschaftliches Fundament haben. Ein Paradebeispiel ist Bonn, das seine internationale Netzwerkarbeit als „Stadt des Nord-Süd-Dialogs“ mit Projektpartnerschaften zu verknüpfen sucht.

SKEW: Wie stellen Sie sich die ideale kommunale Partnerschaft vor?

Dr. Albert Statz: Eine „ideale“ Partnerschaft gibt es nicht. Partnerschaften erwachsen aus dem realen Leben der Kommune und hängen stark von der Personen und ihrem Engagement ab. Sie werden nur in seltenen Fällen „geplant“. Die Bedingungen, vor allem zwischen großen und kleinen Kommunen, sind dafür auch zu unterschiedlich. Wir waren in unserer Studie überrascht über die Vielfalt von Aktivitäten. Hier gilt es wirklich, tausend Blumen blühen zu lassen, deshalb beschreiben wir einen „Raum der Möglichkeiten“ und sprechen nicht von „best practice“, sondern von gelungenen Beispielen, von denen man lernen kann.⁵⁵

55 Literaturhinweis: Albert, Statz/Charlotte, Wohlfarth: Kommunale Partnerschaften und Netzwerke, Ein Beitrag zu einer transnationalen Politik der Nachhaltigkeit, hrsg. v. Heinrich-Böll-Stiftung, Schriften zur Demokratie, Band 20, Berlin, März 2010, 128 S., ISBN 978-3-86928-028-8, online: www.kommunale.info/pics/Partnerschaften-Netzwerke.pdf / weitere Information zum Thema kommunale Außenpolitik auf der Homepage der Heinrich-Böll-Stiftung: www.kommunale.info/staedtepartnerschaften sowie auf der Homepage www.albert-statz.de

2.4 Transnationale Netzwerke für die zukunftsfähige Stadt

Die zunehmende Bedeutung der Kommunen als Partner in der internationalen Politik spiegelt sich in der Vielzahl der internationalen Netzwerke und Vereinigungen wider, die die Interessen der lokalen Gebietskörperschaften weltweit oder kontinental vertreten. Gemeinsam entwickeln sie Lösungsansätze, um den Herausforderungen der Zukunft wie Klimawandel, Armut und nachhaltiger Stadtentwicklung angemessen zu begegnen.



Im Konvent der Bürgermeister engagieren sich europäische Städte und Gemeinden für den Klimaschutz - Foto: Europäische Kommission

Die transnationalen Netzwerke sind flexibel, global und meist auch themenorientiert organisiert. Neben regelmäßigem Austausch ist das koordinierte Auftreten der Netzwerke entscheidend, um auf der Ebene der internationalen Politik mitgestalten zu können.

Nutzen von transnationalen Netzwerken für die Kommune

- Teilhabe am internationalen Erfahrungsaustausch
- Politische Einflussnahme weltweit, aber auch national
- Zugang zu globalem Wissen im Bereich nachhaltiger Stadtentwicklung
- Erweiterung des politischen Handlungs- und Aktionsradius
- Schaffung neuer Kooperationsfelder
- Unterstützung globaler Ansätze für eine nachhaltige Kommune
- Steigerung der Attraktivität durch Internationalität
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

Die Mitarbeit in Städtenetzwerken kann eine bereits bestehende Strategie zur Kommunalen Entwicklungspolitik ergänzen oder bestehende Projektgemeinschaften sinnvoll erweitern. Die Teilnahme kann aber auch ein erster Schritt auf dem Weg zur Internationalisierung der Kommune sein. Sie sichert Glaubwürdigkeit in den Bemühungen um eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik und verankert sie in der Zivilgesellschaft. Darüber hinaus trägt die Teilhabe am globalen Diskurs zur positiven Identitätsentwicklung der Bürgerschaft mit ihrer Stadt oder Gemeinde bei. Auch international setzt eine Stadt oder Gemeinde mit dem Engagement ein städtepolitisches Signal.

Die Mitwirkung in einem großen Netzwerk stellt die Kommunen – abgesehen von möglichen Mitgliedsbeiträgen – vor keine hohen finanziellen Ausgaben. Es müssen zum Beispiel keine neuen Ressorts geschaffen werden. Vielmehr zählt der politische Wille. Nachfolgend werden die wichtigsten Netzwerke vorgestellt, in denen sich deutsche Kommunen direkt einbringen können.

2.4.1 Internationale Städtenetzwerke

Weltverband der Kommunen (UCLG)

Der Weltverband der Kommunen (United Cities and Local Governments /UCLG) entstand 2004 aus der Fusion des Internationalen Städte- und Gemeindebundes (International Union of Local Authorities/IULA), des Weltverbandes der Partnerstädte (United Towns Organisation/UTO) und des Weltverbandes der Millionenstädte Metropolis. Dem Verband gehören 112 nationale Kommunalverbände und mehr als 1.000 Städte aus über 120 Ländern in fünf Kontinenten an. Er repräsentiert mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung und ist damit die weltweit größte Organisation zur Vertretung lokaler Interessen. Kernaufgabe des Verbandes ist es, die Interessen der Kommunen in der internationalen Politik, unter anderem gegenüber den Vereinten Nationen und der Weltbank, zu vertreten. Zudem setzt er sich für eine demokratische Regierungsführung auf der lokalen bis hin zur globalen Ebene ein und unterstützt den Aufbau von Kommunalverbänden dort, wo es sie noch nicht gibt.

www.uclg.org

Netzwerk kommunaler Umweltinitiativen ICLEI

Das Netzwerk kommunaler Umweltinitiativen (ICLEI – Local Governments for Sustainability) wurde 1990 gegründet und zählt mehr als 1.250 Mitglieder in 70 Ländern, die sich für eine nachhaltige und umweltfreundliche Entwicklung einsetzen. ICLEI bietet unter anderem technische Beratung, Trainings, Kampagnen sowie Netzwerke zum Erfahrungsaustausch und unterstützt seine Mitglieder direkt bei der Implementierung von Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung. Themenschwerpunkte sind die Lokale Agenda 21, Programme zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung sowie die Themen Trinkwasser, nachhaltige Beschaffung sowie Nachhaltigkeits- und Umweltmanagement.

ICLEI pflegt eine Reihe formaler Partnerschaften, etwa mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme/UNEP), dem Siedlungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Human Settlements Programme/UN-HABITAT) und der Internationalen Strategie zur Katastrophenrisikominderung der Vereinten Nationen (International Strategy for disaster reduction/UNISDR). Zudem unterstützt ICLEI den Weltbürgermeisterrat zum Klimawandel (World Mayors Council of Climate Change/WMCC) durch die Bereitstellung von Personal und Betreuung des Sekretariats. ICLEI unterhält zwölf Büros, davon allein zwei in Deutschland: das Weltsekretariat ICLEI in Bonn und das Regionalsekretariat für Europa in Freiburg im Breisgau. www.iclei.org

Europäischer Rat der Gemeinden und Regionen

Europas (CEMR)

Der Europäische Rat der Gemeinden und Regionen Europas (Council of European Municipalities and Regions/CEMR) mit Sitz in Brüssel ist eine europaweite Organisation der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften. Dem CEMR gehören mehr als 50 nationale Kommunalverbände aus 41 europäischen Ländern an. Gegründet wurde der CEMR, der seine Wurzeln in der europäischen Städtepartnerschaftsbewegung hat, 1951 in Genf. Er engagiert sich unter anderem im Bereich der kommunalen Partnerschaften und setzt sich für die Umsetzung und die Verbreitung der kommunalen Selbstverwaltung ein. In der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) sind rund 600 europaengagierte

deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise zusammengeschlossen. Zudem sind die kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Landkreistag Mitglied. Die Deutsche Sektion des RGRE ist in den Gremien des Europäischen Rates der Gemeinden und Regionen Europas mit Sitz und Stimme vertreten. Die Deutsche Sektion des RGRE hat auf ihrer Internetseite einen Bereich zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit eingerichtet, die Publikationen sowie eine Datenbank und Hinweise zur kommunalen Nord-Süd-Arbeit enthält.

www.ccre.org, www.rgre.de

Konföderation der Städte und Gemeinden Europas

Die Konföderation der Gemeinden und Städte Europas (KGSE) wurde Anfang 2011 gegründet und bringt die kommunalen Spitzenverbände aus Europa zusammen, die vor allem mittlere und kleinere Städte und Gemeinden in Europa repräsentieren. Ziel ist es, diesen Kommunen in der Europäischen Union mehr Gehör zu verschaffen. Dabei stehen Themen wie die Zukunft der Regionalförderung, die interkommunale Zusammenarbeit und die europäische Kooperation der Gemeinden und Städte im Vordergrund. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund ist an diesem europäischen Dachverband beteiligt.

[www.dstgb.de/dstgb/Schwerpunkte/Europa/Aktuelles/Konf%C3%B6deration%20der%20Gemeinden%20und%20St%C3%A4dte%20Europas%20\(KGSE\)](http://www.dstgb.de/dstgb/Schwerpunkte/Europa/Aktuelles/Konf%C3%B6deration%20der%20Gemeinden%20und%20St%C3%A4dte%20Europas%20(KGSE))

Netzwerk europäischer Großstädte Eurocities

Das Netzwerk europäischer Großstädte Eurocities wurde 1986 gegründet und zählt mehr als 140 Mitglieder in über 30 europäischen Ländern. Das Engagement von Eurocities zielt auf drei Schlüsselherausforderungen der EU: Klimawandel, Inklusion und wirtschaftlichen Aufschwung der Städte. Eurocities bietet seinen Mitgliedern verschiedene Foren an, etwa zu den Themen Wirtschaftsentwicklung, Umwelt, Mobilität und Soziales, die wichtige inhaltliche Anregungen für die städtische Politik liefern. Zudem hält das Netzwerk „best practice“-Beispiele und Publikationen bereit. So bietet Eurocities etwa im Rahmen des 2005 abgeschlossenen Projekts „Cities as Responsible Purchasers in Europe“ (CARPE)

zahlreiche Informationsmaterialien und Studien über die Möglichkeit öffentlicher Beschaffung unter Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialkriterien an.
www.eurocities.eu

Weltbürgermeisterrat zum Klimawandel

Der Weltbürgermeisterrat zum Klimawandel (World Mayors Council on Climate Change/WMCC) ist eine Allianz engagierter Bürgermeister und zählt mehr als 50 aktive Mitglieder, die den Beschluss des Kyoto-Protokolls auf lokaler Ebene umsetzen wollen. Der WMCC möchte die politische Führung im Bereich lokaler Nachhaltigkeitspolitik stärken und als führende Interessengruppe der lokalen Gebietskörperschaften weltweit in Fragen der Nachhaltigkeit in Städten agieren. Gleichzeitig will der WMCC einen Beitrag zur Durchsetzung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) leisten, insbesondere des Ziels „Umweltschutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen“. Dieses Ziel berührt auch die Kommunale Entwicklungspolitik, denn es schießt die Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern bis 2020 ein. Den Vorsitz im WMCC hat derzeit der Oberbürgermeister von Mexico Stadt, Marcelo Ebrard. Vizepräsident ist Jürgen Nimptsch, Oberbürgermeister der Stadt Bonn.

www.worldmayorscouncil.org

Klima-Bündnis

Das Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e. V. (Climate Alliance) wurde 1990 gegründet und zählt mehr als 1.600 Städte und Gemeinden aus 17 Ländern Europas, die sich verpflichtet haben, das Weltklima zu schützen. Die Mitglieder, darunter auch 474 deutsche Kommunen, wollen freiwillig alle fünf Jahre die Kohlendioxid-Emissionen um zehn Prozent reduzieren, die Pro-Kopf-Emissionen bis spätestens 2030 halbieren, auf Tropenholznutzung verzichten sowie Projekte und Initiativen der indigenen Partner unterstützen. Das Klima-Bündnis berät seine Mitglieder bei der Energieeinsparung, der Energieeffizienz und der Nutzung regenerativer Energiequellen und klimaschonender Mobilität.

Mit Hilfe von Kampagnen und Informationen zum kommunalen Klimaschutz richtet sich das Klima-Bündnis an

verschiedene Zielgruppen und tritt darüber hinaus auch politisch in Aktion, indem es sich etwa auf nationaler wie internationaler Ebene für die Anliegen der im Klimaschutz engagierten Städte einsetzt und die Organisationen der indigenen Völker unterstützt. Sitz der europäischen Geschäftsstelle des Klima-Bündnisses ist in Frankfurt am Main.

www.klimabuendnis.org

Konvent der Bürgermeister

Der Konvent der Bürgermeister (Covenant of Mayors) wurde 2008 von der Europäischen Kommission ins Leben gerufen, um die Kommunen in Europa im Kampf gegen den Klimawandel stärker zu unterstützen und die Zusammenarbeit zwischen der europäischen und der lokalen Ebene zu verbessern. Inzwischen gehören dem europäischen Zusammenschluss mehr als 4.500 Mitglieder an. Die Kommunen des Konvents verpflichten sich in der Beitrittserklärung, bis zum Jahr 2020 ihre Kohlendioxid-Emissionen durch Energieeffizienzmaßnahmen und eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien um mindestens 20 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren. Zu diesem Zweck werden Aktionspläne für nachhaltige Energie entwickelt und umgesetzt.

www.eumayors.eu

Cities for Mobility

„Cities for Mobility“ wurde 2008 von der Stadt Stuttgart als globales Städtenetzwerk für urbane Verkehrsfragen ins Leben gerufen und baut auf dem EU-geförderten europäisch-lateinamerikanischen URB-AL-Städtenetzwerk Nummer 8 „Steuerung der urbanen Mobilität“ auf. In dem Netzwerk arbeiten inzwischen mehr als 600 Städte, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen aus über 80 Staaten in Nordamerika, Lateinamerika, Europa, Afrika und Asien zusammen.

„Cities for Mobility“ fördert die transnationale Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedern, um den Aufbau nachhaltiger, effizienter und zukunftsfähiger Verkehrssysteme voranzutreiben. Das Themenspektrum reicht von der Förderung des Fahrrads als öffentliches Verkehrsmittel bis zur Nutzung neuer Antriebsmöglichkeiten für Fahrzeuge zur Reduzierung von Emissionen.

www.cities-for-mobility.net

Interview mit Konrad Otto-Zimmermann, ehemaliger Generalsekretär des Internationalen Rates für Kommunale Umweltinitiativen ICLEI – Local Governments for Sustainability

Städte fit machen für die Zukunft

Zu den größten Herausforderungen in der Zukunft zählt die nachhaltige Stadtentwicklung. Als internationaler Zusammenschluss von Städten, Gemeinden und Landkreisen setzt sich das Städtetzwerk ICLEI – Local Governments for Sustainability weltweit für mehr Umweltschutz und eine nachhaltige Entwicklung ein.



Foto: ICLEI

SKEW: Was sind aus Ihrer Perspektive die größten Herausforderungen für die Städte im nächsten Jahrzehnt?

Konrad Otto-Zimmermann: Die größte Herausforderung stellt sicher die rasant voranschreitende Verstädterung dar. Wir müssen in den nächsten 40 Jahren in etwa so viel städtische Kapazitäten bereitstellen, wie seit der Antike innerhalb von dreitausend Jahren bis heute gewachsen sind. Daraus ergibt sich ein gewaltiges Ressourcenproblem. Es fehlt nicht nur an Geld, sondern auch an Energie, so dass Versorgungskrisen drohen.

SKEW: Welche Konsequenzen wird das für europäische beziehungsweise deutsche Städte haben?

Konrad Otto-Zimmermann: Es wird darum gehen, effizienter zu wirtschaften. Städte sollten in Präventivmaßnahmen investieren, um den Umbau ihrer Städte unter dem Gesichtspunkt der Ressourceneffizienz vorzunehmen und damit auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren zu können, oder um eventuellen Versorgungskrisen vorzubeugen.

Gleichzeitig sollten die Bürger für die Dringlichkeit einer nachhaltigen Stadtentwicklung sensibilisiert werden.

SKEW: Wie sieht die Ressourceneffizienz der deutschen Städte im internationalen Vergleich aus?

Konrad Otto-Zimmermann: Die deutschen Städte stehen international gesehen gar nicht schlecht da. Allerdings liegt der Gesamtverbrauch auf recht hohem Niveau. Wir sind mit dem Projekt „carbonn®“⁵⁶ gerade dabei, erste Informationsrahmenwerte und Indizes für weltweite Klima- und Treibhausgasemissionen zu entwickeln. Das von „carbonn®“ aufgelegte Programm „Climate Registry“ bietet die Möglichkeit, hier weltweite Vergleiche zu ziehen. Ziel von ICLEI ist es hierbei zunächst, Informationen bereit zu stellen. In einem zweiten Schritt wollen wir dann überlegen, ob diese Plattform auch direkt zum Austausch genutzt werden kann.

SKEW: David Cadman, Vorsitzender von ICLEI sagt, die technischen Lösungen zur Reduzierung von Treibhausgasen seien alle vorhanden; sie müssten nur lokal umgesetzt werden. Warum geschieht das Ihrer Meinung nach nicht oder nur schleppend?

Konrad Otto-Zimmermann: Ich stimme David Cadman zu. Es liegen alle erforderlichen Systemlösungen vor, um die Welt auf nachhaltigen Kurs zu führen. Das Argument, das oft gegen die Umsetzung ins Feld geführt wird, sind die Kosten. Eine zweite Hürde liegt in unserer Sozialisation. Es fehlen schlicht Visionen darüber, wie eine ressourceneffizientere Zukunft aussehen könnte und das sie möglich ist.

SKEW: Können Sie kurz die Vorzüge einer ICLEI-Mitgliedschaft für deutsche Kommunen umreißen?

Konrad Otto-Zimmermann: ICLEI bietet die Chance, sich innerhalb Europas global zu vernetzen. Wir vernetzen individuell die Städte mit führenden Organisationen anderer Städte, aber auch mit Unternehmern, Wissenschaftlern und Institutionen.

56 Siehe www.citiesclimateregistry.org und www.carbonn.org

SKEW: Hilft ICLEI auch konkret bei Fragen zu Maßnahmen von Nachhaltigkeit?

Konrad Otto-Zimmermann: Ja. Seit mehr als 20 Jahren begleitet ICLEI weltweit die verschiedenen Prozesse der nachhaltigen Stadtentwicklung. Wir können Wissen und diverse Fallstudien einbringen sowie aktiv durch direkte Vermittlung die notwendige Expertise bereitstellen, die dann individuelle Lösungen vor Ort ermöglicht. Wir unterstützen Städte aber auch dabei, den Wirkungsgrad ihrer Umweltmaßnahmen oder Nachhaltigkeitsstrategie zu optimieren. Dafür stehen eine Reihe von uns entwickelter Programme zur Verfügung, etwa im Bereich umweltfreundliche Beschaffung oder Umweltmanagement.

Dabei kann auch eine kleine Stadt von der Mitgliedschaft profitieren, vorausgesetzt sie hat interne Kapazitäten frei, sprich eine Person oder ein Referat fühlt sich zuständig, unsere Angebote auf Verwertbarkeit im individuellen Fall zu prüfen. Das beinhaltet auch, dass die englische Sprache, in der unsere Informationen erhältlich sind, keine Hemmschwelle darstellt.

SKEW: Was hat Klimaanpassung und nachhaltige Stadtentwicklung mit Kommunalen Entwicklungspolitik zu tun?

Konrad Otto-Zimmermann: Der Gedanke der Nachhaltigkeit ist das verbindende Element. Jede kommunale Partnerschaft, die gelebt wird und fest in der Stadt verankert ist, ist gut für eine Stadt. Das Wissen und die Erfahrung, dass man als deutscher Stadtbürger auch ein Teil einer globalisierten Welt ist; die Erkenntnis, dass in anderen Städten ähnliche Probleme und Fragestellungen auf der Agenda stehen oder eventuell Lösungsansätze ausgetauscht werden können, ist entlastend und wirkt stabilisierend auf Politik und Bürger.

SKEW: Könnte es sein, dass der globale Austausch, sensibel macht, für die eigenen Potenziale?

Konrad Otto-Zimmermann: Wenn Sie so wollen, ja. Es existiert ein enormer Wettbewerb der Städte weltweit im Tourismus oder als wirtschaftlicher Standort. Keine Stadt

ist von dieser Dynamik ausgenommen. Eine Kommune, die global denkt und lenkt, ist attraktiv für ihre Bürger. Unsere Kommunen sind durch ihre Selbstverwaltung einzigartig in der Welt, dazu bieten unsere Städte ein ausgetüfteltes Vereins- und Verbandswesen plus effektive Nahverkehrssysteme. Sicher ist nicht alles perfekt, aber im weltweiten Vergleich werden die Potenziale in der kommunalen Landschaft augenfälliger – für Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Insofern birgt der globale Austausch die Chance für eine bessere Selbstbewertung und damit auch für ein stärkeres Engagement im Lokalen.

SKEW: Existiert bereits „die nachhaltige Stadt“ auf der Welt? Welche Stadt gilt als Vorreiter?

Konrad Otto-Zimmermann: Das ist eine oft gestellte Frage, aber leider gibt es darauf keine Antwort. Denn diese Stadt existiert nicht. Und zwar deshalb, weil für eine ausgewogene Beurteilung verschiedene Gesichtspunkte als Bemessungsgrundlage herangezogen werden müssten. Die Mehrzahl der Städte aber engagiert sich oft in bestimmten Projekten oder einzelnen Stadtteilen, ganz selten wird das gesamte Stadtgebiet unter dem Gesichtspunkt ressourceneffizient betrachtet. Ganzheitliche Konzepte sind noch eher Mangelware.

2.5 Bildung findet „Stadt“: Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen in Kommunen

„Nachhaltigkeit kann nicht verordnet werden, sie kann nur erlernt werden.“
UNESCO

Klimawandel, Rohstoffverknappung, demografischer Wandel, Migration und zunehmende Globalisierung verändern die Lebensverhältnisse der Menschen. Damit Städte und Gemeinden die dem Wandel gemäße Anpassungsleistung erbringen können, bedarf es eines **umfassenden Engagements im Bereich der Bildung**.⁵⁷

Bildung für nachhaltige Entwicklung stellt dabei eine Schlüsselaufgabe der Kommune dar und ist heute ein fester Bestandteil der Bildungsarbeit. Seit den 1990er-Jahren wird das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland zunehmend von Politik und Zivilgesellschaft aufgegriffen. Bund, Länder und Kommunen orientieren sich daran. Mit der zunehmenden Akzeptanz des Leitbilds in Deutschland wurde auch die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) in ihrer Bedeutung erkannt. In der Folge des steigenden Problembewusstseins gegenüber den ökologischen Herausforderungen, Globalisierung und Armut haben Umweltbildung, Globales Lernen oder Entwicklungspolitische Bildung ihre Konzepte konsequent auf Nachhaltigkeit ausgerichtet.⁵⁸

57 Allramseder, Monica/Beitz, Steffen/Bonse, Sebastian/ Hoven, Hildgard: „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“, BMZ Konzept 159, hrsg. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn, 1/2008. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) unterscheidet zwischen entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit, Informations- und Bildungsarbeit: Öffentlichkeitsarbeit ist die externe Kommunikation der politischen Ziele und Wirkungen deutscher Entwicklungspolitik. Informationsarbeit liefert umfassende Hintergrundinformation zu Fragestellungen der Entwicklungspolitik bzw. Globalisierung. Bildungsarbeit (s.o.).

58 Appelt, Dieter/Siege, Hannes Siege: Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung als Bestandteil der Bildung für Nachhaltige Entwicklung, hrsg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK), 2007, online: www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_06_00_Orientierungsrahmen_Globale_Entwicklung.pdf

Globales Lernen als Bestandteil der Bildung für nachhaltige Entwicklung

Ausgangspunkt Globalen Lernens sind die weitreichenden Herausforderungen, vor die der globale Wandel individuelle Lern- und Bildungsprozesse stellt. Angesichts des Zusammenwachsens der Welt zu einer Risikogemeinschaft muss Bildung die heranwachsende Generation zu einem Denken und Handeln im Welthorizont qualifizieren und über die staatsbürgerliche Verantwortung hinaus weltbürgerliche Werte und Perspektiven vermitteln. Globales Lernen fokussiert auf weltweite soziale Gerechtigkeit, ohne die anderen Dimensionen des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung aus dem Blick zu verlieren.

VENRO-Diskussionspapier⁵⁹

Das Globale Lernen liefert zum einen das notwendige Sach- und Hintergrundwissen zu entwicklungspolitischen Fragen und zielt zum anderen mit seinen vielfältigen Maßnahmen auf die Entfaltung eines ganzen Bündels an Kompetenzen, damit Bürgerinnen und Bürger „auch unter den komplexen Bedingungen einer zusammenwachsenden Welt, ein verantwortungsbewusstes Leben führen“ und lokales Handeln mit globalen Erfordernissen in Einklang bringen können.⁶⁰ Somit leistet das Konzept des Globalen Lernens einen direkten Beitrag zur BNE.

BNE und Globales Lernen beinhalten methodisch ein offenes und zugleich integratives pädagogisches Konzept. Es versteht sich nicht als Lernprogramm, das verordnet oder vermittelt werden kann, sondern zielt auf einen lebenslangen Lernprozess, bei dem Methoden- und Perspektivenwechsel eine wichtige Rolle spielen.

59 Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO): Nicht mit Gold aufzuwiegen, HALBZEIT: Kurskorrekturen auf den Lernwegen zu nachhaltiger Entwicklung, VENRO-Diskussionspapier 1/2009 (Langfassung), zur Halbzeit der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE)

60 Seitz Klaus: Politische Bildung und Nord-Süd-Konflikt, Von der entwicklungspolitischen Bildung zum Globalen Lernen, Aus: Praxis Politische Bildung, 5. Jahrgang, 2001, Heft 1, S.19-27



In der Ausstellung „Klimawerkstatt“ der Deutschen Bundesstiftung Umwelt weisen die Handsanner nicht den Preis, sondern den Kohlendioxid-Gehalt der Lebensmittel aus - Foto: DBU

Globales Lernen als Teil der BNE soll Schülerinnen und Schülern eine zukunftsorientierte Orientierung in der zunehmend globalisierten Welt ermöglichen, die sie im Rahmen lebenslangen Lernens weiter ausbauen können. Unter dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung zielt sie insbesondere auf grundlegende Kompetenzen für eine entsprechende

- Gestaltung des persönlichen und beruflichen Lebens,
- Mitwirkung in der eigenen Gesellschaft und
- Mitverantwortung im globalen Rahmen.⁶¹

2.5.1 Mit Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globalem Lernen für eine neue Lernkultur in Kommunen

Das Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung ist modellhaft für eine zukunftsweisende Bildung. Als kommunale Bildung zur Nachhaltigkeit begriffen, erweitert das Globale Lernen die Potenziale für die Gestaltung der individuellen wie der gesellschaftlichen Zukunft. Wo kommunale Nachhaltigkeitsstrategien existieren oder entwickelt werden, sollte die BNE einen wesentlichen Bestandteil ausmachen.

61 Appelt, Siegfried (Hrsg.): KMK – BMZ, Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung als Bestandteil der Bildung für Nachhaltige Entwicklung, 2008, Kap. 3

Globales Lernen verknüpft dabei Ansätze, die sich mit nachhaltigem Alltag in Schulen befassen und in denen Kommunen als Schulträger vielfältig aktiv sind, mit der globalen Perspektive. Diese Verbindung entsteht dabei nicht nur im Fachunterricht, sondern auch im Schulleben, wenn sich zum Beispiel kommunale Partnerschaften oder Schulpartnerschaften Themen nachhaltiger Entwicklung zum Gegenstand nehmen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Kommune

- ist Aufgabe verschiedener kommunaler Institutionen wie Umweltämter, Institutionen der Erwachsenenbildung und Schulverwaltungsämter.
- bezieht Schulbildung ebenso ein wie frühkindliche Erziehung, Erwachsenenbildung und Hochschulbildung.
- bedarf einer Kultur der Kooperation zwischen kommunalen Institutionen, Institutionen der Länder, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.
- ist Bestandteil kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien.
- ermutigt allgemein zum Bürgerengagement.
- schafft Akzeptanz für notwendige Verhaltensänderungen, die aus Nachhaltigkeitsleitbild erwachsen.
- kreiert Chancen für informelles Lernen, damit soziale, ökologische und kulturelle Entwicklungserfordernisse der Kommune wahrgenommen und verstanden werden können.
- erschließt Lernpotenziale des Einzelnen und der Zivilgesellschaft.
- beugt einer passiven Empfängermentalität vor und ermutigt, an der Gestaltung der Zukunft mitzuwirken.⁶²

62 Bericht des Zukunftsrates der Bayerischen Landesregierung

2.5.2 Verbindung von Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globalem Lernen mit internationalen Abkommen und Entwicklungen

Als politischer Orientierungsrahmen dient das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung wie es auf der Umweltkonferenz von Rio de Janeiro 1992 in der „Agenda 21“ formuliert wurde.⁶³ Dieses Leitbild steht „gleichermaßen für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit, ökologische Tragfähigkeit und gute Regierungsführung“⁶⁴. Die Geltung des Leitbildes wurde von der Weltgemeinschaft zuletzt anlässlich der Rio+20-Konferenz in Rio de Janeiro im Juni 2012 bekräftigt. Als zentrale weltgesellschaftliche Aufgaben stehen die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Abbau der sozialen Ungleichgewichte zwischen Reich und Arm im Vordergrund sowie insbesondere die Beschlüsse zur UN-Dekade für nachhaltige Entwicklung (2005 bis 2014) und der entsprechende deutsche Aktionsplan.



Bereits im März 2010 zeichnete die Deutsche UNESCO-Kommission mit dem Karl-Schiller-Berufskolleg Dortmund das 1.000. UN-Dekade-Projekt in Deutschland aus - Foto: DUK/ Studnar

63 Ebenfalls bilden die internationalen Vereinbarungen der Bundesregierung die Grundlage für entwicklungspolitische Bildungsarbeit: die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen und die Millenniumsentwicklungsziele (2000), der Konsens der Entwicklungsfinanzierungskonferenz in Monterrey/Mexiko (2002), der Johannesburg-Aktionsplan des Weltnachhaltigkeitsgipfels (2002), der Weltgipfel Rio+20 in 2012, die Erklärungen von Rom und Paris (2005) zur Steigerung der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit und die aus ihre abgeleiteten Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

64 Siehe BMZ Konzept 159, Bonn 1/2008, S.3

BNE stellt – ähnlich wie die anderen Handlungsfelder Kommunalen Entwicklungspolitik – eine Querschnittsaufgabe dar. Mehrere Disziplinen und Ressorts sind betroffen und sollten kooperieren, um bisher getrennte Diskurs- und Handlungsfelder zusammenzuführen. Dazu zählen unter anderem die Ressorts Bildung, Jugend, Soziales und Kultur.

Ein entscheidender Schritt für eine nachhaltige und globale Lernkultur in der Kommune stellt die Aufnahme der Bildung für nachhaltige Entwicklung in das kommunale Leitbild dar. Dadurch können Aktivitäten der Kommunen systematischer entfaltet werden. Zudem kann die Kommune sich als Stadt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005-2014)“ auszeichnen lassen.

Kriterien für die Auszeichnung als Kommune der Weltdekade

Die Stadt, die Gemeinde, der Landkreis

- hat auf politischer Ebene (z. B. Stadtrat, Gemeinderat, Kreistag) formal beschlossen, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung Bestandteil des Leitbildes der Kommune ist.
- weist Aktivitäten im Rahmen der vier strategischen Ziele des Nationalen Aktionsplans zur Bildung für nachhaltige Entwicklung aus.
- formuliert in Hinblick auf Bildung für nachhaltige Entwicklung Zielsetzungen und Maßnahmen entsprechend der vorhandenen Bildungslandschaft für die nächsten zwei bis fünf Jahre.
- beschreibt einen Schwerpunktbereich, in dem Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Kommune besonders profiliert ist oder legt dar, welche der Aktivitäten Modellcharakter haben.
- gibt eine Einschätzung darüber ab, welche positiven Effekte für nachhaltige Entwicklung die Bildungsaktivitäten zur Folge haben (z.B. Bewusstseinsbildung bei der Bevölkerung, verändertes Mobilitätsverhalten, Einsparung von Ressourcen und internationale Kooperationen).

- bietet auf der Internetseite der Stadt, Gemeinde oder des Landkreises einen Einblick in die lokalen BNE-Aktivitäten.
- formuliert bei einer möglichen Wiederbewerbung nach zwei Jahren einen Fortschrittsbereich und einen Ausblick auf geplante Entwicklungen in Bezug auf Bildung für nachhaltige Entwicklung.⁶⁵

Für eine Auszeichnung als Stadt, Gemeinde oder Landkreis der Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ müssen die Aktivitäten Ihrer Kommune bezüglich der genannten Kriterien im Vergleich mit anderen Kommunen stark überdurchschnittlich ausfallen.



Kinder untersuchen Wasserproben im „Grünen Klassenzimmer“, einem offiziellen Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in Bad Rappenau - Foto: Grünes Klassenzimmer

Die auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 von den Vereinten Nationen (UN) ausgerufene UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005-2014) hat unter anderem das Ziel, dass jeder Mensch die Gelegenheit erhalten soll, die Werte, Kompetenzen, Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben, die für die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung erforderlich sind.

65 Siehe BNE-Portal, Kriterien für die Auszeichnung einer Kommune als „Kommune der Weltdekade“: online: www.bne-portal.de/coremedia/generator/unesco/de/02__UN-Dekade_20BNE/02__UN__Dekade__Deutschland/02__Dekade-Projekte/Kommunen_20der_20Weltdekade/Bewerbung_20als_20Kommune_20der_20Weltdekade.html

Auf der Grundlage eines einstimmigen Beschlusses des Deutschen Bundestages koordiniert die Deutsche UNESCO-Kommission die Umsetzung der UN-Dekade in Deutschland. Bund, Länder und Organisationen haben sich mit dem Nationalen Aktionsplan verpflichtet, Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Lehrpläne zu integrieren und im Bildungssystem zu verankern. Viele Bundesländer haben inzwischen eigene Aktionspläne erstellt.⁶⁶ Bisher wurden mehr als 1.500 offizielle Projekte und 16 Dekade-Kommunen ausgezeichnet.

Zurzeit arbeiten die Akteure der BNE in Deutschland wie auch international an der Sicherung der Ergebnisse und Weiterführung der Aktivitäten der Dekade über 2014 hinaus.

2.5.3 Kommunale Aktivitäten für Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen

Als bürgernächste Politik- und Verwaltungsebene können Kommunen besonders wirkungsvoll und effektiv Bildungsmaßnahmen der BNE umsetzen und damit Bürger für eine nachhaltige Entwicklung sensibilisieren. Anknüpfungspunkte liefern beispielsweise die mehr als 460 kommunalen Partnerschaften, Projektgemeinschaften und Schulpartnerschaften mit Entwicklungs- oder Schwellenländern. Zugleich eröffnen Kooperationen mit Unternehmen, Medien, Stiftungen, Akademien und zivilgesellschaftlichen Organisationen vielfältige Chancen des Lernens im Bereich der BNE.

66 Aus UNESCO heute: Nachhaltigkeit Entwicklung, Magazin der Deutschen UNESCO-Kommission Nr.2, Bonn, 2011, S.44

Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Stadt Frankfurt am Main

Bildung ist die zentrale Ressource für die nachhaltige Entwicklung der international orientierten Stadt Frankfurt am Main. Sie ist Grundlage für eine erfolgreiche wirtschaftliche, soziale und umweltgerechte Stadtentwicklung.

Bildung für nachhaltige Entwicklung hat die Aufgabe, heute Kompetenzen für die Welt von Morgen zu vermitteln. Die Stadt Frankfurt hat deshalb im Frühjahr 2008 beschlossen, sich unter dem Motto „Fit für die Zukunft“ an der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung zu beteiligen. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung knüpft an die erfolgreichen Frankfurter Dekadenprojekte „Bildungsraum GrünGürtel“ und „Naturschutzbotschafter“ an.

Mit dem Projekt „Fit für die Zukunft – Nachhaltigkeit Lernen in Frankfurt“ wird ein zukunftsweisendes Netzwerk aufgebaut. Es soll helfen, Bildungsangebote im Sinne der Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln, Aktivitäten zu bündeln und Impulse für neue Projekte zu geben. Zielgruppen sind – entsprechend des Leitbilds des lebenslangen Lernens – die Stadtbewohner in jedem Lebensalter. Aufgefordert zur Mitarbeit sind Akteure von den traditionellen Bildungsinstitutionen wie der Schule bis hin zu denen des informellen Lernens wie Vereine, Initiativen oder Unternehmen.

Für die Pilotphase 2008 bis 2009 wurde ein Bildungsprogramm zu den Themen „Wasser“ und „Energie“ aufgelegt. Es berücksichtigt ökologische Aspekte ebenso wie wirtschaftliche, soziale und globale. Seither wurde das Programm beständig weiterentwickelt und zu einem wesentlichen Bestandteil der Bildungslandschaft in Frankfurt.

Die Rolle der Kommune im Bereich der BNE liegt auch in der des **Initiators und Vernetzers**. Als **Förderer von Lernprozessen** innerhalb der Zivilgesellschaft und zwischen den verschiedenen beteiligten Partnern, einschließlich Wirtschaft und Wissenschaft, können Kommunen Dialog- und Kooperationsprozesse im Sinne einer **Netzwerkkultur**

systematisch weiterentwickeln, so dass Kräfte der Selbstorganisation wirksam werden.

Anknüpfungspunkte für kommunale Aktivitäten der BNE sind:

- Bereitstellung von Infrastruktur für Bildungsarbeit
- Förderung außerschulischer Lernorte
- Ganztagsangebote an Schulen
- Förderung von nachhaltigem Schulmanagement (Energie, Müll, Ernährung, alles Dinge, bei denen Kommunen als Schulträger Zugriff haben und die im Zuge ganzheitlicher Schulentwicklung mit dem Schulcurriculum verbunden werden müssen. Die globale Dimension ist dabei angelegt.)
- Unterstützung von Schulpartnerschaften
- Verankerung globaler Fragestellungen in der Erwachsenenbildung
- Nutzung des Lernfeldes Fairer Handel
- Schaffung von Bildungsimpulsen durch Konferenzen und Kampagnen für die Kommune
- Vernetzung von Schulen und Kommunen
- Verankerung von globalem und interkulturellem Lernen vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung
- Zusammenarbeit mit Akademien, Stiftungen, kirchlichen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen
- Vernetzung entsprechender Ansätze im Hochschulbereich
- finanzielle Unterstützung einzelner Ansätze und Projekte

Wichtig für die Verstetigung und Verankerung von Bildungsprozessen ist eine **begleitende Öffentlichkeitsarbeit**, die das Bildungswissen einer breiten Öffentlichkeit vorstellt und zur Partizipation einlädt. Eine auf aktive Teilhabe, Partizipation und Interaktion setzende Öffentlichkeitsarbeit sollte die BNE in verschiedene gesellschaftliche Bereiche hineinragen und die Möglichkeit bieten, BNE bei neuen Zielgruppen zu verwurzeln.

Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen an Schulen

Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung

Damit BNE und Globales Lernen in Schule und Unterricht einen Platz finden, hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz der Bundesländer (KMK) einen „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ erarbeitet, der Schulen darin unterstützt, weltweite ökonomische, politische, soziale und ökologische Zusammenhänge fächerübergreifend zu vermitteln. Wichtige außerschulische Partner sind dabei die Nichtregierungsorganisationen.

Der Orientierungsrahmen greift die bisherigen Erfahrungen der entwicklungspolitischen Bildung und des Globalen Lernens auf, integriert sie in eine Bildung für nachhaltige Entwicklung und stellt den Anschluss an wichtige Reformen der schulischen Bildung her. Er ist Orientierung bei der Entwicklung von Schulprofilen, der Gestaltung von Ganztagsprogrammen, der Qualitätssicherung und der Kooperation mit außerschulischen Partnern. Der Orientierungsrahmen wird zurzeit im Auftrag des Schulausschusses der KMK und des BMZ aktualisiert und auf weitere Fächer der Sekundarstufe 1 erweitert. In der Fachöffentlichkeit hat der Orientierungsrahmen inzwischen große Aufmerksamkeit erfahren. So ist die Arbeit mit dem Orientierungsrahmen Bestandteil des Maßnahmenkatalogs der UN-Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“.

www.bne-portal.de/coremedia/generator/unesco/de/Downloads/Hintergrundmaterial__national/Orientierungsrahmen_20f_C3_BCr_20den_20Lernbereich_20Globale_20Entwicklung.pdf

Schulwettbewerb des Bundespräsidenten

Einen Anreiz, den Orientierungsrahmen umzusetzen, bietet der entwicklungspolitische Schulwettbewerb des Bundespräsidenten „Eine Welt für alle – alle für eine Welt“, den das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gemeinsam mit der Engagement Global

gGmbH ausrichtet. An dem Wettbewerb können sich alle Schulformen und Schulstufen beteiligen.

www.eineweltfueralle.de

Chat der Welten

Der Chat der Welten ist ein internetgestütztes Informations- und Kommunikationsangebot zu umwelt- und entwicklungspolitischen Themen in Schule und Unterricht. Es orientiert sich am Leitbild einer global zukunftsfähigen Entwicklung und kombiniert seit 2003 die Vermittlung von fachlichem Wissen, den Einsatz neuer Medien und den authentischen Dialog zwischen Nord und Süd.

www.chat-der-welten.de

Entwicklungspolitisches

Schulaustauschprogramm (ENSA)

Das bei der Engagement Global gGmbH angesiedelte entwicklungspolitische Schulaustauschprogramm (ENSA) fördert Austauschreisen zwischen Schulen aus Deutschland und Afrika, Asien, Lateinamerika und Südosteuropa. Unter dem Motto „Lernen Eine Welt zu sehen!“ entwickeln Schüler aus Deutschland und den Partnerländern durch persönliche Begegnung ein Verständnis für entwicklungspolitische Zusammenhänge.

www.ensa-programm.com

2.5.4 Ansprechpartner und Kontaktadressen für Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen

Portal „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein Bildungskonzept, das Kindern und Erwachsenen nachhaltiges Denken und Handeln vermittelt. Mit der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005-2014) haben sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verpflichtet, dieses Bildungskonzept zu stärken. Die Deutsche UNESCO-Kommission informiert über das Internetportal „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ umfassend über die UN-Dekade und stellt zahlreiche „best-practice“-Beispiele vor.
www.bne-portal.de

Eine Welt Internet Konferenz (EWIK)

Die Eine Welt Internet Konferenz (EWIK) ist ein Zusammenschluss von mehr als 50 Organisationen und Institutionen, die über das Internet Angebote zur entwicklungsbezogenen Bildung machen. Seit der Gründung 1999 ist so ein attraktives Online-Portal zum Globalen Lernen für alle Altersgruppen und Bildungseinrichtungen entstanden. Es hält umfangreiche Informationen, Bildungsmaterialien und Kontakte zum Leben in der Einen Welt und zu Fragen der Entwicklung und Globalisierung bereit.
www.ewik.de

Das Lern- und Qualifizierungsprogramm ASA

Das bei der Engagement Global gGmbH angesiedelte ASA-Programm bietet in Kooperation mit der SKEW die Programmkomponente ASA-Kommunal an. ASA-Kommunal bietet jungen Menschen Möglichkeiten, sich in der kommunalen Entwicklungspolitik einzusetzen. Sie können in Partnerschaftsprojekten mitarbeiten und dabei lernen, wie sich globale Zusammenhänge in der kommunalen Entwicklungspolitik niederschlagen. Anschließend engagieren sie sich im kommunalen Kontext weiter.

ASA-Kommunal bietet Projektpraktika von drei Monaten oder sechs Monaten: Beim Basisprogramm arbeiten zwei Teilnehmende aus Deutschland für drei Monate in einer Partnerkommune. Beim Süd-Nord-Programm arbeiten

zwei Teilnehmende aus Deutschland und zwei aus der Partnerkommune als Team zusammen: drei Monate in Deutschland und drei Monate bei der Partnerkommune im Süden.

Kommunen aus Deutschland und ihre Partner im Globalen Süden reichen Projektvorschläge ein. Junge Menschen zwischen 21 und 30 Jahren, die in Deutschland leben und studieren oder eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, können sich beim ASA-Programm bewerben. Teilnehmende aus dem Süden werden von der Partnerkommune angeworben und ausgewählt.
www.asa-programm.de

Programm „Bildung trifft Entwicklung“

Das Programm „Bildung trifft Entwicklung“ (BtE) der Engagement Global gGmbH trägt zum Bewusstseinswandel in Deutschland und zur nachhaltigen und sozialverantwortlichen Gestaltung von Globalisierung bei. Als Beitrag zum Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Armutsbekämpfung will „Bildung trifft Entwicklung“ Erfahrungen und Einsichten aus der Entwicklungszusammenarbeit für Menschen in Deutschland nutzbar machen. Das Programm vermittelt Referenten an Kindergärten, Schulen, Hochschulen und andere Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenbildung. Zum Kreis der Referenten gehören aus dem Ausland zurückgekehrte Entwicklungshelfer, weitere Fach- und Nachwuchskräfte aus der Entwicklungszusammenarbeit und Personen aus Partnerländern. „Bildung trifft Entwicklung“ unterstützt zudem die Gestaltung von Projekttagen oder Aktionen und bietet thematische Fortbildungen für Lehrer, Erzieher und andere Interessierte an.
www.bildung-trifft-entwicklung.de

Fachstelle Globales Lernen der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) und Eine Welt-Landesnetzwerke

Die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) hat eine Fachstelle Globales Lernen eingerichtet. Diese unterstützt die Bildungsarbeit der agl-Mitglieder durch Kommunikations-, Fortbildungs- und Vernetzungsangebote im Bereich des Globalen Lernens. Die

16 Eine Welt-Landesnetzwerke sind ebenfalls im Bereich des Globalen Lernens aktiv, führen viele Aktivitäten durch und halten umfangreiche Angebote bereit.

www.agl-einewelt.de/index.php/schwerpunkte/globaleslernen

www.agl-einewelt.de/index.php/eine-welt-landesnetzwerke

2.6 Migration und Entwicklung

Deutschland ist durch Zuwanderung geprägt. Weltoffenheit und Interkulturalität werden zunehmend zu attraktiven Kennzeichen urbaner Kultur. In deutschen Städten wie Köln, Stuttgart oder Frankfurt am Main leben bereits heute Bürger aus mehr als 170 Nationen. Sie prägen nicht nur das kulturelle Bild einer Stadt, sie wirken auch aktiv in Ausländerbeiräten oder Integrationsräten mit und nehmen so an kommunalen Entscheidungsprozessen teil.

Der Anteil von Migranten in Kommunen wächst weiter und damit auch die Chance auf größere Vielfalt, mehr Toleranz und interkulturelle Öffnung. Viele der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund haben sich zu sogenannten Migrantenorganisationen oder Diasporagemeinschaften (s. Infokasten) zusammengeschlossen, die sich auf vielfältige Weise in ihren Herkunftsländern, aber auch in den jeweiligen Aufnahmekommunen engagieren. Dieses bürgerschaftliche und entwicklungspolitische Engagement wird von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zunehmend als Potenzial erkannt.⁶⁷

67 Diese Erkenntnis setzt sich erst langsam in der Politik durch. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist bestrebt, Migration zu einem Gewinn für alle Beteiligten – Migranten, Herkunfts- und Aufnahme-länder – werden zu lassen. Siehe Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012, Dialog Global, Heft 27, Bonn, 2012, S. 10 ff, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-2487.img und auch Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit: Mit Diasporagemeinschaften zusammenarbeiten, Orientierung in der Praxis, Frankfurt am Main, 2010, S. 5-6, online: www.giz.de/Themen/de/dokumente/giz2011-de-leitfaden-diasporagemeinschaften.pdf

2.6.1 Migranten als Partner der deutschen Entwicklungspolitik

Migranten sind „Experten zwischen den Welten“. Schon aufgrund ihrer Biografie können sie als Vermittler, Berater und Experte vor Ort dienen. Dies kommt den Migrantenorganisationen zugute, denn diese unterhalten vielfältige Beziehungen zu ihren Herkunftsländern. Das Engagement der Diaspora zielt unter anderem auf so unterschiedliche Bereiche wie Bildung, Gesundheitswesen, „Community Empowerment“, Wirtschaftsförderung, Friedensarbeit, Umweltschutz, Antikorruption und Infrastruktur. Sie unterstützen etwa Initiativen von dörflichen Vereinigungen im Bereich Gesundheit oder Bildung, regen neue Ideen im Bereich Ausbildung oder Umweltschutz an oder verschreiben sich bestimmten professionellen Zielen, wie dem Transfer von Know-how auf Hochschulebene.⁶⁸ Daraus ergeben sich viele gemeinsame Ziele mit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, allen voran das Ziel der Armutsbekämpfung.



Etwa ein Fünftel der in Deutschland lebenden Menschen sind zugewandert oder Nachkommen von Zuwanderern

- Foto: Europäische Kommission

Zusätzlich zum gemeinnützigen Engagement sind es vor allem finanzielle Hilfen der Migranten, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Entwicklungs- und Schwellenländern beitragen. Im Jahr 2005 überwiesen Migranten

68 Vgl. Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012, Dialog Global, Heft 27, Bonn, 2012, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-2487.img und auch Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene, Ein Praxisleitfaden, Dialog Global, Heft 22, Bonn, 2011, online: www.service-eine-welt.de/pdf/dg22.pdf

weltweit laut Weltbank und OECD 232 Milliarden US-Dollar (finanzielle Rücküberweisung, remittances) und damit mehr als das Doppelte der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit in ihre Herkunftsländer.⁶⁹ Damit leisten sie einen erheblichen Beitrag zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der dortigen Städte und Regionen – und auch zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele.⁷⁰

Viele Migranten setzen ihr technisches, wirtschaftliches und politisches Know-how und auch ihre Geschäftskontakte und interkulturelle Kompetenzen auch für ihre Herkunftsländer ein. Dieser Rückfluss an Ideen, Wissen und Praktiken, auch soziale Rücküberweisungen (social remittances) genannt, fördert ebenfalls die nachhaltige Entwicklung im Herkunftsland.⁷¹

2.6.2 Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene

Auch in den deutschen Kommunen hat das Engagement von Migranten erhebliche Auswirkungen. Denn nicht alle Migrantenorganisationen sehen ihre Aufgabenfelder im Herkunftsland. Viele engagieren sich vor Ort, indem sie etwa andere Migranten bei der Integration unterstützen oder sich für Kommunal- oder Schulpartnerschaften einsetzen. Die Bandbreite der Aktivitäten erstreckt sich von entwicklungsbezogener Bildung über Fundraising und Lobbyarbeit bis hin zu Städtepartnerschaften, Kulturveranstaltungen sowie der Beratung von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit.⁷² Durch gemeinnützige und privatwirtschaftliche Aktivitäten helfen sie zudem beim Aufbau neuer Handelsbeziehungen und der Erschließung neuer Märkte.

69 Vgl. Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012, Dialog Global, Heft 27, Bonn, 2012, S.10, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-2487.img

70 Siehe Grafik „Top Remittances-Sending Countries, 2009, in Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke e.V. in Deutschland: Auswertung der ersten bundesweiten Umfrage unter entwicklungspolitische aktiven MDO, Hannover, 2011, S.7, online: www.agl-einewelt.de/images/agl/publikationen/mdo_umfrage/auswertung.pdf

71 Siehe Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012, Dialog Global, Heft 27, Bonn, 2012, S.11ff., online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-2487.img

72 Siehe Fußnote Nr.70

Das breite Engagement für Herkunfts- wie Aufnahmeland macht Menschen mit Migrationshintergrund zu Partnern der deutschen Entwicklungspolitik. Durch eine stärkere Einbeziehung von Migranten und deren Organisationen vor Ort kann dieses Engagement auch in der Kommunalen Entwicklungspolitik verstärkt genutzt werden.



Migranten können als Vermittler, Berater und Experte vor Ort dienen - Foto: Daniel Junker

Begriffe, Zahlen und Fakten zu Migration und Diaspora

Drei Prozent der Weltbevölkerung und damit 216 Millionen Menschen lebt außerhalb ihrer Herkunftsländer. Davon wandern rund 45 Prozent von einem Entwicklungsland in ein Industrieland (Süd-Nord-Migration). Nach Prognosen der Vereinten Nationen wird die Nettozuwanderung in die ökonomisch entwickelten Staaten bis 2050 bei insgesamt 96 Millionen Menschen liegen – das sind durchschnittlich 2,4 Millionen Migranten im Jahr. Von diesen werden schätzungsweise 110.000 nach Deutschland einwandern.

Diaspora, das griechische Wort für Verstreuung, wird unterschiedlich genutzt. Es bezeichnet unter anderem Menschen mit Migrationshintergrund, die über die Welt verstreut leben, aber den Bezug zu ihrem Herkunftsland nie verloren haben. Sie halten nach wie vor den Kontakt zu ihrer Heimat aufrecht, unterstützen diverse Projekte oder überweisen Geld, um die Lebensbedingungen der dort lebenden Menschen zu verbessern.

Manche Menschen in der Diaspora schließen sich zu bestimmten Zwecken in Gemeinschaften und Vereinen zusammen. Die Mitglieder solcher Diasporagemeinschaften verbindet die gemeinsame Herkunft aus demselben Land, derselben Region oder sogar demselben Dorf. Häufig gründen sich Diasporagemeinschaften auch auf Basis beruflicher Zugehörigkeit, etwa als Ingenieure oder Ärzte.

Als Migrantenorganisationen werden Organisationen bezeichnet, die in Mitgliedschaft und Leitungsebene aus Mitgliedern von Migranten sowie Diasporagruppen bestehen. Sie sind entweder selbst aus Ländern des Südens eingewandert oder gehören zur ersten oder zweiten Generation (Diaspora).⁷³

Bundeszentrale für politische Bildung: Zahlen und Fakten zu Migration
www.bpb.de/wissen/Q93RXO,0,0,Migration.html

Das kommunale Engagement im Handlungsfeld Migration und Entwicklung berührt auch wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Themen und ist daher als **ressortübergreifende Querschnittsaufgabe** zu begreifen.⁷⁴ Dadurch kann die erforderliche Interaktion und Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen, Migrantenorganisationen und Verwaltung gelingen. Die Koordinierung des Netzwerks ist zentral zu verankern, etwa bei dem Zuständigen für Kommunale Entwicklungspolitik oder dem Ressort für Internationale Angelegenheiten. Außerdem empfiehlt es sich, Referate wie die Ämter für Soziales, Integration, Bildung, Internationale Angelegenheiten, Wirtschaftsförderung und auch Ausländer- und Integrationsbeiräte einzubeziehen. Das große Interesse und die hohe Bereitschaft von Migranten und deren Organisationen sich zu engagieren, verweisen auf die **noch ungenutzten Potenziale und Ressourcen** für Kommunen wie Migrantenorganisationen. Das vielfältige

entwicklungspolitische Engagement von Migranten bietet der Kommune vor allem Potenziale im Hinblick auf die Weiterentwicklung der eigenen entwicklungspolitischen Arbeit und auf die interkulturelle Öffnung. Die Herausforderung, sich in einem Verein zu organisieren und entwicklungspolitisch zu engagieren, ist dabei eng mit der Thematik der Integration verknüpft. Die Zusammenarbeit mit Kommunen verschafft Migranten Anerkennung und wirkt vertiefend für die Integration.⁷⁵ Umgekehrt ist die Integration wiederum eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit.

Ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor des entwicklungspolitischen Engagements der Diaspora ist die interkulturelle Öffnung. Dabei ist interkulturelle Öffnung nicht nur als Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen zu verstehen. Vielmehr stellt sie eine Chance dar, interkulturelle Kompetenzen in Einrichtungen und Institutionen der Kommune zu verankern.⁷⁶

Zentrale Akteure im Handlungsfeld Migration und Entwicklung

1. Ressorts und verschiedene Fachbereiche wie Integration, Internationales, Eine Welt und Lokale Agenda 21 innerhalb der Kommunalverwaltung
2. Migrantenorganisationen
3. Eine Welt- und Lokale Agenda 21-Akteure sowie anderweitige entwicklungspolitische Akteure wie Nichtregierungsorganisationen und Verbände
4. Akteure aus den Bereichen Bildung, Religion und Politik
5. Medien
6. Wirtschaft und lokale Unternehmen
7. Stiftungen und Verbände sowie Schulen und Hochschulen
8. Kirchen und kirchliche Einrichtungen

73 Entnommen aus Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke e.V. in Deutschland: Auswertung der ersten bundesweiten Umfrage unter entwicklungspolitische aktiven MDO. Hannover, 2011, S.6

74 Siehe Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012, Dialog Global, Heft 27, Bonn, 2012, S.52, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-2487.img

75 Vgl. Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012, Dialog Global, Heft 27, Bonn, 2012, S.40ff., online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-2487.img

76 Damit ist der Aspekt der interkulturellen Öffnung unverzichtbarer Bestandteil des Integrationsprogramms. Denn es gibt bislang kein Konzept für die gezielte, interkulturelle Öffnung der Gesellschaft und ihrer Institutionen. Siehe Internetseite des Bundesministeriums für Migration und Flüchtlinge, online: www.integration-in-deutschland.de

2.6.3 Mögliche Schritte zur Stärkung des Handlungsfeldes Migration und Entwicklung

In der Kommunalen Entwicklungspolitik wird das Potenzial von Migranten noch zu selten berücksichtigt. Die kommunalen und zivilgesellschaftlichen Strukturen sind für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte häufig wenig zugänglich. Kulturelle Vorbehalte und Verständnisschwierigkeiten erschweren es zudem, miteinander in Kontakt zu treten.⁷⁷ Auch gibt es zu wenige Berührungspunkte zwischen Migrantenorganisationen, Eine Welt-Initiativen und Schulen mit Nord-Süd-Partnerschaften.

Die Themen Integration und interkulturelle Kompetenz, an denen Migrantenorganisationen traditionell beteiligt sind, sind darüber hinaus häufig nicht mit der auf Deutschland wie auch auf das Ausland gerichteten Eine Welt-Arbeit und den entsprechenden Partnerschaften der Kommunen vernetzt. Vielmehr agieren die zivilgesellschaftlichen Gruppen parallel nebeneinander und zu selten miteinander. Dabei bleibt bürgerschaftliches Engagement der Diaspora ungenutzt.⁷⁸ Obwohl noch hinreichende Konzepte für die Zusammenarbeit mit Migranten in der Kommunalen Entwicklungspolitik fehlen, können die bereits vorhandenen lokalen Ansätze gute Anstöße für eine interkulturell ausgestaltete Entwicklungspolitik auf lokaler Ebene geben.⁷⁹

77 Ünsal, Özlem: Die Brückenbauer, in Servicestelle Kommunen in der Einen Welt in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN: Globalisierung lokal gestalten, Die Rolle von Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit, Bonn, 2010, S.10, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-2013.img

78 Dies ergibt sich der ersten bundesdeutschen Umfrage unter entwicklungspolitisch aktiven Migrantenorganisationen durch die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. im Jahre 2010 sowie den Ergebnissen des Modellprojekts „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, in Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene, Ein Praxisleitfaden, Dialog Global, Heft 22, Bonn, 2011, online: www.service-eine-welt.de/pdf/dg22.pdf

79 Siehe Fußnote Nr.77

Bestandsaufnahme für die Kooperationen mit der Diaspora

Städte und Gemeinden haben im Rahmen einer nachhaltigen Kommunalen Entwicklungspolitik die Möglichkeit, kulturelle Schranken abzubauen und Diversität zu fördern. Wesentlich hierfür ist, dass die getrennten Initiativen der Migranten und ihrer Organisationen zusammengeführt werden. Die systematische Vernetzung der Diaspora und anderer Akteure der Entwicklungszusammenarbeit steigert zudem die Effektivität aller entwicklungspolitischen Aktivitäten der Kommune.⁸⁰

Zu diesem Zweck ist zunächst der **konsequente Ausbau kommunaler Kontakte zu Migrantenorganisationen** – falls nicht bereits vorhanden – sinnvoll. Dies dient gleichermaßen einer ersten Analyse und Bestandsaufnahme: Wie viele Migrantenorganisationen leben in der Kommune? Welche Ziele verfolgen sie und wie professionell sind sie aufgestellt?

Diese Fragen sind wichtig, da Migrantenorganisationen unterschiedlich professionell organisiert sind und die Art des Engagements von den Ressourcen abhängig ist. Migrantenorganisationen, die sich gemeinnützig organisieren, verfügen häufig über geringe finanzielle Mittel und haben begrenzte zeitliche Kapazitäten. Dennoch können sie Ansprechpartner etwa für Krankenhäuser in ihrem Herkunftsland oder für dörfliche Vereinigungen sein. Ihre Kenntnisse über die Lebenssituation der Menschen vor Ort stellen somit interessante Anknüpfungspunkte für die Kommunale Entwicklungspolitik dar.

Die **Verfügbarkeit und Nutzung differenzierter Informationen und Kenntnisse** über die Anliegen der Migrantenorganisationen kann auch die entwicklungspolitische Bildung in der Kommune erheblich verbessern. Länder- und themenspezifische Kenntnisse von Migranten und deren Organisationen können die entwicklungspolitischen Aktivitäten auf kommunaler Ebene bereichern, etwa in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und den

80 Siehe Fußnote Nr.77

Nord-Süd-Partnerschaften sowie in den Bereichen Fairer Handel und Faire Beschaffung.

Vernetzung von Diaspora und Kommunalen Entwicklungspolitik

Die stärkere **Vernetzung von Diaspora und Kommunalen Entwicklungspolitik** rückt die entwicklungspolitischen Potenziale der Diaspora in den Vordergrund und zeigt der Kommune neue Handlungsmöglichkeiten in der Entwicklungszusammenarbeit auf.⁸¹ Allerdings bedarf es eines Impulses von außen. Vernetzung geschieht nicht von allein.

Kommunalpolitik und Verwaltung sind aufgefordert, die Arbeit im Bereich Entwicklungspolitik so zu strukturieren, dass alle relevanten Akteure konsultiert und eingebunden werden können. Dadurch können knappe Ressourcen nachhaltiger eingesetzt werden. Daneben schaffen Netzwerke wertvolle Kommunikationswege, bilden Vertrauen und schlagen Brücken zwischen Migranten, Eine Welt-Vereinen und Kommune. Des Weiteren kann die stringente Vernetzung von Migrantenorganisationen mit anderen lokalen Akteuren der Entwicklungspolitik den wechselseitigen Lernprozess fördern und die Wirksamkeit und Effizienz der entwicklungspolitischen Aktivitäten der Kommune erhöhen. Damit einher geht ein Wissenstransfer, der durch die Beteiligung etwa an der Fairen Woche sowie Fachtagungen und Konferenzen zu Themen der Herkunftsländer für beide Seiten fruchtbar werden kann. Dafür sollte das Netzwerk selbst nachhaltig organisiert werden, etwa durch die Einführung von Konfliktregelungsmechanismen oder die Verabschiedung einer Geschäftsordnung. Die Koordination des Netzwerkes obliegt dabei immer der Kommune.

Qualifizierung von Migrantenorganisationen

Um das **entwicklungspolitische Engagement zu fördern**, kann auch die Qualifizierung von Migrantenorganisationen sinnvoll sein. Diese haben häufig einen großen Bedarf an

Professionalisierung im Management von Projekten. Die Qualifizierung kann durch **finanzielle und infrastrukturelle Maßnahmen** erfolgen, etwa durch Trainings in Moderation, Öffentlichkeitsarbeit oder Projektmanagement. So bieten beispielsweise verschiedene Programme der Engagement Global gGmbH spezielle Beratung zu Förder- und Finanzierungsfragen an: die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), das Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung (FEB) und die Außenstellen in sechs Bundesländern. Qualifizierung schafft mehr Akzeptanz und Wirksamkeit in der lokalen Öffentlichkeit und vertieft gleichzeitig die Integration. Außerdem verstärkt die Professionalisierung der Migranten und ihrer Diasporagemeinschaften den Willen zur Partizipation an kommunalen Entscheidungsprozessen.

Potenziale und Chancen der Migration für Kommunen

Lernort für die Bürgergesellschaft

Migration und Migranten werden als Bereicherung wahrgenommen.

Leitbild der global kompetenten Bürgerkommune

Wenn Migration zunehmend als Bereicherung, Vielfalt und Anregung wahrgenommen werden kann, können neue Leitbilder einer weltoffenen kommunalen Kultur glaubwürdig gelebt werden.

Akzeptanz von Migranten und ihrer Organisationen als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit

Nord-Süd-Partnerschaften werden belebt, entwicklungspolitisches Know-how gebildet und interkulturelle Kompetenzen in der Kommune gefördert.

Förderung der Kommunalen Entwicklungspolitik und der Integration

Der Zugang zu Institutionen und Netzwerken der Kommune fördert Integration, entwicklungspolitisches Engagement in der Kommune erhält neue Impulse.

⁸¹ Dies ergibt sich aus den Ergebnissen des Modellprojekts „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, in Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene, Ein Praxisleitfaden, Dialog Global, Heft 22, Bonn, 2011

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

Vertiefte Integration und Kenntnisse über Abläufe in deutschen Kommunalverwaltungen führen zu verstärktem Engagement von Migranten vor Ort.

Stärkung des entwicklungspolitischen Engagements

Länder- und themenspezifische Kenntnisse von Migranten und deren Organisationen bereichern und verbessern die entwicklungspolitischen Aktivitäten auf kommunaler Ebene, wie etwa die entwicklungspolitische Bildungsarbeit, Nord-Süd-Partnerschaften, Fairer Handel und Faire Beschaffung.

Internationalität als Standortfaktor

Insbesondere junge qualifizierte Migranten orientieren sich international. Auch gerade im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Wettbewerb ist ein gesellschaftliches Klima der Offenheit, des Respekts und der Anerkennung zukunftsentscheidend für Kommunen.⁸²

Weltoffenheit in nachbarschaftlichen Kontext

Interkulturelles Lernen durch Vernetzung von Diaspora und anderen lokalen Akteuren stärkt das Sozialkapital der Kommune. Dies trägt zur Erziehungs- und Bewusstseinsbildung und zur Idee und Praxis der „Community Education“ bei.

2.6.4 Netzwerke und Organisationen für das Handlungsfeld Migration und Entwicklung**Netzwerk „Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene“**

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) hat 2011 das bundesweite Netzwerk „Migration und Entwicklung“ ins Leben gerufen. Das Netzwerk ist ein wichtiges Instrument zum bundesweiten Erfahrungsaustausch und der Vernetzung von Entwicklung und Migration für die lokale Ebene. Es bringt Akteure aus Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft miteinander ins Gespräch und bietet ihnen ein Forum für einen kollegialen Austausch zu praxistauglichen Ideen, Handlungsansätzen und Projekten. Im Sinne einer Lerngemeinschaft werden neben guten Beispielen auch Hürden in der Alltagspraxis und erfolgreiche Ansätze zur Problemlösung diskutiert. Auch Schnittstellen zur staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und zur Arbeit anderer maßgeblicher Akteure werden aufgezeigt. Darüber hinaus stellt die SKEW der kommunalen Ebene Informationen zu relevanten Erfahrungen, Beispielen und Akteuren zur Verfügung. Sie bietet kostenlose Beratung und Qualifizierung an. www.service-eine-welt.de/interkultur/interkultur-start.html



Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt fördert die Vernetzung von Entwicklung und Migration durch einen bundesweiten Erfahrungsaustausch - Foto: Daniel Junker

82 Vgl. Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Kulturen der Welt vor Ort, Ein Praxisleitfaden, Dialog Global, Heft 10, Bonn, 3. Aufl. 2006, S.29 und 51, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-258.img

CIM-Programm

Das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) vermittelt deutsche Fach- und Führungskräfte als

„Integrierte Fachkräfte“ nach Asien, Afrika, Lateinamerika sowie Ost- und Südosteuropa und begleitet deren Einsätze durch Serviceleistungen und Zuschüsse zum lokalen Gehalt. Zudem vermittelt es in Deutschland ausgebildete oder berufstätige Experten als „Rückkehrende Fachkräfte“ aus Entwicklungs- und Schwellenländern im Auftrag der deutschen Bundesregierung an Arbeitgeber in Kooperationsländern der internationalen Zusammenarbeit. Das Programm „Migranten als Brückenbauer“ soll Migrantenorganisationen, die sich mit gemeinnützigen Aktivitäten für die gesellschaftliche Entwicklung in ihren Herkunftsländern einsetzen, durch Beratung, finanzielle Zuschüsse und andere Leistungen unterstützen.

www.cimonline.de/de

Interkultureller Rat

Im Interkulturellen Rat arbeiten seit 1994 Menschen unterschiedlicher Herkunft und Nationalität sowie aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Religionsgemeinschaften, Migranten- und Menschenrechtsorganisationen, Kommunen und staatlichen Stellen, Medien, Wissenschaft und Sport zusammen. Der Interkulturelle Rat will den Austausch über Fragen des Zusammenlebens in der multikulturellen Gesellschaft befördern, entsprechende Konzepte entwickeln und modellhafte Maßnahmen umsetzen sowie Entscheidungsträger in Zivilgesellschaft, Parlamenten, Regierungen und Verwaltung beraten.

www.interkultureller-rat.de

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat sich von einer reinen Asylbehörde zu einem Kompetenzzentrum in Fragen der Integration und Migration entwickelt. In der Rubrik „Willkommen in Deutschland“ stellt das Bundesamt auf seiner Internetseite Migranten direkte Hilfen rund um Fragen der Migration und Integration bereit.

www.bamf.de

Portal „Make it in Germany“ für internationale Fachkräfte

Das Portal „Make it in Germany“ bündelt alle wichtigen Informationen zum Leben und Arbeiten in Deutschland.

Internationale Fachkräfte erfahren, in welchen Branchen ihr Fachwissen am stärksten gefragt ist und welche beruflichen Möglichkeiten ihnen Deutschland eröffnet. Das Portal bietet darüber hinaus konkrete Ratschläge – angefangen von Visumsantrag über Umzug bis hin zur Anmeldung der Kinder in Kitas. In kurzen Videos berichten auch bereits in Deutschland lebende internationale Fachkräfte von ihren Erfahrungen. „Make it in Germany“ ist Teil der Fachkräfteoffensive des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi), des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) sowie der Bundesagentur für Arbeit (BA) und wurde zusammen mit dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln und der IW Medien GmbH erstellt.

www.make-it-in-germany.com

Integrationsportal der Landkreise

Als Träger der Ausländerbehörden haben die Landkreise im ländlichen Raum eine besondere Verantwortung bei der Integration von Aussiedlern sowie ausländischen Einwohnern in Deutschland. Das Integrationsportal der Landkreise bietet neben Integrationskonzepten, Integrationsberichten und anderen Beispielen für best practices auch die Kontaktdaten der in den Kreisen für Integrationsangelegenheiten zuständigen Ansprechpartner.

www.kreise-fuer-integration.de

Checkliste

Fünf Fragen für verbesserte Vernetzung von Kommune mit der Diaspora⁸³

1. Sind die kommunalpolitischen Rahmenbedingungen geklärt?
2. Wo liegt die Prozessverantwortung?
3. Sind die gemeinsamen Ziele genau definiert?
4. Worin bestehen die Kompetenzen der verschiedenen Akteure? Wo ergänzen und erweitern sie sich?
5. Wie kann das Netzwerk umgesetzt werden?

⁸³ Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene, Ein Praxisleitfaden, Dialog Global, Heft 22, Bonn, 2011, online: www.service-eine-welt.de/pdf/dg22.pdf

3. Erfolgsfaktoren und Instrumente der Kommunalen Entwicklungspolitik

Die Vielfalt der Aktivitäten der Kommunalen Entwicklungspolitik wurde bereits im Kapitel 2 vorgestellt. Ihre Handlungsfelder liegen im Inland ebenso wie im Ausland. In einigen Kommunen beziehen sich die Aktivitäten auf ein Themenfeld wie etwa die Faire Beschaffung. In anderen Kommunen steht die aktive Partnerschaftsarbeit im Rahmen von Städte- oder Projektpartnerschaften im Mittelpunkt. Auch wenn jede Kommune ihre eigenen Ideen, Konzepte und Vorgehensweisen hat, lassen sich doch gemeinsame Erfolgsfaktoren für die Kommunale Entwicklungspolitik finden.

3.1 Kommunalpolitischer (Rahmen-) Beschluss zur Entwicklungspolitik

Der demokratische Beschluss, in dem der politische Wille der Kommune zu entwicklungspolitischem Engagement erklärt wird, schafft eine solide Grundlage für zielgerichtetes und effektives kommunales Handeln im Bereich der Entwicklungspolitik und ihren vielfältigen Handlungsfeldern. Der Beschluss bündelt die Aktivitäten der Kommune und schafft Klarheit für die Akteure in der Zivilgesellschaft, ob er auf Faire Beschaffung oder Ausgestaltung der kommunalen Partnerschaften ausgerichtet ist oder grundsätzlich auf eine nachhaltige Kommunale Entwicklungspolitik zielt. Das eindeutige Bekenntnis der Kommune zu ihrer globalen Verantwortung bietet den Mitarbeitern der unterschiedlichen Ressorts innerhalb der Verwaltung – wie Integration, Bildung, Internationale Angelegenheiten, Beschaffung oder Umwelt – zudem eine stabile argumentative Ausgangsbasis, um die Rolle des Gestalters oder Initiators von Prozessen zu übernehmen und zu festigen. Ferner signalisiert die Kommune mit einem politischen Beschluss ihre Bereitschaft und ihr Interesse, mit lokalen Akteuren wie Eine Welt-Gruppen und den Migrantenorganisationen, aber auch internationalen Akteuren der Entwicklungspolitik, zusammenarbeiten zu wollen. Die Formalisierung und politische Legitimation der Kommunalen Entwicklungspolitik ist damit ein wichtiger Erfolgsfaktor für ihr Gelingen.

Beispiel Millennium-Erklärung der Kommunen

Millennium-Erklärung der Mitgliedskommunen des Rates der Gemeinden und Regionen Europas / Deutsche Sektion

Die Stadt / die Gemeinde / der Kreis

- begrüßt die von den Vereinten Nationen im Jahre 2000 verabschiedeten Millennium-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals MDGs) für eine bessere, gerechtere und sicherere Welt,
- betont, dass sich die Verpflichtungen aus der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen zwar in erster Linie an die Regierungen der 189 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen richten, die die Erklärung unterschrieben haben,
- äußert aber gleichwohl ihren Willen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele mitzuwirken und
- will in diesem Sinne prüfen, inwieweit folgende Aktivitäten realisiert werden können:

I. Maßnahmen der Information und Bewusstseinsbildung

- Durchführung eigener Aktionen und die Unterstützung von Aktionen Dritter mit dem Ziel, die Information über die Millennium-Entwicklungsziele in der Bevölkerung zu verbreitern und somit das Bewusstsein für die damit angesprochenen Probleme zu wecken und Denkanstöße zu geben
- Förderung von Dialog und Zusammenarbeit mit ausländischen Mitbürgern/innen, insbesondere aus den Weltregionen, auf die sich die Anstrengungen der Millennium-Entwicklungsziele richten, in kommunalen Einrichtungen (z. B. Kindergärten, Schulen, Jugendzentren, Bibliotheken, Museen, Volkshochschulen, Freizeiteinrichtungen), um so durch direkte Kontakte ein für viele Mitbürger/innen vergleichsweise abstraktes Thema begreiflicher zu machen

II. Maßnahmen der Vernetzung und Konzentration von Aktivitäten

- Werbung für und Unterstützung eines breiten Bündnisses von lokalen Akteuren (Nichtregierungsorganisationen, Schulen, Universitäten, örtliche Wirtschaft und örtliches Handwerk, Kirchen usw.), um den Bestrebungen und Aktivitäten zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele eine möglichst breite Verankerung und Beständigkeit zu geben
- Ausrichtung der kommunalen Partnerschaftsarbeit auf Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele (z. B. Aufnahme des Themas in die Arbeitsprogramme mit den Städtepartnern und Austausch über Aktivitäten in den Partnerkommunen bzw. Durchführung gemeinsamer Aktionen)

III. Maßnahmen zur Förderung einer global denkenden und in diesem Sinne Verantwortung übernehmenden Kommunalpolitik

- Überprüfung des eigenen kommunalen Handelns auf Verhaltensmuster, die dem Grundsatz der Einen Welt verpflichtet sind und die damit auch die allgemeine Grundlage der Millennium-Entwicklungsziele unterstützen (z.B. Einsatz fair gehandelter Produkte in der Verwaltung, Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten und auf kommunalen Veranstaltungen, faires und nachhaltiges Beschaffungswesen in den Bereichen Energie, Baustoffe, Dienstbekleidung, Bürobedarf, Einsatz energiesparender Fahrzeuge, Maßnahmen zur Energieeffizienz usw.)

IV. Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen in den Ländern des Südens

- Erweiterung des bestehenden Partnerschaftsnetzes auf Dreieckspartnerschaften mit einer oder mehrerer Kommunen aus EU-Ländern und einer Kommune aus den Ländern des Südens
- Förderung starker, selbstverwalteter Kommunen in den Entwicklungsländern durch Unterstützung des kommunalen fachlichen Wissenstransfers im Rahmen des Einsatzes von kommunalen Experten/innen in kommunalen Entwicklungsprojekten erfahrener Einrichtungen der Entwicklungszusammenarbeit

Ist der Überzeugung, dass das kommunale Engagement im Rahmen der Millennium-Entwicklungsziele auch dazu beitragen kann, der wachsenden Armutswanderung nach Europa entgegenzuwirken

Fordert die Bundesregierung auf, den Willen der Kommunen, ihren Beitrag zur Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele zu leisten, anzuerkennen und sie stärker als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit zu berücksichtigen

Mit Beschluss vom angenommen.

Ort Datum Titel, Funktion, Unterschrift

3.2 Vernetzung zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft

Der Aufbau strategischer Partnerschaften mit staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Akteuren ist eine grundlegende Voraussetzung für eine wirkungsvolle Kommunale Entwicklungspolitik. Zur Erreichung von Nachhaltigkeits- und Entwicklungszielen sind die kooperative Einbindung der Zivilgesellschaft sowie der konstruktive Dialog zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft grundsätzliche Erfolgskriterien. Prozesse des Wandels lassen sich gemeinsam am nachhaltigsten gestalten. Das gilt für Kommunen des Nordens ebenso wie für Kommunen des Südens. Das heißt, dass auch in der Zusammenarbeit mit Partnerstädten die Zivilgesellschaft vor Ort eingebunden sein sollte. Der Zugang der lokalen Nichtregierungsorganisationen in Deutschland zu ihren Counterparts im Süden ist für die Partnerschaftsarbeit wertvoll.

Durch die Einbindung von möglichst vielen lokalen und auch nationalen Akteuren werden die unterschiedlichen Aktivitäten der deutschen Kommune auf eine breite Basis gestellt. Das fördert die Bewusstseinsbildung der Zivilgesellschaft und ermutigt zu mehr bürgerschaftlichem Engagement. Die lokale Vernetzung führt dazu, dass sich Engagement vielfältiger und lebendiger gestaltet und ein soziales Eigenleben

in der Stadt entfaltet. Herausforderungen im entwicklungspolitischen Engagement lassen sich gemeinsam besser bewältigen.

Die Kommune hat dabei eine doppelte Funktion als Motivator und Vernetzer zivilgesellschaftlichen Engagements. Nicht selten kommen die Anstöße zu Maßnahmen der Kommunalen Entwicklungspolitik von nicht-staatlichen Akteuren. Anfragen kommen etwa von entwicklungspolitischen Netzwerken, Eine Welt-Gruppen, Lokale Agenda-Initiativen, Partnerschaftsvereinen, Kirchen, Privatwirtschaft oder Stiftungen. Durch die Vernetzung der Akteure und der Aktivitäten kann diesen mehr Gewicht verliehen und Synergien besser genutzt werden.

Je nach Anlass können Netzwerkpartner der Kommune auch wichtige fachliche Unterstützung leisten. Gerade Nichtregierungsorganisationen sind häufig thematisch ausgerichtet und haben Spezialwissen, das sie für die Durchführung von Aktivitäten der Kommunalen Entwicklungspolitik wie auch für die Qualifizierung der kommunalen Mitarbeiter gewinnbringend einsetzen können.

Hier ist insbesondere auch die Zusammenarbeit der Kommunen mit Migranten und ihren Organisationen zu erwähnen. Denn Migranten haben zumeist gute Kontakte in ihre Heimatländer, verfügen über länderspezifisches Spezialwissen und sind durch ihre Migrationserfahrung interkulturell sensibilisiert. Häufig sind sie auch entwicklungspolitisch interessiert und engagiert. Aufgrund ihres breiten Erfahrungshintergrundes können Migrantenorganisationen wertvolle Partner der Kommunen in der entwicklungspolitischen In- und Auslandsarbeit sein. Umgekehrt fördert die Einbeziehung von Migranten deren Integration in die Kommune und verschafft ihnen einen besseren Zugang zur Kommunalverwaltung.

3.3 Strukturelle und personelle Verankerung von Entwicklungspolitik in der Kommune

Die strukturelle und personelle Verankerung der Kommunalen Entwicklungspolitik ist ebenfalls ein wichtiger Faktor für eine erfolgreiche Kommunale Entwicklungspolitik. Klare Verantwortlichkeiten und eine Aufgabenteilung zwischen Akteuren in Kommunalverwaltung, Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft dienen der guten Zusammenarbeit ebenso wie der gemeinsame Dialog über die Ziele und Wege entwicklungspolitischen Engagements.

Daraus resultierende Handlungsprogramme für die Kommunale Entwicklungspolitik bilden die konzeptionelle Grundlage für alle weiteren Aktivitäten. Sie schaffen Klarheit über Ziele, Akteure, Maßnahmen und finanzielle Bedarfe. Sie legen Verantwortliche und Prozesse fest und definieren konkrete Umsetzungsschritte. Zudem unterstützen sie den zielgerichteten Einsatz knapper finanzieller und personeller Ressourcen. Sie sind auch Grundlage für die Suche nach Partnern, Sponsoren und Finanzierungsmöglichkeiten. Im Sinne der Nachhaltigkeit definieren sie Prozesse zur regelmäßigen Reflektion und Evaluierung der Handlungen mit dem Ziel, die entwicklungspolitischen Aktivitäten ständig zu verbessern.

Für die Erstellung und Umsetzung von Handlungsprogrammen braucht es personelle und finanzielle Ressourcen. Hierbei ist die Verankerung von Kommunalen Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe in der Kommunalverwaltung hilfreich.

3.4 Langfristigkeit und Nachhaltigkeit Kommunalen Entwicklungspolitik

Ein weiterer Erfolgsfaktor für Kommunale Entwicklungspolitik ist die Kontinuität des kommunalen Engagements, wie sie etwa in Beschlüssen zu Fairer Beschaffung, in kommunalen Partnerschaften oder in einer dauerhaften strukturellen Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen zum Ausdruck kommt. Langfristig definierte Ziele bieten Orientierung in der entwicklungspolitischen Arbeit,

helfen bei der Suche nach strategischen Partnern und beim zielgerichteten Einsatz knapper finanzieller Ressourcen. Die Kontinuität des kommunalen Engagements fördert zudem die Nachhaltigkeit der Aktivitäten – zum Beispiel fördert ein auf Dauer betriebener Vernetzungsprozess mit Migrantenorganisationen das Vertrauen zwischen den Akteuren und langfristig angelegte Beschlüsse zu Fairer Beschaffung geben Planungssicherheit für alle Beteiligten.

Dauerhaft angelegte Partnerschaften bringen gute Kontakte zwischen Kommunalverwaltungen und Kommunalregierungen ebenso wie der Zivilgesellschaft in den deutschen und ausländischen Kommunen hervor. Sie schaffen Vertrauen zwischen den Partnern, was wiederum den freundschaftlichen Dialog und die gemeinsame Planung und nachhaltige Umsetzung von entwicklungspolitischen Zielen fördert.

3.5 Förderung von (Verwaltungs-)Kompetenzen

Kommunale Mitarbeiter sowie ehrenamtlich Engagierte sind für das anspruchsvolle Arbeitsfeld der Entwicklungspolitik in der Regel nicht beruflich ausgebildet. Deshalb sollten diesbezügliche Kompetenzen gefördert werden. Das betrifft zunächst ganz allgemein die interkulturelle Kompetenz. Hier geht es um die Fähigkeit, mit Personen und Gruppen anderer Kulturen erfolgreich und angemessen zu interagieren. Sie fördert also den Dialog mit und das Verständnis für Menschen anderer Kulturen und ist somit ein wesentlicher Erfolgsfaktor für kommunale Partnerschaftsarbeit. Das betrifft zudem auch landeskundliche oder andere fachliche Qualifizierungsmaßnahmen (internationale Beratung, Fairer Handel etc.), die denjenigen anzuraten sind, die die Verantwortung für das Gelingen der kommunalen entwicklungspolitischen Aktivitäten tragen.

In der kommunalen Partnerschaftsarbeit geht es zumeist um Projekte zur kommunalen Daseinsvorsorge, zur Selbstverwaltung oder zu globalen Entwicklungs Herausforderungen mit lokalen Auswirkungen wie dem Klimawandel. Der Erfolg dieser Projekte ist auch abhängig davon, ob die deutschen

Kommunen ihre fachliche Expertise etwa im Bereich Abfallmanagement, lokaler Transport oder Umweltschutz einbringen und sich im Dialog mit den Partnern zu konkreten Handlungsansätzen austauschen. Dies kann auch über die Integration von kommunalen Experten in Projekte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit geschehen.

3.6 Informations- und Bildungsarbeit im Inland

Die Informations- und Bildungsarbeit ist eine wesentliche Aufgabe der Kommunalen Entwicklungspolitik und eine der Stärken von Kommunen. Hier können sie ihre Bürgernähe nutzen. Eine gute Informations- und Öffentlichkeitsarbeit informiert die Bürgerschaft über die entwicklungspolitischen Vorhaben der Kommune. Über die entwicklungspolitische Bildungsarbeit werden den Bürgern globale Zusammenhänge und deren Einflüsse auf ihr Leben vermittelt sowie Möglichkeiten aufgezeigt, im Entwicklungskontext kompetent und nachhaltig zu handeln. Aktionen in der Kommune helfen dabei, das kommunale Engagement für die Bürger lebendig und erlebbar zu machen. Dadurch können mehr Bürger für entwicklungspolitisches Engagement gewonnen werden. Die Kommune kann so lokale Netzwerke ausbauen und festigen und damit die Basis ihrer Kommunalen Entwicklungspolitik erweitern.

3.7 Erfahrungsaustausch in nationalen und internationalen Netzwerken

Netzwerke dienen dem Kompetenzerwerb durch Erfahrungs- und Wissensaustausch. Sie schaffen neue Kontakte und Kooperationen und neue Finanzierungsmöglichkeiten. So sind sie für Kommunen auch zur Unterstützung und Nachhaltigkeit ihrer Entwicklungspolitik wichtig. Die Kommunalverwaltung kann vom Wissen und den Erfahrungen ihrer Kollegen in anderen Kommunen im In- und Ausland profitieren. Zudem können sich Kommunen in Netzwerken zu aktuellen Themen der Entwicklungszusammenarbeit, der Partnerländer, der Handlungsfelder der Kommunalen

Entwicklungspolitik und zu Finanzierungsmöglichkeiten informieren. Netzwerke bieten darüber hinaus die Möglichkeit, die eigene Kommune bekannt zu machen und so deren Ansehen zu fördern. Dies wirkt sich nicht nur positiv auf die entwicklungspolitische Arbeit der Kommune aus, sondern kann auch der lokalen Wirtschaft Vorteile bringen.

3.8. Sicherung der finanziellen Grundlagen

Kommunale Entwicklungspolitik zählt zu den freiwilligen kommunalen Aufgaben, die in Zeiten knapper Haushalte häufig schwierigen finanziellen Bedingungen ausgesetzt sind. Die Sicherung der finanziellen Grundlagen der Kommunalen Entwicklungspolitik muss daher aktiv angegangen werden. Hierbei hilft die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie die Vernetzung mit anderen engagierten Kommunen und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, um kreative Finanzierungsinstrumente (zum Beispiel die Hamburger Rest-Cent-Aktion) sowie Finanzierungsquellen (Landes- und Bundesprogramme, Stiftungen etc.) kennenzulernen und zu erschließen.

Interview mit Frithjof Kühn, Landrat des Rhein-Sieg-Kreises und kooptiertes Mitglied im Präsidium des Deutschen Landkreistages

Entwicklungspolitisches Engagement lohnt sich

SKEW: Warum „lohnt“ sich entwicklungspolitisches Engagement für deutsche Kommunen?



Foto: Rhein-Sieg-Kreis

Frithjof Kühn:

Entwicklungspolitische Engagement in deutschen Kommunen lohnt sich, weil die Beteiligten Organisation und Ablauf ihrer eigenen Tätigkeiten kritisch hinterfragen und so Verbesserungen im „eigenen“ Bereich initiieren. Zudem lohnt es sich, weil die in entwicklungspolitischen Projekten erworbenen Erfahrungen den dienstlichen und persönlichen „Horizont“ nachhaltig erweitern und damit zu einer sinnvollen Personalentwicklung beitragen. Und nicht zuletzt hilft entwicklungspolitisches Engagement beim Aufbau neuer Strukturen und der Verbesserung der Situation für die Bevölkerung in „Entwicklungs- und Schwellenländern“.

SKEW: Kann prinzipiell jede Kommune Entwicklungspolitik betreiben oder bleibt diese tendenziell eher die Angelegenheit großer und reicher Kommunen?

Frithjof Kühn: Jede Kommune kann sich unabhängig von ihrer Größe an Entwicklungspolitik beteiligen. Von Bedeutung sind in erster Linie Motivation und geistige Flexibilität von Projektbeteiligten.

SKEW: Wie hat sich die Zusammenarbeit der Kommunen mit Entwicklungs- und Schwellenländern verändert und weiterentwickelt?

Frithjof Kühn: Es geht heute beim entwicklungspolitischen Engagement darum, die Situation vor Ort zu analysieren und dann mit den Partnern gemeinsam und auf Augenhöhe Strukturen und Handlungsalternativen zu entwickeln.

SKEW: Deutsche Städte und Gemeinden engagieren sich für den Aufbau demokratischer und dezentraler Strukturen in der Welt. Was macht die deutsche kommunale Selbstverwaltung so attraktiv für andere Länder?

Frithjof Kühn: Demokratische Strukturen, Transparenz, Nähe zum Bürger, Zuverlässigkeit und Garantie des Rechtswegs machen die deutsche kommunale Selbstverwaltung auch für andere Länder attraktiv. Vor allem Transparenz und Verlässlichkeit der Verwaltung sind grundlegende Voraussetzung für unternehmerische Initiative und wirtschaftliche Entwicklung.

SKEW: Was können deutsche Kommunalverwaltungen von Städten in anderen Ländern lernen?

Frithjof Kühn: Gelassenheit, Freundlichkeit, Flexibilität und Respekt.

SKEW: Wie kann Kommunale Entwicklungspolitik trotz knapper Kassen gelingen?

Frithjof Kühn: Durch Einbringung von Fachkompetenz statt Finanzmitteln und durch die Erkenntnis, dass eine Beteiligung zwar Arbeitskraft bindet, im Gegenzug dafür aber auch wertvolle Erfahrungen liefert und so eine Personalentwicklungsmaßnahme und damit einen Gewinn darstellt.

SKEW: Welche Bedeutung haben die Ziele einer nachhaltigen Stadtentwicklung für das entwicklungspolitische Engagement von Kommunen?

Frithjof Kühn: Die mit nachhaltiger Stadtentwicklung verfolgten Ziele sind von besonderer Bedeutung, weil durch sie eine funktionierende Infrastruktur geschaffen werden kann, die alle Lebensbereiche der Bevölkerung maßgeblich beeinflusst.

SKEW: Durch faire Beschaffung werden Kommunen ihrer Vorbildfunktion gerecht. Welchen Einfluss hat dieses Engagement auf die Entwicklung der Kommunalen Entwicklungspolitik?

Frithjof Kühn: Faire Beschaffung ist für europäische Kommunen nicht einfach umzusetzen. Es existieren rechtliche und finanzielle Zwänge, die nur über die jeweiligen Regierungen und die internationale Staatengemeinschaft beseitigt werden können.

SKEW: Wie beurteilen Sie die Chancen, die kommunale Gesamtstrategie zur Integration durch eine aktiv gestaltete Kommunale Entwicklungspolitik weiterzuentwickeln?

Frithjof Kühn: Die Chancen werden größer, je einfacher die Voraussetzungen für die Beteiligung von Kommunen an Kommunalen Entwicklungspolitik gestaltet werden. Hier müssen Finanzmittel zur Verfügung gestellt und bürokratische Hürden abgebaut werden.

SKEW: Wie könnten Bund und Länder die kommunalen Potenziale in der Entwicklungszusammenarbeit stärker nutzen?

Frithjof Kühn: Durch Finanzierung von Projekten sowie durch den Abbau von bürokratischen Hürden bei der Beantragung und der Nachbereitung von Projekten beziehungsweise durch Einwirkung auf die EU und die UN zur Erreichung der vorgenannten Ziele.

SKEW: Wie wirkt sich Kommunale Entwicklungspolitik auf das Engagement der Bürger aus?

Frithjof Kühn: Die Erfahrungen des Rhein-Sieg-Kreises belegen, dass – bei entsprechender Öffentlichkeitsarbeit – die Bürger Interesse zeigen und zum Teil sogar ihre Unterstützung und Mitwirkung anbieten.

Benefits der Kommunalen Entwicklungspolitik anhand ausgewählter Beispiele

4.1 Interview mit Michael Marwede, Projektleiter des bundesweiten Wettbewerbs „Hauptstadt des Fairen Handels“

Faire Bananen für den Bürgermeister

Der von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) veranstaltete Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ zeigt, dass faires Beschaffungswesen in Kommunen Spaß machen kann und dass auch kleine Städte und Gemeinden Maßstäbe im Fairen Handel



Foto: SKEW

setzen können. Michael Marwede, Projektleiter des bundesweiten Wettbewerbs „Hauptstadt des Fairen Handels“, erklärt im Interview, warum das so ist.

SKEW: Der Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ findet alle zwei Jahre statt. Die Zahl der Städte und Gemeinden, die sich beteiligen, steigt kontinuierlich. Was macht den Wettbewerb so attraktiv für deutsche Kommunen?

Michael Marwede: Sicherlich spielt das Preisgeld eine Rolle: 100.000 Euro sind schon ein Zugpferd. Hinzu kommt das Interesse, sich mit anderen Akteuren in anderen Städten auszutauschen, voneinander zu lernen und strategische Hilfen zu erfahren. Da kommen Groß und Klein zusammen. Das Niveau der Beteiligten ist hoch. Außerdem ist der Wettbewerb für viele eine Möglichkeit, alle zwei Jahre eine Bilanz ihrer Aktivitäten zu ziehen – und diese gleichzeitig als Bewerbung einzureichen.

SKEW: Die Nachfrage nach fair gehandelten Produkten steigt. 2012 kauften Verbraucher in Deutschland Produkte im Wert von 533 Millionen Euro. Das sind 33 Prozent mehr

als 2011. Inwieweit beeinflusst der Wettbewerb diese positive Entwicklung?

Michael Marwede: Dieser Erfolg ist sicher auf eine Vielzahl von Faktoren zurückzuführen. An erster Stelle möchte ich die Kampagne „Fairtrade-Town“ nennen. Der Hauptstadt-wettbewerb ist mehr Ideengenerator und Motivator zum Fairen Handel in Kommunen. Hier stehen kreative Ideen und Konzepte im Vordergrund, weniger die Verkaufszahlen. Wenn ein Rathaus nur noch fair gehandelten Kaffee trinkt, schlägt sich das nicht unbedingt in der Verkaufsbilanz nieder, dafür sind die Mengen zu gering. Aber wenn alle 12.000 Kommunen in Deutschland dies täten, wäre das sicher eine Hausnummer.

SKEW: Wie wirkt sich die Auszeichnung „Hauptstadt des Fairen Handels“ auf das Image einer Stadt oder Gemeinde aus?



Der Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ ist ein Motor für faire Beschaffung und Handel vor Ort - Foto: Dominik Schmitz

Michael Marwede: Durchweg positiv. Eine Stadt, die nachhaltige Ziele kompetent umsetzt, verschafft sich einen deutlichen Standortvorteil und das wirkt sich aus, auch international. Es schafft Identität und Attraktivität für Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Auszeichnung zum regelrechten Motor für Faire Beschaffung und Handel vor Ort wird und auch über Stadtgrenzen hinaus Nachahmer auf den Plan ruft.

SKEW: Was unterscheidet den Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ von einer Imagekampagne für den Fairen Handel?

Michael Marwede: Eine Kampagne macht aufmerksam, schafft aber nicht unbedingt Fakten. Der Wettbewerb dagegen schon. Neben den harten Fakten wie Ratsbeschlüsse zum fairen Beschaffungswesen und dem Einkauf fair gehandelter Waren und Dienstleistungen, steht der Wettbewerb für eine neue Lernkultur und neues Arbeiten in der Verwaltung, die ressortübergreifend sich der Themen annimmt, um diese umzusetzen. Insofern motiviert der Wettbewerb im besten Fall zur Veränderung in Richtung Nachhaltigkeit innerhalb von Lokalverwaltung und -politik.

SKEW: Viele Kommunen bewerben sich beim Hauptstadt-wettbewerb. Was raten Sie Kommunen, die ohne den begehrten Titel nach Hause gehen?

Michael Marwede: Zunächst: Es beim nächsten Mal wieder zu versuchen. Außerdem gilt die Maxime: REDEN! Die Maßnahmen und Ideen in der Öffentlichkeit kommunizieren; angefangen vom Ratsbeschluss bis zum Vertragsabschluss und zur Umsetzung. Schließlich schafft man ja auch Werte. Wenn etwa Familien über Pflaster spazieren, das nicht unter den miserabelsten Bedingungen hergestellt wurde. Und über Werte muss man reden. Eventuell ließe sich in Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen oder anderen Institutionen wie Kirchen oder Stiftungen, die Thematik dann in Form von Informations- und Bildungsveranstaltungen im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger verankern. So kann Kommunale Entwicklungspolitik wachsen.

SKEW: Hat der Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ Einfluss auf die Entwicklungspolitik einer Stadt?

Michael Marwede: Der Preis „Hauptstadt des Fairen Handels“ schafft öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung für die Auseinandersetzung mit dem Thema globale Entwicklung. Daraus entsteht Motivation, weiter in diese Richtung zu arbeiten. Andere Ressorts melden Interesse an

und so erweitern sich die Handlungsfelder der Kommunalen Entwicklungspolitik.

SKEW: Sehen Sie auch Grenzen für Faire Beschaffung in Kommunen?

Michael Marwede: Die Faire Beschaffung wird nicht zu einer unmittelbaren und garantierten Veränderung von Lebens- und Arbeitsbedingungen in Exportregionen asiatischer oder afrikanischer Staaten führen. Die Kommune kann gute Leistungen durch einen fairen Preis honorieren, sie hat aber keine Gewähr dafür, dass die Gelder auch den Ärmsten in den Entwicklungsländern zugute kommen. Die Grenze kommunalen Einflusses durch Faire Beschaffung ist unsere Staatsgrenze.

SKEW: Bitte nennen Sie ein Beispiel für den aus Ihrer Sicht originellsten Beitrag beim Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“?

Michael Marwede: Gelingen finde ich, wenn das eher komplexe Thema globale Gerechtigkeit originell und mit einem gewissen Spaßfaktor einer möglichst breiten Öffentlichkeit näher gebracht werden kann. Wenn sich etwa der Oberbürgermeister einer Stadt auf dem Marktplatz in fairen Bananen aufwiegen lässt, um diese dann anschließend für einen guten Zweck zu verkaufen. Solche Aktionen nehmen dem Thema die Schwere und bauen Ängste bei den Bürgerinnen und Bürger ab, sich damit in ihrem Alltag zu beschäftigen.

„Hauptstadt des Fairen Handels“

Seit 2003 richtet die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt alle zwei Jahre den Wettbewerb um die „Hauptstadt des Fairen Handels“ aus. Der Wettbewerb möchte das lokale Engagement zum Fairen Handel würdigen, Öffentlichkeit und Medien auf innovative Beispiele aufmerksam machen und zum Nachahmen anregen. Den siegreichen Kommunen winken neben dem Titel „Hauptstadt des Fairen Handels“ Preisgelder in Höhe von insgesamt 100.000 Euro. Der Wettbewerb wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert.

4.2 Kommunale Dreieckspartnerschaft zwischen Ludwigsburg, Montbéliard und Kongoussi

Partnerstädte gemeinsam für Afrika

Hilfe für den afrikanischen Kontinent ist eine Herzensangelegenheit des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler. Er gründete in seiner Amtszeit die Initiative „Partnerschaft mit Afrika“ und sprach sich wiederholt öffentlich dafür aus, dass Afrika im Kampf gegen Armut, AIDS, Umweltzerstörung und Terrorismus nicht alleine gelassen werden darf. Den Aufruf des Bundespräsidenten nahmen die Stadt Ludwigsburg und ihre französische Partnerstadt Montbéliard 2006 zum Anlass, das „Afrika-Projekt“ ins Leben zu rufen und als Partnerkommunen im Modellprojekt „Kommunale Dreieckspartnerschaften“ gemeinsam mit den Südpartnern zu handeln.⁸⁴

„Dass sich eine über Jahrzehnte gewachsene deutsch-französische Partnerschaft, die in besonderer Weise für die Versöhnung zwischen zwei Völkern steht, um eine afrikanische Gemeinde erweitert, ist ein starkes Symbol.“

Horst Köhler, Bundespräsident a. D. (2004-2010) auf der zweiten Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik 2009

Horst Köhler wurde gemeinsam mit seiner Ehefrau Eva-Maria im Mai 2011 die Ehrenbürgerwürde der Stadt Ludwigsburg verliehen. Beide bezeichnen die baden-württembergische Stadt als ihre Heimat und sind ihr immer eng verbunden geblieben. Seit der von Horst Köhler mitinitiierten Gründung des Afrika-Projekts konnte ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation in Kongoussi geleistet werden.

Drei Projekte für Afrika

Das Afrika-Projekt besteht bisher aus drei Einzelprojekten. 2007 wurde mit 33.500 Euro, gespendet von Ludwigsburger Bürgern, die Grundschule von Bango um drei Klassenräume erweitert. Bis dahin hatten sich rund 100 Kinder einen kleinen Raum geteilt. Nun gibt es vier Räume, die mit neuen Schultischen und -bänken ausgestattet sind. Derzeit werden mehr als 700 Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

Durch die Errichtung einer Bewässerungsanlage im Jahr 2008 ist der Anbau von Gemüse auch während der lang andauernden Trockenzeiten möglich. Damit wird ein wichtiger Beitrag zum Kampf gegen Unterernährung und Hunger geleistet. Die Projektkosten wurden von der französischen Partnerstadt Montbéliard getragen und beliefen sich auf 32.000 Euro.

Die Planung einer Berufsschule mit angegliedertem Wohnheim für Waisenkinder folgte im Jahr 2009. Hier sollen Jugendliche eine Ausbildung zum Mechaniker, Maurer oder Schneider absolvieren oder sich für Berufe in der Landwirtschaft schulen lassen. Im August 2011 wurde mit Fördergeldern des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit dem Bau des beruflichen Schulzentrums in Kongoussi begonnen. Dieses Projekt wird vom Förderkreis Burkina Faso realisiert, der 2008 vom ehemaligen Ludwigsburger Oberbürgermeister Dr. Otfried Ulshöfer als gemeinnütziger Verein gegründet wurde. Dank der guten Vorbereitung konnten die Baumaßnahmen zügig durchgeführt werden: Bereits im Oktober 2011 begannen drei Mädchen und 17 Jungen mit ihrer Ausbildung zum Zweirad- und Pumpenmechaniker in provisorischen Räumen. Im Januar 2013 wurde das neu errichtete Zentrum im Beisein einer Delegation aus Ludwigsburg eingeweiht.

Afrika hilft Afrika

Im April 2011 fand zum vierten Mal der Ludwigsburger Afrika-Tag statt. Er bietet Möglichkeiten der Begegnung und hilft so, Vorurteile und Klischees gegenüber dem Kontinent Afrika abzubauen. Podiumsdiskussionen, Filmvorführungen, ein Afrikamarkt und ein großer Galaabend zeigten die ganze

⁸⁴ Vgl. Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Kommunale Dreieckspartnerschaften, Erfahrungsbericht und Praxisleitfaden, Schriftenreihe Material, Heft 51, Bonn, 2012, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-2582.img

Vielfalt des „schwarzen Kontinents“: Armut, Krieg und Hungersnöte auf der einen Seite, lebensbejahende Vitalität und kulturelle Kreativität der Menschen sowie uralte Traditionen und Bräuche auf der anderen Seite. Die Erlöse des Tages gingen an das Afrika-Projekt in Kongoussi.

In Ludwigsburg leben zurzeit 600 Menschen mit afrikanischem Pass. Im März 2011, als Reaktion auf den Erfolg des Afrika-Tages in den Vorjahren, haben einige dieser Mitbürger den Verein „Afrika hilft Afrika“ gegründet. Vorsitzender ist der städtische Integrationsbeauftragte Saliou Gueye. Der Verein engagiert sich dafür, die Aktivitäten und Initiativen zu koordinieren, die mit Afrika in Verbindung stehen. Mitmachen darf jeder. Darüber hinaus fördert er die Bildungsarbeit und begleitet Entwicklungsprojekte. Er soll außerdem ein Forum für Treffen und Austausch der afrikanischen Mitbürger Ludwigsburgs sein und ihnen bei Problemen und Fragen zur Seite stehen. Zusätzlich soll eine Integration fördernde Struktur mit Bildungs-, Sprach- und Beratungsangeboten aufgebaut werden. Diese „Entwicklungshilfe in beide Richtungen“ soll Vorurteile auf allen Seiten abbauen.

Vor dem Hintergrund der engagierten Partnerschaft fand im November 2010 in Ludwigsburg die erste bundesweite Konferenz der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) zum Thema „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“ statt.⁸⁵ Rund 130 Teilnehmer aus Deutschland und verschiedenen afrikanischen Ländern, Oberbürgermeister, Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunalverwaltungen und Partnerschaftsvereinen sowie Entwicklungsexperten diskutierten zentrale Zukunftsfragen, wie etwa Klimawandel, Dezentralisierung und Migration. Im Rahmen der Afrika-Tage folgte im April 2012 dann die zweitägige Konferenz „Engagiert und integriert: Afrikanische Diaspora und Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland“ der SKEW.

„Ich denke, dass es notwendig ist, dass es in jedem europäischen Land Afrikaner gibt. Selbst wenn sie nicht aus dem Land kommen, das eine Partnerschaft eingeht. Sie können Informationen liefern, sie können an Treffen teilnehmen, um zu verstehen, was die europäischen Länder an Mehrwert einbringen können und was sie dem afrikanischen Land bringen können.“

Oscar Sawadogo, Leiter der Organisation Zood Nooma, Kongoussi/Burkina Faso

Kontakt

Christine Süß
Städtepartnerschaften – Internationale Kontakte
Telefon: 07141/910-2750
E-Mail: c.suess@ludwigsburg.de

Saliou Gueye
Integrationsbeauftragter der Stadt Ludwigsburg / Vorsitzender des Vereins „Afrika hilft Afrika“
Telefon: 07141/910-2714
E-Mail: s.gueye@ludwigsburg.de oder
afrikahilftafrika@freenet.de

⁸⁵ Vgl. Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Erste bundesweite Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“ in Ludwigsburg 2010, Dokumentation, Schriftenreihe Material, Heft 45, Bonn, 2011, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-2266.img

4.3 Das WM-Projekt „Südafrika 2010 – Deutschland 2006: Stärkung kommunaler Zusammenarbeit und Entwicklung – Partnerschaft mit Kick!“

Fußball als Beitrag zu Entwicklung

Sport birgt für die **Entwicklungsarbeit** aufgrund der Energie und der Emotionen, die er bei den Menschen erzeugt, ein besonderes Potenzial. Man denke an die Begeisterung während der Fußball-WM 2006 in Deutschland. Menschen verschiedener Nationalitäten feierten ungeachtet aller mentalen Barrieren und fühlten sich über das internationale Großereignis miteinander verbunden. Aus der WM 2006 wurde ein „Sommermärchen“, das der Welt nicht nur Deutschland von seiner schönsten Seite zeigte, sondern darüber hinaus zur Völkerverständigung beitrug.

Der Erfolg der deutschen WM 2006 basierte zum Großteil auf den von der Außenwelt kaum wahrgenommenen Anstrengungen der WM-Austragungs- und Teamstädte: Verkehrslenkung, Stadienbau und -sicherheit, Fanmeilen, das Umweltprogramm „Green-Goal“, Marketing und die Zusammenarbeit mit den Tourismusverbänden – all das und vieles mehr hatte den glanzvollen Auftritt der WM überhaupt erst ermöglicht.



Als Ausrichter der Fußball-WM 2010 sollte Südafrika von den Erfahrungen der Fußball-WM 2006 in Deutschland profitieren

- Foto: Florian Kopp

Deutsche kommunale Experten in Südafrika

Konnte dieser Erfahrungsschatz in Sachen Planung, Organisation und Durchführung einer Weltmeisterschaft durch die vielen Mitarbeiter aus Verwaltung und Politik nicht fruchtbar gemacht werden für die nächste WM in Südafrika? Immerhin standen die Städte dort vor denselben komplexen Anforderungen, die mit der Ausrichtung eines Mega-Events wie der FIFA-Weltmeisterschaft einhergehen. Wie konnten die Kollegen in Südafrika von den deutschen Erfahrungen profitieren? Diese Fragestellungen bildeten den Anstoß für ein groß angelegtes Pilotprojekt, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 2006 ins Leben gerufen wurde: „**Südafrika 2010 – Deutschland 2006: Stärkung kommunaler Zusammenarbeit und Entwicklung – Partnerschaft mit Kick!**“

Fußball für mehr Entwicklung

Das Projekt stellte in zweierlei Hinsicht ein Novum dar: Zunächst einmal verband es den Fußball mit Themen der Entwicklung und zum anderen sollten kommunale Experten ihre Kollegen zur WM-Vorbereitung über einen Zeitraum von vier Jahren hinweg beraten. Dabei setzten die Akteure auf den **kollegialen Fach- und Erfahrungsaustausch** zwischen den Mitarbeitern der deutschen und südafrikanischen Austragungsstädte. Im Zentrum stand zunächst der Wunsch, einen Beitrag zum erfolgreichen Ablauf der WM in Südafrika 2010 zu leisten. Darüber hinaus zielte die Zusammenarbeit auf die nachhaltige Förderung der Stadtentwicklung südafrikanischer Kommunen – und das möglichst über die WM hinaus. In diesem Zusammenhang sollten bereits vorhandene Projekt- oder Städtepartnerschaften gestärkt oder neue Partnerschaften angestoßen werden.

Die auf das Ausland gerichteten Ziele fanden ihre parallele Ergänzung in Bildungsmaßnahmen in Deutschland: Den Fokus bildeten dabei der internationale Austausch und die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit in deutschen Kommunen. Diese **Verschränkung von Auslands- und Inlandsarbeit** wurde ein zentrales Instrument des Pilotprojekts und hat – wie die Evaluation

des Pilotvorhabens ergab⁸⁶ – wesentlich zum nachhaltigen Erfolg beigetragen.

Schirmherrschaft der Oberbürgermeister

Politische Grundlage für den Austausch der kommunalen Experten waren die deutsch-südafrikanischen Regierungsvereinbarungen. Sie bereiteten den Boden für die Absichtserklärungen (Letter of Intent/Lol) der Oberbürgermeister der deutschen WM-Austragungsstädte und Teamstandorte 2006, in denen die Bereitschaft zur Teilnahme bekräftigt wurde. Die Schirmherrschaft der Oberbürgermeister war sehr wichtig, um die häufig mehrtägigen oder -wöchigen Entsendungen der Berater zu legitimieren.

Mit Top-Qualifizierung bedarfsorientierte Beratung

Im Rahmen des Projektes waren insgesamt mehr als 70 deutsche WM-Experten aus 13 Städten knapp 200 Mal in Südafrika. Die Beratungen erfolgten immer bedarfsorientiert, was auf Seiten der Projektplanung höchste Flexibilität erforderte. Entscheidend war der Ansatz einer Beratung auf Augenhöhe, was wiederum viel Fingerspitzengefühl und den reflektierten Umgang mit der Beraterrolle seitens der Fachkräfte voraussetzte. Auch interkulturelle Kompetenzen waren gefordert. Dazu konnten sich die Fachkräfte in der Vorbereitungsstätte für Entwicklungszusammenarbeit (heute AIZ der GIZ) vorbereiten.



WM-Experten aus deutschen Städten berieten ihre Kollegen in Südafrika - Foto: Florian Kopp

⁸⁶ Siehe Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Südafrika 2010 – Deutschland 2006: Kommunale Partnerschaft mit Kick!, Abschluss-evaluierung, Schriftenreihe Material, Heft 44, Bonn, 2011, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-2242.img

Das Aufgabenspektrum der deutschen Kommunalexperten betraf fast alle kommunalen Arbeitsfelder, angefangen von Transport und Verkehr, Sicherheit über Energieversorgung und Abfall bis hin zum Marketing und der Öffentlichkeitsarbeit. So wurden auf Basis der WM-Beratungen unter anderem Arbeitsstrukturen in den Verwaltungen der Host Cities an die Herausforderungen einer WM angepasst, Regelwerke für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr verabschiedet, Kosteneinsparungen beim Stadionbau erzielt, die Problemwahrnehmung für Vertragsverpflichtungen gegenüber der FIFA geschärft und der Dialog zwischen den einzelnen Austragungsstädten in Gang gesetzt.

Zwischen den Einsätzen fanden regelmäßig Netzwerktreffen in Deutschland statt, bei denen sich die deutschen Kommunalexperten austauschten und Kurskorrekturen vornahmen.

Deutsche Expertise in kommunalen Arbeitsfeldern ist somit ein wichtiger Beitrag für die Stärkung kommunaler Kompetenzen in Entwicklungsländern und Schwellenländern. Gleichzeitig birgt sie ein enormes Potenzial zur Internationalisierung für die deutschen Stadtverwaltungen.

„(...) Wir kennen nun die Strukturen der örtlichen Feuerwehr sehr genau und haben ganz klar den Bedarf gesehen. Der Brandschutz muss verbessert werden, vor allem in den Townships und den ländlichen Gebieten. Im Sinne der Nachhaltigkeit ...kann hier jede Menge getan werden...Von unserer Seite steht das Angebot, dass wir uns nach der WM in Südafrika für die weitere Zusammenarbeit einsetzen.“

Harald Herweg, Leitender Branddirektor der Berliner Feuerwehr, beriet seine Kollegen in Südafrika in Sachen Brandschutz und Sicherheit im Vorfeld der WM.

Damit diese Internationalisierung auch wirksam für die Städte werden konnte, war die Informations- und Bildungsarbeit im Inland bedeutsam. Die Veranstaltungen – von fachbezogenen Vorträgen über Podiumsdiskussionen sowie Journalisten- und Lehrerfortbildungen bis hin zu Public Viewing-Auftritten – sensibilisierten eine breite, fußballinteressierte Öffentlichkeit

mit entwicklungspolitischen Themen und gewann Sympathien für den partnerschaftlichen Gedanken der deutsch-südafrikanischen Entwicklungszusammenarbeit.

Das entwicklungspolitische Engagement der Städte schlug sich in einer internationalen Vernetzung, und der Qualifizierung der kommunalen Fachkräfte (interkulturelle, sprachliche und fachliche Kompetenzen) nieder.

Von Südafrika nach Brasilien

Das erfolgreiche kommunale Partnerschaftsprojekt zur FIFA Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika findet nun seine Fortsetzung in Brasilien. Wie in Südafrika geht es nicht nur um Fußballfreundschaften, sondern vielmehr um praktische Kommunale Entwicklungszusammenarbeit: So sollen die Kompetenzen für nachhaltige Stadtentwicklung bei den beteiligten Städten ausgebaut, die deutsch-brasilianischen Beziehungen auf lokaler Ebene gestärkt und die entwicklungsbezogene Informations- und Bildungsarbeit in deutschen Kommunen befördert werden, beispielsweise über begleitende Seminare und Workshops mit Fußball-Fanclubs und Jugendfeuerwehren. Seit dem Projektstart im September 2011 haben bereits interkommunale Beratungseinsätze in São Paulo, Belo Horizonte, Recife, Salvador, Fortaleza und Manaus sowie zentrale Workshops für mehrere brasilianische Städte in Ahrweiler und in São Paulo stattgefunden.

„Die Zusammenarbeit mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/Engagement Global gGmbH und der GIZ ermöglicht der Regierung des Bundesstaats Amazonas einen umfassenden und detaillierten Einblick in entscheidende Fragen, die von Ausrichtern einer FIFA WM zu beachten sind. (...) Die Partnerschaft ist von unschätzbbarer Bedeutung: Auf der einen Seite reduzieren wir unsere Probleme auf ein Mindestmaß, zugleich sichert sie unseren Vorhaben den größtmöglichen Erfolg.“

Miguel Biango, Leiter der Lenkungsgruppe WM 2014 in Manaus, Bundesstaat Amazonas

Weitere Informationen unter:
www.service-eine-welt.de

4.4 Rolle von Migranten in der Stadt des 21. Jahrhunderts

Ein Interkulturelles Zentrum für Heidelberg

Mit einem großen Eröffnungsfest ist am 24. Juli 2012 in Heidelberg das „Interkulturelle Zentrum in Gründung (IZiG)“ eröffnet worden. Als Anlaufpunkt für die verschiedenen Kulturen und Vereine in der Stadt will Heidelberg mit dem Interkulturellen Zentrum das gegenseitige kulturelle Verständnis verbessern und einen Beitrag zur Integration von Migrantinnen und Migranten leisten.

Woher stammte der Impuls für die Aktivität?

Bereits seit 20 Jahren forderte der Ausländerrat/Migrationsrat (AMR) in Heidelberg ein Interkulturelles Zentrum. Im Jahr 2007 griff er, unterstützt von einer neuen Orientierung in Richtung Migration und Interkulturalität im Stadtentwicklungsplan, das Thema erneut auf: „So wird die nahe Zukunft in Heidelberg stärker als anderswo von Fragen der Integration von Migrantinnen und Migranten sowie einer forcierten Familienpolitik bestimmt sein“, heißt es entsprechend im Stadtentwicklungsplan „Heidelberg 2015 – Leitbilder und Ziele“ aus dem Jahr 2007. Auch im kommunalen Integrationsplan der Stadt aus dem Jahr 2010 wird die Realisierung eines Interkulturellen Zentrums als Ziel erwähnt. Zudem ist Kommunale Entwicklungspolitik in Heidelberg unter dem Dach der Lokalen Agenda 21 verankert. Im Rahmen der Erstellung des Kommunalen Integrationsplanes wurde zwischen dem Ausländerrat/Migrationsrat und der Stadt vereinbart, eine Konzeptstudie für die Realisierung eines Interkulturellen Zentrums erstellen zu lassen.

Wie lautete das Ziel?

Die Zielsetzung der Studie war nicht nur die Auswertung der Erfahrungen anderer Interkultureller Zentren in Deutschland, sondern auch die Erhebung des Raumbedarfs der Migrantenorganisationen und die Prüfung möglicher Lokalitäten in Heidelberg. Darüber hinaus wurden die Ideen, Bedürfnisse und Vorstellungen des Ausländerrats/Migrationsrats und der zentralen Akteure in Bezug auf die konkrete Umsetzung des Interkulturellen Zentrums erhoben.

Was wurde getan?

Im Rahmen der Konzeptstudie der Stadt Heidelberg wurde eine Umfrage mit über 60 Migrantenorganisationen in Heidelberg durchgeführt. 84 Prozent der Befragten formulierten einen Bedarf an Räumlichkeiten. Darüber hinaus wurden acht interkulturelle Zentren im deutschsprachigen Raum kontaktiert und ihre unterschiedlichen inhaltlichen und formalen Ansätze hinsichtlich Leistungsangebot, Trägerschaft, Struktur und Finanzierung ausgewertet. Die Erarbeitung und Diskussion von konkreten Realisierungsvarianten räumlicher und finanzieller Art ist ein zentraler Teil der Studie. Von einer Komplett-Realisierung über die Anmietung oder den Kauf einer kleinen Immobilie als Zwischenlösung bis hin zu einer Nutzbarmachung bereits vorhandener Räumlichkeiten wurde vieles durchdacht, wobei die Zwischenlösung, welche die Miete eines größeren Objekts beinhaltet (als „Variante 2b“ bezeichnet), präferiert wurde. Diese Variante konnte mit einem überschaubaren Finanzbedarf kurzfristig umgesetzt werden. Das mittelfristige Ziel ist der Bau oder Kauf einer Immobilie, die den Bedarf an Räumlichkeiten vollständig abdeckt.



Mit einem großen Eröffnungsfest ist am 24. Juli 2012 in Heidelberg das „Interkulturelle Zentrum in Gründung (IZiG)“ eröffnet worden - Foto: Rothe

Weil viele Migrantenorganisationen in Heidelberg im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit aktiv sind, können die beiden Bereiche Migration und Entwicklung besser verknüpft werden. Das Interkulturelle Zentrum kann zu einem Kristallisationspunkt interkultureller Arbeit in Heidelberg werden und das Engagement der verschiedenen Akteure sichtbar machen. Eine gute Mischung aus Angeboten in

den Bereichen Kultur, Soziales, Eine Welt und Bildung soll dem Zentrum zu einem attraktiven Profil verhelfen. Der kulturelle Bereich, der in Heidelberg besonders ausgeprägt ist, soll weiter unterstützt und für alle Bürger der Stadt geöffnet werden. Im Vordergrund steht der Anspruch, eine Vernetzung verschiedener Angebote vorzunehmen und die interkulturelle Arbeit der Stadt zu stärken.

Im Januar 2011 hat sich der Ausländerrat/Migrationsrat auf die „Variante 2b“ – in einer Kombination mit Beratung für Migrantenorganisationen und einem Informationsportal – festgelegt und dem Gemeinderat empfohlen. Der Gemeinderat hat am 10. Februar 2011 die Finanzierung dieser Variante für zwei Jahre beschlossen.

Wer hatte die Initiative und wer war beteiligt?

Das Eine-Welt-Zentrum Heidelberg e. V. wurde von der Stadt Heidelberg beauftragt, eine Konzeptstudie für ein Interkulturelles Zentrum in Heidelberg zu erstellen. In der konkreten Realisierungsphase arbeitet die Stadtverwaltung eng mit dem Ausländerrat/Migrationsrat und den Verbänden zusammen. Der AMR hatte im Dezember 2009 einen Workshop und eine öffentliche Veranstaltung zu dem Thema organisiert. Die Ideen und Vorschläge der Migranten und ihrer Organisationen, die an dem Workshop teilgenommen hatten, sind in den weiteren Planungsprozess eingeflossen. Darüber hinaus hat der AMR alle politischen Fraktionen besucht und um Unterstützung geworben.

Welche Ressourcen kamen oder kommen zum Einsatz?

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) hat bei der Erstellung des Kommunalen Integrationsplanes beraten. Die SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH war mit einer Milieu-Studie zu Migranten beauftragt und hat die Heidelberger Integrationsprojekte vertiefend analysiert. Das Eine-Welt-Zentrum Heidelberg hat die Konzeptstudie durchgeführt. Alle Beratungen und Gutachten machten zusammen eine Auftragsumme von knapp 135.000 Euro aus.

Der Ausländerrat/Migrationsrat initiiert das Interkulturelle Zentrum in enger Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung

und dem gemeinderätlichen Ausschuss für Integration und Chancengleichheit. Die Stadt fördert das Vorhaben mit 100.000 Euro für die Haushaltsperiode 2011/2012.

Welche Faktoren führten und führen zum Erfolg und wie lautet der Ausblick in die Zukunft?

Gründe für den Erfolg sind erstens die systematisch aufgebaute und überzeugende Konzeptstudie, deren Qualität auf den guten Kontakten des Eine-Welt-Zentrums zur Szene der Migrantenorganisationen beruht und zweitens die Tatsache, dass der Ausländerrat/Migrationsrat über viele Jahre hinweg intensive Überzeugungsarbeit geleistet hat. Des Weiteren ist das Lernen aus dem Erfolg und den Aktivitäten anderer Zentren ein gewinnbringender Faktor, aber auch die Entwicklung des spezifischen Bezugs zur besonderen Situation in Heidelberg. Für die Zukunft muss zunächst die Frage der Trägerschaft des Interkulturellen Zentrums gelöst und eine Durchführungsorganisation gefunden werden. Eine langfristige Finanzierung mit kommunaler Förderung wird anvisiert.

Kontakt

Stadt Heidelberg
 Dezernat Integration, Chancengleichheit und Bürgerdienste
 Ansprechpartner: Bürgermeister Wolfgang Erichson
 Fon: 06221/5820600
 E-Mail: dezernat4@heidelberg.de

Zur Studie:
 Eine-Welt-Zentrum Heidelberg e. V.
 Ansprechpartner: Manfred Helfert
 Fon: 06221/9789-29
 E-Mail: info@eine-welt-zentrum.de

Zur Realisierung des Zentrums:
 Ausländerrat/Migrationsrat
 Ansprechpartner: Michael Mwa Allimadi
 Fon: 0177/5506635
 E-Mail: Allimadi@gmx.de
 www.izig-heidelberg.de

4.5 Der Umgang mit dem Klimawandel als weltweite kommunale Herausforderung

Kommunale Partnerschaften für Klimaschutz und Klimaanpassung

Städte sind Mitverursacher des Klimawandels. Städtische Ballungsräume haben einen hohen Energieverbrauch und auch die kommunale Daseinsvorsorge ist eng mit der Nutzung und dem Verbrauch von Ressourcen verknüpft. Gleichzeitig sind die kommunalen Aufgabenfelder wie Flächenmanagement, Landnutzungsplanung, Bebauungsplanung oder Abfallmanagement äußerst relevant für den Klimaschutz. In den Städten liegt damit auch ein erhebliches Potenzial für Energieeinsparung und Effizienzsteigerung.



Die verstärkte Nutzung erneuerbare Energien trägt wesentlich zum Klimaschutz bei - Foto: Klaus Reuter / LAG 21 NRW

Auch der Bereich Klimaanpassung gilt als kommunales Thema, wenngleich Kommunen je nach geografischer Lage hier sehr unterschiedlich betroffen sein können. So sind etwa Küstenstädte besonders stark von den Folgen des Klimawandels und dem damit verbundenen Anstieg des Meeresspiegels bedroht. Gerade im Bereich der lokalen Klimafolgenanpassung gibt es dabei erhebliche Unsicherheiten bezüglich der Datengrundlage. Häufig wird daher auf sogenannte „no-regret strategies“ zurückgegriffen. Es werden also Maßnahmen ergriffen, die sich unabhängig von den Folgen des Klimawandels positiv auf die Stadtentwicklung auswirken.

Rolle der Kommunen in internationalen Verhandlungen

Auf internationaler Ebene wird die besondere Rolle von Kommunen im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung anerkannt. Städte gelten bei der Erreichung von Klimaschutzziele als wichtige Partner. Sie übernehmen eine Vorreiterrolle, indem sie sich die Umsetzung internationaler Klimaschutzziele im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung selbst zur Aufgabe machen. Gleichzeitig setzen sich kommunale Akteure selbst für eine aktive Rolle der Städte bei den Klimaverhandlungen ein. Bei den Klimaverhandlungen von Cancun 2010 wurden Kommunen dabei erstmals als „staatliche Akteure“ anerkannt.

In den Abschlusserklärungen internationaler Verhandlungen werden Städte nicht nur als Räume, sondern auch als Akteure prominent erwähnt. Zugleich bringen die Kommunen sich anlässlich solcher Verhandlungen zunehmend selbst als Akteure ins Spiel, veranstalten Foren, bringen eigene Aspekte in die Verhandlungen ein und verfassen nicht selten eigene Erklärungen. Anlässlich der Klimaverhandlungen 2011 in Durban bekräftigen Kommunen in der „Durban Adaptation Charter for Local Governments“ ihre Forderung, die globale Agenda im Bereich Klimawandel zu „urbanisieren“. Sie sprachen sich unter anderem dafür aus, Klimafolgenanpassung als Schlüsselaspekt in der kommunalen Entwicklungs- und Stadtplanung zu verankern. Die Zusammenarbeit von Kommunen weltweit sowie der Austausch kommunaler Expertise wurden dabei als ein zentrales Instrument erwähnt.

Klimawandel als Thema kommunaler Partnerschaften

Neben der Lobbyarbeit auf internationaler Ebene sind gerade kommunale Akteure auch an praktischen Lösungsansätzen vor Ort interessiert. Städtenetzwerke aber auch bilaterale kommunale Partnerschaften bieten ein ideales Forum, um praktische Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam Aktivitäten umzusetzen.

Verbindendes Element ist die gemeinsame Aufgabe, qualitativ hochwertige kommunale Dienstleistungen für die Bürger zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig den Anforderungen einer nachhaltigen Stadtentwicklung gerecht zu

werden. Zu den gemeinsamen Herausforderungen zählen etwa die fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit oder eine aktive Bürgerbeteiligung.

Zweifelsohne unterscheiden sich deutsche Kommunen erheblich von ihren Partnern im Süden sowohl im Bezug auf ihren Beitrag zu den globalen Treibhausgasemissionen als auch mit Blick auf ihre Betroffenheit von den Folgen des Klimawandels. In der kommunalen Zusammenarbeit können aber gerade diese Unterschiede zu Lerneffekten führen. Die globale Dimension des häufig als abstrakt wahrgenommenen Themas Klimawandel wird über die reale Situation der Partnerkommune im Süden erfahrbar. Kommunale Klimapartnerschaften übersetzen so das Credo der gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung auf die lokale Ebene.

Die kommunale Zusammenarbeit in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung ist somit ein ausgezeichnetes Beispiel für moderne Kommunale Entwicklungspolitik. Sie beschäftigt sich mit einem globalen für Kommunen hoch relevanten Thema, sie basiert auf dem wechselseitigen und partnerschaftlichen Austausch kommunaler Expertise und sie bezieht zahlreiche Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft aktiv ein.

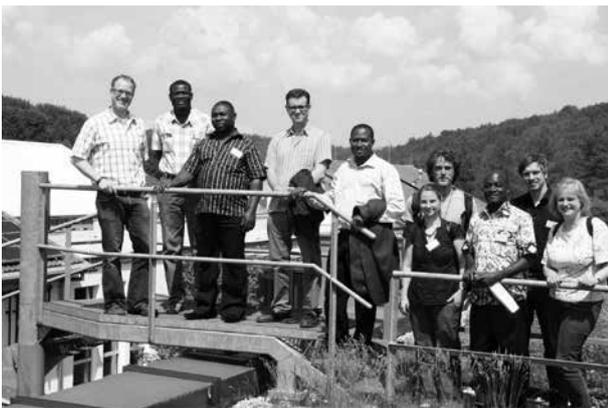
Möglichkeiten der Kooperation

Als Einstieg kann ein gemeinsames Gespräch der Partnerkommunen zum Thema Klimawandel dienen. Ziel sollte es unter anderem sein, ein gemeinsames Verständnis von den Ursachen und Folgen des Klimawandels und den Handlungsmöglichkeiten auf der lokalen Ebene zu entwickeln. Beide Seiten können dann gemeinsam entscheiden, ob und wie das Thema Klimawandel in die Partnerschaftsarbeit integriert und in welchem Umfang eine Zusammenarbeit in diesem Bereich realisiert werden kann.

Eine Möglichkeit für eine umfassende Kooperation in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung bietet der Aufbau einer strategischen Klimapartnerschaft, wie sie im Rahmen des Projektes „50 kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ (vgl. S. 45) derzeit erprobt wird. Grundlage einer solchen Klimapartnerschaft bildet ein gemeinsames

Handlungsprogramm, in dem konkrete Ziele und Maßnahmen festgelegt und benötigte Ressourcen identifiziert werden. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Möglichkeiten, die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Klimawandel zu verknüpfen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW) hat in der Broschüre „Ideenheft: Bildungsnetzwerk Klimapartnerschaften“ einige Praxisbeispiele aus kommunalen Partnerschaftsvereinen, kirchlichen Partnerschaften und Schulpartnerschaften dokumentiert. Die LAG 21 NRW bietet zudem ein Planspiel für Schulen sowie Fortbildungen für zivilgesellschaftliche Akteure an.



Im Rahmen des Projekts „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ entwickeln deutsche Kommunen mit Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern gemeinsame Handlungsprogramme zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung

- Foto: Klaus Reuter / LAG 21 NRW

Kommunale Klimapartnerschaften in der Praxis

Zahlreiche deutsche Kommunen stehen im Rahmen einer kommunalen Klimapartnerschaft bereits im Austausch mit ihren Partnern. Die gemeinsamen entwickelten Ideen für die Zusammenarbeit sind vielseitig. Die Städte Bonn und Cape Coast (Ghana) haben im Rahmen eines gemeinsamen Projektes mit der Renaturierung der Fosu Lagune in Cape Coast begonnen. Die Klimapartnerschaft leistet damit einen Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel und zum Biodiversitätserhalt. Renaturierung von Feuchtgebieten im Sinne einer ökosystembasierten Anpassung an den Klimawandel ist auch für die Klimapartnerschaft von Bremen und Durban (Südafrika) ein wichtiges Thema. Die Stadt Würzburg

plant gemeinsam mit den Partnern in Mwanza (Tansania) Maßnahmen zur Stadtbegrünung und Wiederaufforstung. Tübingen und der Enzkreis prüfen zusammen mit ihren Partnern in Moshi und dem Masasi District (Tansania) die Möglichkeiten zur energetischen Nutzung von Biogas. Hamburg möchte sich in Dar es Salaam (Tansania) im Bereich Abfallwirtschaft einbringen.

Der Austausch ist für die Beteiligten immer mit einem gegenseitigen Lernen verbunden. So nutzen deutsche Kommunen ihre durch die Klimapartnerschaft neu gewonnenen Perspektiven und Einblicke für die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit im kommunalen Klimaschutz. Bremen ist darüberhinaus an den Ansätzen ihrer Partnerstadt Durban (Südafrika) zu Hochwasserschutz sowie zu Bürgerbeteiligung und partizipativer Stadtplanung interessiert. Köln möchte die Erfahrungen ihrer Partner aus Rio im Bereich der CO₂-Bilanzierung für die eigene Arbeit nutzen.

Weitere Informationen unter:

www.service-eine-welt.de

www.lag21.de

5. Anhang

5.1 Abkürzungsverzeichnis

AGEH	Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e. V.
agl.....	Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke e.V. in Deutschland
AKP-Staaten	Afrikanische, karibische und pazifische Staaten
ASA.....	Programm für Arbeits- und Studien-Aufenthalte
BA.....	Bundesagentur für Arbeit
bengo.....	Beratungsstelle für private Träger in der Entwicklungszusammenarbeit
BLA EZ.....	Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMU.....	Bundesministerium für Umwelt
BMWi.....	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BMZ.....	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung
Bpb.....	Bundeszentrale für politische Bildung
BtE.....	Programm „Bildung trifft Entwicklung“
CARPE.....	Projekt „Cities as Responsible Purchasers in Europe“
CEMR	Europäischer Rat der Gemeinden und Regionen Europas
CIM	Centrum für internationale Migration und Entwicklung
COP.....	Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention
DEAB.....	Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V.
DIE.....	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
DST.....	Deutscher Städtetag
DStGB.....	Deutscher Städte- und Gemeindebund
EED.....	Evangelischer Entwicklungsdienst
EFTA.....	Europäische Freihandelsassoziation
ENSA	Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm
EWIK	Eine Welt Internet Konferenz
FEB	Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung
FLO.....	Internationale Dachorganisation für Fairen Handel
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
GLEN	Globales Bildungsnetzwerk Junger Europäer
GWB.....	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
ICLEI	Netzwerk kommunaler Umweltinitiativen (Local Governments for Sustainability)
ILO.....	Internationale Arbeitsorganisation
IOPD	Internationales Netzwerk für Partizipative Demokratie
ISEAL Alliance	Vereinigung für Sozial- und Umweltstandards
IULA	Internationaler Städte- und Gemeindebund
KGSE	Konföderation der Gemeinden und Städte Europas
KGSt.....	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KMK.....	Kultusministerkonferenz der Bundesländer
LAG 21 NRW	Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.
MDG	Millennium-Entwicklungsziele
NUE.....	Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PPP	Public Private Partnership
RGRE	Rat der Gemeinden und Regionen Europas
RNE	Rat für Nachhaltige Entwicklung
SES	Senior Experten Service
SEZ.....	Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

UCLG.....	Weltverband der Kommunen
UN.....	Vereinte Nationen
UNEP.....	Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UN-Habitat.....	UN-Programm für menschliche Siedlungen
UNISDR.....	Internationale Strategie zur Katastrophenrisikominderung der UN
UTO.....	Weltverband der Partnerstädte
VENRO.....	Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen
WMCC.....	Weltbürgermeisterrat zum Klimawandel
WFTO.....	Internationale Dachorganisation für Fair-Handelsorganisationen

5.2 Abbildungsverzeichnis

Infokasten:	Politische Meilensteine der Kommunalen Entwicklungspolitik.....	15
Infokasten:	Entwicklungspolitische Leitlinien Baden-Württembergs als Katalysator der Kommunalen Entwicklungsarbeit.....	18
Infokasten:	Förderprogramme, -ratgeber und Ansprechpartner.....	21
Infokasten:	Definition des Fairen Handels.....	26
Infokasten:	Zehn gute Gründe für Faire Beschaffung in Kommunen.....	27
Infokasten:	Informationen zum Beschaffungswesen und -recht.....	28
Infokasten:	Faire Labels & Co.....	30
Infokasten:	Beispiel Düsseldorf – Hauptstadt des Fairen Handel 2007.....	31
Infokasten:	Saarbrücken Vorreiter bei der Bekämpfung von Kinderarbeit – Beispiel Natur- und Grabsteine.....	33
Infokasten:	Der Bürgerhaushalt – Von Porto Alegre um die Welt.....	34
Infokasten:	Netzwerke zum Bürgerhaushalt.....	37
Infokasten:	Effekte des Bürgerhaushalts.....	38
Infokasten:	Partnersuche im Internet.....	43
Infokasten:	50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015.....	45
Infokasten:	Potenziale der kommunalen Partnerschaften.....	46
Checkliste:	Fragen zum Profil der eigenen Stadt.....	47
Checkliste:	Fragen zur Gestaltung und Weiterentwicklung von kommunalen Partnerschaften.....	49
Infokasten:	Finanzierungsmöglichkeiten kommunaler Partnerschaften.....	51
Infokasten:	Nutzen von transnationalen Netzwerken für die Kommune.....	54
Infokasten:	Globales Lernen als Bestandteil der Bildung für nachhaltige Entwicklung.....	59
Infokasten:	Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Kommune.....	60
Infokasten:	Kriterien für die Auszeichnung als Kommune der Weltdekade.....	61
Infokasten:	Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Stadt Frankfurt am Main.....	63
Infokasten:	Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen an Schulen.....	64
Infokasten:	Begriffe, Zahlen und Fakten zu Migration und Diaspora.....	67
Infokasten:	Zentrale Akteure im Handlungsfeld Migration und Entwicklung.....	68
Infokasten:	Potenziale und Chancen der Migration für Kommunen.....	70
Checkliste:	Fünf Fragen für verbesserte Vernetzung von Kommune mit der Diaspora.....	72
Infokasten:	Beispiel für Millennium-Erklärung der Kommunen.....	73
Infokasten:	Hauptstadt des Fairen Handels.....	80

5.3 Literaturverzeichnis

Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) : Auswertung der ersten bundesweiten Umfrage unter entwicklungspolitische aktiven MDO, Hannover, 2011, online: www.agl-einewelt.de/images/agl/publikationen/mdo_umfrage/auswertung.pdf

Appelt, Dieter/Siege, Hannes Siege: Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung als Bestandteil der Bildung für Nachhaltige Entwicklung, hrsg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK), 2007, www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2007/2007_06_00_Orientierungsrahmen_Globale_Entwicklung.pdf

Beerfeltz, Hans-Jürgen: Rede im Rahmen des politikwissenschaftlichen Hauptseminars der Universität Bonn zum Thema „Entwicklungspolitische Beziehungen Deutschlands zu Afrika“ am 20. Januar 2011 in Bonn, online: www.bmz.de/de/presse/reden/Sts_Beerfeltz/2011/Januar/20110120_rede.html

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Die demografische Lage der Nation, Was freiwilliges Engagement für die Region leistet, Berlin, 2011, online: www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Die_demografische_Lage_2011/D-Engagement_online.pdf

Beschluss der Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten der Länder vom 22. bis 24. Oktober 2008 in Dresden, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-1320.img

Beschluss des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungszusammenarbeit vom 7. Juni 2010 zur Umsetzung des Beschlusses der Ministerpräsidenten der Länder vom 24. Oktober 2008, online: www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/wege_und_akteure/Beschluss_BLA_EZ_KEpol_110526.pdf

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit, BMZ Konzept 159, Bonn, 2008, www.bmz.de/de/publikationen/reihen/strategiepapiere/konzept159.pdf

Deutscher Städtetag (DST) in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Berücksichtigung sozialer Belange im Vergaberecht, Hinweise für die Kommunale Praxis, 2009, online unter www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/mat/leitfaden_vergaberecht_2009.pdf

Deutscher Städtetag (DST) und Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GTZ): Ratgeber Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Hintergrundinformationen und praktische Tipps zu Auslandseinsätzen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, Köln/ Eschborn, 2005, online: www.un-kampagne.de/fileadmin/downloads/kommunen/Staedtetag_Ratgeber_Kommunale_EZ_01.pdf

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.: Kommunen und Eine Welt – Handreichung für kommunale Eine Welt-Arbeit in Bayern, Augsburg 2010, online: www.eineweltnetzwerkbayern.de/fileadmin/assets/Eine_Welt_Netzwerk_Bayern/Publikationen/EWNB_-_Handreichung_Kommunen_Eine_Welt_screen.pdf

Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit: Eigenverantwortung, Harmonisierung, Partnerausrichtung, Ergebnisorientierung sowie gegenseitige Rechenschaftspflicht, Paris, 2005, online: www.oecd.org/dataoecd/37/39/35023537.pdf

Europäische Kommission: Sozialorientierte Beschaffung, Ein Leitfaden für die Berücksichtigung sozialer Belange im öffentlichen Beschaffungswesen, 2010, online: <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6457&langId=de>

Fröhlich, Katrin/Lämmelin, Bernd: Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland: Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn, 2009, online: [www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK_contentByKey\)/ANES-7PRGK9/\\$FILE/DP%201.2009.pdf](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ANES-7PRGK9/$FILE/DP%201.2009.pdf)

Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ): Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Leitfaden zur Gestaltung von Kooperationsbeziehungen zwischen Kommunen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Eschborn, 2004, www2.gtz.de/dokumente/bib/03-0206.pdf

Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ): Mit Diasporagemeinschaften zusammenarbeiten, Orientierung in der Praxis, Frankfurt am Main, 2010, www.giz.de/Themen/de/SID-5619613E-F3D190DC/dokumente/gtz2009-de-leitfaden-diasporagemeinschaften.pdf

ICLEI – Local Governments for Sustainability: Das Procura+, Handbuch für Nachhaltigkeit und Kosteneffizienz in der öffentlichen Beschaffung, 2. Aufl., 2007, online: www.procuraplus.org/fileadmin/template/projects/procuraplus/New_website/Printed_Manual/Printed_Manual_German/procura_handbuch-deutsch-www-12-06-2007.pdf

Internationale Arbeitsorganisation, Kernarbeitsnormen, online: www.ilo.org/berlin/arbeits-und-standards/kernarbeitsnormen/lang--de/index.htm

Land Baden-Württemberg: Entwicklungspolitische Leitlinien für Baden-Württemberg, 2012, online: www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/130205_Entwicklungspolitische_Leitlinien_fuer_Baden-Wuerttemberg.pdf

Mende, Claudia: Exportschlager kommunale Selbstverwaltung, in: Welt-Sichten, Magazin für globale Entwicklung und Ökumenische Zusammenarbeit, 12-2010/01

Price-Waterhouse-Coopers, Significant and Ecofys: Collection of statistical information on Green Public Procurement in the EU, Report on data collection results, 2009, online: www.sachsen-kauft-fair.de/wp-content/uploads/2011/04/PWC-study-results.pdf

Rat für Nachhaltige Entwicklung: Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen, Berlin, 2010, online: www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Broschuere_Nachhaltige_Stadt_Oktober_2010.pdf

Seitz, Klaus: Politische Bildung und Nord-Süd-Konflikt, Von der entwicklungspolitischen Bildung zum Globalen Lernen, aus: Praxis Politische Bildung, 5. Jahrgang (2001), Heft 1, S.19-27

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Erklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen: Kommunen und Initiativen gestalten Globalisierung, Hamburg, 2006, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-521.img

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Erste bundesweite Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“ in Ludwigsburg 2010, Dokumentation, Schriftenreihe Material, Heft 45, Bonn, 2011, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-2266.img

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW): Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen, Rechtswissenschaftliches Gutachten von Professor Dr. Jan Ziekow, revidierte Neuauflage 2011, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-2974.img

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: 50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015, Vorstudie, Schriftenreihe Material, Heft 42, Bonn, 2010, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-1930.img

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012, Dialog Global, Heft 27, Bonn, 2012, S.10 ff, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-2487.img

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene, Ein Praxisleitfaden, Dialog Global, Heft 22, Bonn, 2011, online: www.service-eine-welt.de/pdf/dg22.pdf

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Hauptstadt des Fairen Handels 2009, Dokumentation, Dialog Global, Heft 21, Bonn, 2010, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-1743.img

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Herausforderung Klimawandel, 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen, 18. bis 20. Juni 2009 in München, Bonn, 2009, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-1660.img

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts, Dokumentation, Dialog Global, Heft 24, Bonn, 2010, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-2971.img

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Kommunale Dreieckspartnerschaften, Erfahrungsbericht und Praxisleitfaden, Schriftenreihe Material, Heft 51, Bonn, 2012, www.service-eine-welt.de/images/text_material-2582.img

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Kulturen der Welt vor Ort, Ein Praxisleitfaden, Dialog Global, Heft 10, Bonn, 3. Aufl. 2006, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-258.img

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Partner in alle Richtungen – Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften, Ein Praxisleitfaden, Dialog Global, Heft 9, Bonn, 2005, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-257.img

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Südafrika 2010 – Deutschland 2006: Kommunale Partnerschaft mit Kick!, Abschlussvaluierung, Schriftenreihe Material, Heft 44, Bonn, 2011, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-2242.img

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Unsere Strategie, Bonn, 2010, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-1870.img

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation, Dialog Global, Heft 25, Bonn, 2010, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-2125.img

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN: Globalisierung lokal gestalten, Die Rolle von Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit, Bonn, 2010, online: www.service-eine-welt.de/images/text_material-2013.img

Seitz, Klaus: Politische Bildung und Nord-Süd-Konflikt, Von der entwicklungspolitischen Bildung zum Globalen Lernen, aus: Praxis Politische Bildung, 5. Jahrgang, 2001, Heft 1

Statz, Albert/Wohlfarth, Charlotte: Kommunale Partnerschaften und Netzwerke, Ein Beitrag zu einer transnationalen Politik der Nachhaltigkeit, Heinrich-Böll-Stiftung, Schriften zur Demokratie, Band 20, Berlin, 2010, online: www.kommunalwiki.boell.de/images/6/6c/Partnerschaften-Netzwerke.pdf

United Cities and Local Governments: Manifesto „The City of 2030“, Mexico City, 2010, online: [www.cities-localgovernments.org/upload/doc_publications/9517579772_\(EN\)_encity2030manifesto.pdf](http://www.cities-localgovernments.org/upload/doc_publications/9517579772_(EN)_encity2030manifesto.pdf)

Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO): Nicht mit Gold aufzuwiegen, HALBZEIT: Kurskorrekturen auf den Lernwegen zu nachhaltiger Entwicklung, VENRO-Diskussionspapier 1/2009 (Langfassung), zur Halbzeit der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE), online: www.venro.org/fileadmin/redaktion/dokumente/Dokumente_2009/August_2009/venro_DP_Halbzeit06.pdf

WUS – Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd in Zusammenarbeit mit dem Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit: Entwicklungszusammenarbeit der Länder, Wiesbaden, 2008, online: www.wusgermany.de/fileadmin/user_upload/Daten/Globales_Lernen/Informationsstelle/PDF/Publikationen/Final_EZ_Brosch_re.pdf

5.4 Ansprechpartner

Bundesweit

Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V. (AGEH)

Tätigkeitsbereich: Fachdienst der deutschen Katholiken für internationale Zusammenarbeit, Vermittlung von Fachkräften in Projekte der Entwicklungszusammenarbeit kirchlicher Organisationen in Afrika, Asien, Lateinamerika sowie Mittel- und Osteuropa

Kontakt:

Ripuarenstr. 8

50679 Köln

Fon: 0221/8896-0

Fax: 0221/8896-100

E-Mail: info@ageh.org

Internet: www.ageh.de

Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (AGL)

Tätigkeitsbereich: Zusammenschluss der Eine-Welt-Netzwerke der Bundesländer, Unterstützung der Mitglieder durch verschiedene Serviceleistungen

Kontakt:

Hausmannstr. 9-10

30159 Hannover

Fon: 0511/391650

Fax: 0511/391675

E-Mail: info@agl-einewelt.de

Internet: www.agl-einewelt.de

Bundekoordination Internationalismus (BUKO)

Tätigkeitsbereich: Dachverband von etwa 150 entwicklungspolitischen Gruppen, Eine-Welt-Initiativen, Läden und Kampagnen, Vernetzung verschiedener Initiativen entwicklungspolitischer Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit

Kontakt:

Sternstr. 2

20357 Hamburg

Fon: 040/393156

E-Mail: mail@buko.info

Internet: www.buko.info

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Kontakt:

Referat K 2 Öffentlichkeitsarbeit, Informations- und Bildungsarbeit

Holger Ehmke

Dahlmannstr. 4

53113 Bonn

Fon: 0228/99535-2080

E-Mail: holger.ehmke@bmz.bund.de

Internet: <http://www.bmz.de>

Bund-Länder-Ausschuss

Entwicklungszusammenarbeit (BLA-EZ)

Kontakt:

c/o Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Referat 113

Dr. Doris Witteler-Stiepelmann

Dr. Maren Bettina Lipps

Europahaus

Stresemannstr. 94

10963 Berlin

Fon: 030/18535-2860, -2979

Fax: 030/1810535-2860, -2832

E-Mail: doris.witteler-stiepelmann@bmz.bund.de

E-Mail: maren.lipps@bmz.bund.de

Internet: <http://www.bmz.de>

CIM – Migranten als Brückenbauer

Tätigkeitsbereich: Förderung von Migrantenorganisationen, die sich mit gemeinnützigen Aktivitäten von Deutschland aus für die Entwicklung ihrer alten Heimat einsetzen

Kontakt:

Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM)
Mendelssohnstraße 75-77
60325 Frankfurt am Main
Fon: 069/719121-0
Fax: 069/719121-19
E-Mail: migration@cimonline.de
Internet: www.cimonline.de

Der Paritätische Wohlfahrtsverband**PARITÄT International**

Tätigkeitsbereich: Forum und Beratung für soziale Arbeit und internationale Kooperation

Kontakt:

Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin
Fon: 030/24636-0
Fax: 030/24636-110
E-Mail: info@paritaet.org
Internet: www.paritaet.org oder www.der-paritaetische.de

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)

Tätigkeitsbereich: Förderung von Vorhaben zum Schutz der Umwelt von gemeinnützigen Einrichtungen in Deutschland

Kontakt:

Deutsche Bundesstiftung Umwelt
An der Bornau 2
49090 Osnabrück
Fon: 0541/9633-0
Fax: 0541/9633-190
E-Mail: info@dbu.de
Internet: www.dbu.de

EuropeAid

Tätigkeitsbereich: Verwaltung der Außenhilfeprogramme und Projekte der EU, Bereitstellung von Hilfe, Förderung von Projekten im Rahmen der Programme „Investitionen in die Menschen“, „Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen“, „nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden“, „Verbesserung der Ernährungssicherheit“ sowie „Zusammenarbeit im Bereich Migration und Asyl“

Kontakt:

Europäische Kommission
EuropeAid – Amt für Zusammenarbeit
B - 1049 Brüssel
E-Mail: EUROPEAID-info@ec.europa.eu
Internet: www.ec.europa.eu/europeaid/index_de.htm

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Aktionsgruppenprogramm (AGP)

Tätigkeitsbereich: Programm zur Förderung eigenständiger Maßnahmen entwicklungspolitisch tätiger Informations- und Aktionsgruppen

Kontakt:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Aktionsgruppenprogramm (AGP)

Tulpenfeld 7

53113 Bonn

Fon: 0228/20717-292

E-Mail: agp@engagement-global.de

Internet: www.engagement-global.de/agp-aktionsgruppenprogramm.html

Arbeits- und Studien-Aufenthalte in Afrika, Lateinamerika, Asien und Südosteuropa (ASA)

Tätigkeitsbereich: Lernprogramm zur Ausbildung von gesellschafts- und entwicklungspolitisch interessierten, welt-offenen und kritisch nachfragenden Menschen zwischen 21 und 31 Jahren, Stipendien für dreimonatige Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien, Lateinamerika und Südosteuropa. Teilnehmende sind Interessierte

Kontakt:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

ASA-Programm

Lützowufer 6-9

10785 Berlin

Fon: 030/25482-0

Fax: 030/25482-359

E-Mail: info@asa-programm.de

Internet: www.asa-programm.de

Außenstellen der Engagement Global gGmbH

Außenstelle Baden-Württemberg, Bayern

Friedrichstraße 15

70174 Stuttgart

Fon: 0711/49039-820

Fax: 0711/49039-600

Außenstelle Berlin, Brandenburg

Lützowufer 6-9

10785 Berlin

Fon: 030/25482-213

Fax: 030/25482-359

Außenstelle Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern

HAUS DER ZUKUNFT

Osterstraße 58

20259 Hamburg

Fon: 040/4210658-14

Fax: 040/4210658-29

Außenstelle Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland

Innenministerium des Landes Rheinland-Pfalz

Schillerplatz 3-5

55116 Mainz

Fon: 06131/16-3428

Fax: 06131/16-3824

Außenstelle Nordrhein-Westfalen

Schadowstraße 74

40212 Düsseldorf

Fon: 0211/175257-10

Fax: 0211/175257-20

Außenstelle Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Markt 10

04109 Leipzig

Fon: 0341/9999-417

Fax: 0341/9999-485

Internet: www.engagement-global.de/standorte.html

BMZ-Kleinprojekte

Tätigkeitsbereich: Förderung von Kleinstprojekten von Nichtregierungsorganisationen mit längstens einem Jahr Laufzeit - innerhalb eines Kalenderjahres - und maximal 37.500 Euro Zuwendung

Kontakt:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH /bengo
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Fon: 0228/20717-0
Fax: 0228/20 717-150
E-Mail: bengo@engagement-global.de
Internet: <http://bengo.engagement-global.de>

Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm**ENSA**

Tätigkeitsbereich: Förderung von Schulen und entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen, die eine Partnerschaft mit einer Schule in Afrika, Asien, Lateinamerika oder Südosteuropa unterhalten und eine Begegnung planen

Kontakt:

Engagement Global gGmbH
ENSA-Programm
Lützowufer 6-9
10785 Berlin
Fon: 030/25482- 237
Fax: 030/254 82-359
E-Mail: ensa-programm@engagement-global.de
Internet: www.ensa-programm.com

Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung (FEB)

Tätigkeitsbereich: Förderung von Aktivitäten, Kampagnen und innovativen Ansätzen, die das Interesse der Bürger für die entwicklungspolitischen Herausforderungen wecken und ihnen Handlungsmöglichkeiten aufzeigen

Kontakt:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung (FEB)
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
E-Mail: feb@engagement-global.de
Internet: www.engagement-global.de/feb-foerderprogramm.html

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Tätigkeitsbereich: Informationsarbeit, Beratung, Veranstaltungen, Vernetzung im Bereich kommunaler Eine-Welt-Arbeit

Kontakt:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Fon: 0228/20717-0
Fax: 0228/20717-150
E-Mail: info@service-eine-welt.de
Internet: www.service-eine-welt.de

Friedrich-Ebert-Stiftung

Tätigkeitsbereich: Aktive Begleitung von Projekten zur Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit in mehr als 100 Ländern, Unterstützung starker und freier Gewerkschaften, für Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter, Kooperation bei Veranstaltungen in Deutschland, Förderung verschiedener entwicklungspolitischer Themen und Projekte, Informationen und Materialien zur Internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Kontakt:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonner Haus
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Fon: 0228/883-0
Internet: www.fes.de

Friedrich-Naumann-Stiftung

Tätigkeitsbereich: Förderung des Aufbaus demokratischer, marktwirtschaftlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, Verwirklichung von Freiheit und Verantwortung, Förderung von Stipendien

Ansprechpartner:

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Karl-Marx-Str. 2
14482 Potsdam
Fon: 0331/7019-0
Fax: 0331/7019-188
E-Mail: info@freiheit.org
Internet: www.freiheit.org

Hans-Böckler-Stiftung

Tätigkeitsbereich: Solidaritätsfonds zur Unterstützung nationaler und internationaler Solidaritätsarbeit, im Ausland vorrangig in den Bereichen Bildung und Gesundheit, Förderung demokratischer Strukturen und Gewerkschaftsarbeit, in Deutschland vornehmlich Projekte aus den Bereichen Antirassismus und Antifaschismus sowie Projekte zum Thema Antisemitismus und Auseinandersetzungen mit aktuellem gesellschaftspolitischem Bezug

Kontakt:

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf
Fon: 0211/7778-0
Fax: 0211/7778 120
E-Mail: zentrale@boeckler.de
Internet: www.boeckler.de/index.htm

Heinrich-Böll-Stiftung

Tätigkeitsbereich: Förderung von Stipendien, Kooperationsveranstaltungen über einzelne Landesstiftungen

Kontakt:

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Schumannstr. 8
10117 Berlin
Fon: 030/28534-0
Fax: 030/285 34-109
E-Mail: info@boell.de
Internet: www.boell.de

Konrad-Adenauer-Stiftung

Tätigkeitsbereich: Politische Bildung für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit, Förderung von Stipendiaten sowohl aus Deutschland als auch aus Mittel- und Osteuropa sowie aus den Entwicklungsländern, Kooperationsveranstaltungen

Kontakt:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Fon: 02241/246-0
Fax: 02241/246-2591
E-Mail: zentrale@kas.de
Internet: www.kas.de

Pädagogischer Austauschdienst (PAD)

Tätigkeitsbereich: Programm „PASCH-Schulen: Partner der Zukunft“ zum Aufbau und zur Förderung langfristiger Schulpartnerschaften, Begegnungen von Schülergruppen im Rahmen themenorientierter Aufenthaltsprogramme oder gemeinsamer Projekte

Kontakt:

Kultusministerkonferenz

Pädagogischer Austauschdienst

Postfach 2240

53012 Bonn

Fon: 0228/501-0

Fax: 0228/501-333

E-Mail: pad@kmk.org

Internet: www.kmk-pad.org

Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) /**Deutsche Sektion**

Tätigkeitsbereich: Informationsarbeit, Veranstaltungen, Beratung bei der Suche und Finanzierung kommunaler Entwicklungspartnerschaften, Vernetzungsangebote

Kontakt:

Gereonstraße 18-32

50670 Köln

Fon: 0221/3771-311

Fax: 0221/3771-128

E-Mail: post@rgre.de

Internet: www.rgre.de

Robert Bosch Stiftung

Tätigkeitsbereich: Engagement in eigenen und fremden Projekten in den Themenfeldern Wissenschaft, Gesundheit, Völkerverständigung, Bildung, Gesellschaft, Kultur, Förderung von Projekten, die vor allem einen innovativen und beispielhaften Ansatz verfolgen

Kontakt:

Robert Bosch Stiftung

Heidehofstr. 31

70184 Stuttgart

Fon: 0711/46084-0

Fax: 0711/46084-94

E-Mail: info@bosch-stiftung.de

Internet: www.bosch-stiftung.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Tätigkeitsbereich: Politische Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland, Förderung von Projekten der entwicklungspolitischen Bildung, Studien und Promotionen, internationale Arbeit, Wissenschaft und Forschung

Kontakt:

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Franz-Mehring-Platz 1

10243 Berlin

Fon: 030/44310-0

Fax: 030/44310230

E-Mail: info@rosalux.de

Internet: www.rosalux.de

Selbst.Los! Kulturstiftung

Tätigkeitsbereich: Förderung von Aktivitäten, die die Voraussetzung für eine aktive Teilnahme am kulturellen Leben schaffen oder verbessern, Fokus auf die Bereiche Bildung, Kulturförderung und Völkerverständigung

Kontakt:

Selbst.Los! Kulturstiftung

Annelie & Wilfried Stascheit

Abigstrasse 11

88662 Überlingen

Fon: 07551/30 92 72

Mobil: 0171/2669248

E-Mail: a.stascheit@selbstlos-stiftung.de

Internet: www.selbstlos-stiftung.de

Stiftung Nord-Süd-Brücken

Tätigkeitsbereich: Unterstützung von Projekten ostdeutscher Nichtregierungsorganisationen und ihrer Partnerorganisationen in mehr als 50 Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, Förderung von Partnerschaftsprojekten der Entwicklungszusammenarbeit sowie entwicklungspolitische Bildungsprojekte in Deutschland, zum Beispiel Seminare, Veranstaltungsreihen, Ausstellungen und Austauschprogramme

Kontakt:

Stiftung Nord-Süd-Brücken

Greifswalder Str. 33 a

10405 Berlin

Fon: 030/428513-85

Fax: 030/428513-86

E-Mail: info@nord-sued-bruecken.de

Internet: www.nord-sued-bruecken.de

Wissenschaftsladen Bonn

Tätigkeitsbereich: Beratung von Kommunen und Agenda-21-Initiativen bei der sicheren Finanzierung, Bildungsangebote und Publikationen zu den Arbeitsschwerpunkten Umwelt und Gesundheit, Arbeitsmarkt und Qualifizierung sowie Bürgergesellschaft und Nachhaltigkeit

Kontakt:

Reuterstr. 157

53113 Bonn

Fon: 0228/20161-0

Fax: 0228/20161-11

E-Mail: info@wilabonn.de

Internet: www.wilabonn.de/de

Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO)

Tätigkeitsbereich: Dachverband der entwicklungspolitischen NGOs in Deutschland, Informations- und Bildungsarbeit, Veranstaltungen, Beratung und Vernetzung der Mitgliedsorganisationen.

Kontakt:

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

53113 Bonn

Fon: 0228/94677-0

Fax: 0228/94677-99

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Bundesländer

► Baden-Württemberg

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg/Agenda-Büro

Tätigkeitsbereich: Bereitstellung von Praxisleitfäden und Arbeitsmaterialien für Kommunen zur Lokalen Agenda 21, Organisation von Workshops, Seminaren und Informationsveranstaltungen, Unterstützung beim Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen

Kontakt:

Postfach 10 01 63

76231 Karlsruhe

Fon: 0721/5600-1406

Fax: 0721/5600-1414

E-Mail: agendabuero@lubw.bwl.de

Internet: www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/43249

Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ)

Tätigkeitsbereich: Information, fachliche Beratung, Begleitung von Nord-Süd-Partnerschaften und kommunalen Initiativen, Aufbau von Netzwerken, finanzielle Förderung entwicklungspolitischer Bildungsarbeit sowie partnerschaftlicher Projektarbeit in Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zur Grundbedürfnisbefriedigung in den Bereichen Armutsbekämpfung, Bildung und Ausbildung sowie Schutz der Umwelt

Kontakt:

Werastraße 24

70182 Stuttgart

Fon: 0711/21029-0

Fax: 0711/21029-50

E-Mail: info@sez.de

Internet: www.sez.de

Staatsministerium Baden-Württemberg

Tätigkeitsbereich: Koordinierungsstelle des Landes für Entwicklungszusammenarbeit, Unterstützung verschiedener Projekte in Übersee im Rahmen technischer Zusammenarbeit, Förderung von Schulpartnerschaften und Studentenaustausch, entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit, finanzielle Förderung von Projekten der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit

Kontakt:

Referat 55 – Internationale Angelegenheiten, Entwicklungszusammenarbeit

Karin Zirenner

Dr. Christoph Grammer

Richard-Wagner-Str. 15

70184 Stuttgart

Fon: 0711/2153-281

Fax: 0711/2153-510

E-Mail: karin.zirenner@stm.bwl.de

E-Mail: christoph.grammer@stm.bwl.de

Internet: www.stm.baden-wuerttemberg.de

Zentrum für entwicklungsbezogene Bildung (ZEB)

Tätigkeitsbereich: Fachstelle für entwicklungsbezogene Bildung der evangelischen Landeskirche in Baden-Württemberg, Koordinierung, Unterstützung und finanzielle Förderung (EED-Mittel) von entwicklungspolitischer Bildungsarbeit, Multiplikatorenberatung, Vermittlung von Referenten, Erarbeitung von Unterrichtsmaterialien

Kontakt:

Jägerstr. 14-18

70174 Stuttgart

Fon: 0711/2068-246

Fax: 0711/2068-341

E-Mail: zeb.wuerttemberg@elk-wue.de

Internet: www.dimoe.de/cms/startseite/zeb-zentrum-fuer-entwicklungspolitische-bildung

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V. (DEAB)

Tätigkeitsbereich: Beratung und Unterstützung baden-württembergischer Eine-Welt-Gruppen, Weltläden und entwicklungspolitischer Vereine bei ihrer entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Kontakt:

Vogelsangstr. 62
70197 Stuttgart
Fon: 0711/66487360
E-Mail: info@deab.de
Internet: www.deab.de

► **Bayern**

Arbeitskreis für Entwicklungspolitik und Selbstbesteuerung (AES)

Tätigkeitsbereich: Förderung von entwicklungsbezogener Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie von Kleinprojekten der Entwicklungszusammenarbeit mit einem Fokus auf Bildung und Ausbildung

Kontakt:

c/o Herbert Michalczyk
Max-Reger-Weg 7
85221 Dachau
Fon: 0831/4240
E-Mail: info@aes-ev.de
Internet: www.aes-ev.de

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Tätigkeitsbereich: wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit im Rahmen seines Zuständigkeitsbereichs, Koordinierung ressortübergreifender entwicklungspolitischer Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung, entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit, finanzielle Förderung von Projekten entwicklungspolitischer Bildungsarbeit

Kontakt:

Referat V/4 – Afrikanische Staaten, Staaten des Nahen und Mittleren Osten, Lateinamerika sowie Entwicklungszusammenarbeit
Georg Reichl
Claudia Reichl
Prinzregentenstr. 28
80538 München
Fon: 089/2162-2434, - 2717
Fax: 089/2162-2460
E-Mail: georg.reichl@stmwivt.bayern.de
E-Mail: claudia.reichl@stmwivt.bayern.de
Internet: www.stmwivt.bayern.de

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.

Tätigkeitsbereich: Informationsarbeit, Vernetzung und Beratung

Kontakt:

Weißer Gasse 3
86150 Augsburg
Fon: 089/350 40 796
E-Mail: info@eineweltnetzwerkbayern.de
Internet: www.eineweltnetzwerkbayern.de

**Mission EineWelt / Centrum für Partnerschaft,
Entwicklung und Mission der Evangelisch-
Lutherischen Kirche in Bayern**

Tätigkeitsbereich: Seminare, Ausstellungen und Vorträge im Rahmen entwicklungspolitischer Bildungsarbeit, Beratung bei Studienarbeiten und Reisen in Entwicklungsländer; Beratung bei Anträgen zur Finanzierung entwicklungsbezogener Aktivitäten in Bayern an den Fachausschuss Kirchlicher Entwicklungsdienst, „Anschubfinanzierung“ bei entwicklungsbezogenen Veranstaltungen in Schulen, Gemeinden oder Aktionsgruppen

Kontakt:

Hauptstraße 2
91564 Neuendettelsau
Fon: 09874/90
Fax: 09874/9-3 30
E-Mail: info@mission-einewelt.de
Internet: www.mission-einewelt.de

► **Berlin**

**Beauftragte des Kirchlichen Entwicklungsdienstes
(KED) in der Landeskirche**

Tätigkeitsbereich: Beratung und Begleitung von entwicklungspolitischen Gruppen und Gemeinden, Vermittlung von Referenten

Kontakt:

c/o Berliner Missionswerk
Georgenkirchstr. 69/70
10249 Berlin
Fon: 030/24344-123
Fax: 030/24344-124
E-Mail: bmw@berliner-missionswerk.de
Internet: www.berliner-missionswerk.de

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER e.V.)

Tätigkeitsbereich: Landesnetzwerk der Berliner entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen, Beratung und Information, Vernetzung und Koordinierung, Weiterbildung, entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit.

Kontakt:

Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
Fon: 030/42851587
Fax: 030/49855381
E-Mail: buero@ber-ev.de
Internet: www.ber-ev.de

Grüne Liga e.V.

Tätigkeitsbereich: internationale Arbeit, Vernetzung zwischen Umweltorganisationen und kommunalen Verwaltungen in Mittel- und Osteuropa, Unterstützung von Städtepartnerschaften zur Stärkung des Umweltschutz

Kontakt:

Grünes Haus
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
Fon: 030/443391-0
Fax: 030/443391-33
E-Mail: berlin@grueneliga.de
Internet: www.grueneliga-berlin.de

Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin

Tätigkeitsbereich: Beratung und Förderung von Jugend- und Familienprojekten von gemeinnützigen Einrichtungen unter anderem in den Bereichen Migration und interkulturelles Lernen

Kontakt:

Obentrautstr. 55
10963 Berlin
Fon: 030/21751370
Fax: 030/21751372
E-Mail: info@jfsb.de
Internet: www.jfsb.de

**Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen
Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ)**

Tätigkeitsbereich: Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit sowie finanzielle Förderung von Projekten der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit

Kontakt:

Dr. Rainer Seider

Stefani Reich

Eckhard Bock

Martin-Luther-Str. 105

10825 Berlin

Fon: 030/9013-8270, -7409, -7441

Fax: 030/9013-7490

E-Mail: rainer.seider@senwtf.berlin.de

E-Mail: stefani.reich@senwtf.berlin.de

E-Mail: eckhard.bock@senwtf.berlin.de

Internet: www.berlin.de/sen/wirtschaft/euro-inter/lez/

► **Brandenburg**

**Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des
Landes Brandenburg**

Tätigkeitsbereich: Beratung und Förderung entwicklungspolitischer Bildungsprojekte brandenburgischer Schulen und Nichtregierungsorganisationen, Unterstützung bei der Organisation von Schulpartnerschaften, Lehrerfortbildung, Erstellung von Handreichungen und Unterrichtsmaterialien, Lehrplanentwicklung

Kontakt:

Koordinationsstelle „Tolerantes Brandenburg“

Angelika Thiel-Vigh (Leitung)

Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Fon: 0331/866-3560

E-Mail: angelika.thiel-vigh@mbjs.brandenburg.de

Internet: www.tolerantes.brandenburg.de

**Ministerium für Umwelt, Gesundheit und
Verbraucherschutz des Landes Brandenburg**

Tätigkeitsbereich: Förderung von Projekten in den Bereich Umweltschutz und -bildung, ländliche Entwicklung und Lokale Agenda 21

Kontakt:

Heinrich-Mann-Allee 103

14473 Potsdam

Fon: 0331/866-0

E-Mail: Pressestelle@MUGV.Brandenburg.de

Internet: www.mugv.brandenburg.de

**Ministerium für Wirtschaft und
Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg**

Tätigkeitsbereich: Förderung von Projekten in den Bereichen Wirtschaft, Europa und Internationales

Kontakt:

Wolfgang Balint

Detlev Groß

Heinrich-Mann-Allee 3

14473 Potsdam

Fon: 0331/866-1840, -1846

Fax: 0331/866-1845

E-Mail: wolfgang.balint@mwe.brandenburg.de

E-Mail: detlev.gross@mwe.brandenburg.de

Internet: <http://www.mwe.brandenburg.de>

**Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs**

e. V. (VENROB)

Tätigkeitsbereich: Informations- und Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Vernetzung

Kontakt:

Schulstr. 8b

14482 Potsdam-Babelsberg

Fon: 0331/7048966

Fax: 0331/2708690

E-Mail: info@venrob.org

Internet: www.venrob.org

► Bremen

Bremer Entwicklungspolitisches Netzwerk (BeN)

Tätigkeitsbereich: Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Vernetzung

Kontakt:

Breitenweg 25
28195 Bremen
Fon: 0421/326045
E-Mail: info@ben-bremen.de
Internet: www.ben-bremen.de

Die Bevollmächtigte beim Bund und für Europa

Abteilung Europa und Entwicklungszusammenarbeit

Tätigkeitsbereich: Information und Förderung von Projekten in den Bereichen Europa und Internationales

Kontakt:

Christian Bruns
Kerstin Dahlberg
Silke Goethe
Ansgaritorstr. 22
28195 Bremen
Fon: 0421/361-4505, -2987
Fax: 0421/361-2648
E-Mail: kerstin.Dahlberg@lafez.bremen.de
E-Mail: silke.goethe@lafez.bremen.de
Internet: ez.bremen.de

► Hamburg

Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.

Tätigkeitsbereich: Informations- und Bildungsarbeit, Beratung und Vernetzung

Kontakt:

Grosse Bergstr. 255
22767 Hamburg
Fon: 040/35893-86
Fax: 040/35893-88
E-Mail: info@ewnw-hamburg.de
Internet: www.ewnw-hamburg.de

Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung

Tätigkeitsbereich: Förderung aus Lotterieverträgen für Projekte von gemeinnützigen Organisationen mit Sitz in Hamburg zur Entwicklungszusammenarbeit, entwicklungspolitischen und interkulturellen Bildungsarbeit, des Umweltschutzes sowie der Umweltbildung

Kontakt:

Mühle Westeraccum
26553 Dornum
Fon: 04933/9911-110
Fax: 04933/9911-29
E-Mail: info@nue-stiftung.de
Internet: www.nue-stiftung.de

Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg

Tätigkeitsbereich: Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit sowie Förderung von Projekten der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit

Kontakt:

Referat Entwicklungspolitik
Wolfgang Grätz
Alexandra Tregub
Hermannstr. 15
20095 Hamburg
Fon: 040/42831-2500, -1457
Fax: 040/42791-5360
E-Mail: wolfgang.graetz@sk.hamburg.de
E-Mail: kerstin.dahlberg@lafez.bremen.de
Internet: www.hamburg.de/entwicklungspolitik/50752/entwicklungspolitik.html

Zentrum für Mission und Ökumene - nordkirche weltweit

Tätigkeitsbereich: Unterstützung von Kirchengemeinden, Gemeinden und im Einzelfall Schulen beim Aufbau von Partnerschaften, Beratung bei der Gestaltung und Evaluation der Partnerschaften, Veranstaltung von Informationstreffen und Beteiligung an Fortbildungsmaßnahmen im Bereich interkulturelles Lernen

Kontakt:

Kirchenstraße 4
25821 Breklum
Agathe-Lasch-Weg 16
22605 Hamburg
Fon: 040/88181-0
Fax: 040/88181-210
E-Mail: info@nordkirche-weltweit.de
Internet: www.nordkirche-weltweit.de

► **Hessen**

Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V.

Tätigkeitsbereich: Qualifizierung und Fachberatung; Zusammenarbeit mit Kooperationen mit Verbänden, Institutionen und Hochschulen; Lobbyarbeit und Dialog mit Landesregierung, Landtag und Parteien; Beratung und Vermittlung

Kontakt:

Vilbeler Straße 36
60313 Frankfurt am Main
Fon: 069/91395170
Fax: 069/295104
E-Mail: info@epn-hessen.de
Internet: www.epn-hessen.de

Zentrum Ökumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau / Kirchlicher Entwicklungsdienst

Tätigkeitsbereich: Förderung von Projekten entwicklungspolitischer Bildungsarbeit; Beratung und Begleitung von Gemeinden und Gruppen in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit; Beratung der Antragsteller für ABP-Mittel

Kontakt:

Praunheimer Landstr. 206
60488 Frankfurt am Main
Fon: 069/976518-36
Fax: 069/976518-29
E-Mail: info@zoe-ekhn.de
Internet: www.zoe-ekhn.de

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Tätigkeitsbereich: Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit, Förderung von Projekten entwicklungspolitischer Bildungsarbeit, die nach Möglichkeit mit der Außenwirtschaft verzahnt sind und einen Bezug zu den Partnerregionen des Landes haben

Kontakt:

Referat „Messen und entwicklungspolitische Zusammenarbeit“
Gilbert Blumenstiel
Hannelore Holland
Kaiser-Friedrich-Ring 75
65185 Wiesbaden
Fon: 0611/815- 2283, -2402
E-Mail: gilbert.blumenstiel@hmmwl.hessen.de
E-Mail: hannelore.holland@hmmwl.hessen.de
Internet: www.wirtschaft.hessen.de

Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Tätigkeitsbereich: Projektförderung und Beratung von Kommunen in Agenda21-Prozessen

Kontakt:

Agenda-Beauftragte

Susanne Conrad

Mainzer Straße 80

65189 Wiesbaden

Fon: 0611/815 1817

Fax: 0611/815 1941

E-Mail: agenda21@hmulv.hessen.de

Internet: <https://hmuelv.hessen.de>

► **Mecklenburg-Vorpommern**

Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern

Tätigkeitsbereich: Informations- und Bildungsarbeit, Beratung und Vernetzung

Kontakt:

Goethestr. 22

18055 Rostock

Fon: 0381/20 373 846

Fax: 0381/490 24 91

E-Mail: info@eine-welt-mv.de

Internet: www.eine-welt-mv.de

Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit e.V. (GSE)

Tätigkeitsbereich: Planung und Gestaltung von Projekttagen, Beratung und Unterstützung bei der Planung von Schulprojekttagen und –wochen, Durchführung von Lehrerfortbildungen, Beratung zum Medieneinsatz, Vermittlung von Kontakten zu Schulen in Indien oder Ghana, Vermittlung von Referenten aus Ländern des Südens zur Gestaltung der Schulprojektarbeit

Kontakt:

c/o Landesstelle für Globales Lernen in Mecklenburg-Vorpommern

Goethestraße 1

18055 Rostock

Fon: 0381/490 24 10

Fax: 0381/490 24 91

E-Mail: info@gse-mv.de

Internet: www.gse-mv.de

Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern

Tätigkeitsbereich: Bildungsarbeit sowie organisatorische und finanzielle Förderung von Bildungsveranstaltungen und Medien unter anderem mit dem Schwerpunkt „Verständnis für Internationale Probleme“

Kontakt:

Jägerweg 2

19053 Schwerin

Fon: 0385/3020 910

Fax: 0385/3020 922

E-Mail: poststelle@lpb.mv-regierung.de

Internet: www.lpb-mv.de

Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung

Tätigkeitsbereich: finanzielle Förderung aus Lotterieträgern für Projekte von gemeinnützigen Organisationen zur Entwicklungszusammenarbeit, entwicklungspolitischer und interkultureller Bildungsarbeit, des Umweltschutzes sowie der Umweltbildung, die einen regionalen Bezug zu Mecklenburg-Vorpommern haben

Kontakt:

Mühle Westeraccum
26553 Dornum
Fon: 04933/9911-0
Fax: 04933/9911-29
Email: info@nue-stiftung.de
Internet: www.nue-stiftung.de

Regionale Arbeitsstellen für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit Mecklenburg-Vorpommern e.V. (RAA)

Tätigkeitsbereich: Beratung, Projektentwicklung, Seminare und Fortbildungen, Versand von Ausschreibungsunterlagen und Informationsmaterial, Beratung zu diversen Förderprogrammen und Versand von Medien und Publikationen zu verschiedenen Themenbereichen wie Schule, Gemeinwesenarbeit, Schulsozialarbeit, Ost-West-Schulpartnerschaften, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, interkulturelle Sensibilisierung und freiwilliges Engagement

Kontakt:

Am Melzer See 1
17192 Waren (Müritz)
Fon: 03991/66960
E-Mail: info@raa-mv.de
Internet: www.raa-mv.de

Staatskanzlei des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Tätigkeitsbereich: Entwicklungszusammenarbeit, entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit, nachgeordnet: finanzielle Förderung von Projekten der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, die nach Möglichkeit mit der Außenwirtschaft verzahnt sind.

Kontakt:

Referat 330 - Außenwirtschaft, Messen, Entwicklungszusammenarbeit
Kati Fischer
Angela Stehlmann
Schloßstraße 2-4
19053 Schwerin
Fon: 0385/588-1330, -1331
Fax: 0385/588-990 330
E-Mail: kati.fischer@stk.mv-regierung.de
E-Mail: angela.stehlmann@stk.mv-regierung.de
Internet: www.regierung-mv.de

► Niedersachsen

Bistum Hildesheim

Tätigkeitsbereich: Förderung von entwicklungspolitischer Bildungs- und Lobbyarbeit, Fortbildungsveranstaltungen für Multiplikatoren, Materialien zur Erlassjahrkampagne, zur Kampagne für „Saubere Kleidung“ und zur Bolivien-Partnerschaft

Kontakt:

Bischöfliches Generalvikariat
Diözesanstelle Weltkirche
Domhof 18-21
31134 Hildesheim
Fon: 05121/307-375
Fax: 05121/307-681
E-Mail: weltkirche@bistum-hildesheim.de
Internet: www.bistum-hildesheim.de

Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung

Tätigkeitsbereich: Förderung aus Erträgen der Bingo-Umweltlotterie für Projekte von gemeinnützigen Organisationen mit Sitz in Niedersachsen zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und Umweltbildung

Kontakt:

Berliner Allee 9-11
30175 Hannover
Fon: 0511/897697-0
Fax: 0511/897697-11
E-Mail: umwelt@bingostiftung.de
Internet: www.bingo-umweltstiftung.de

Niedersächsische Staatskanzlei

Tätigkeitsbereich: Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit sowie Förderung von Projekten der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit

Kontakt:

Ref. 304: Internationale und interregionale Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik
Carsten Piellusch
Gabriele Schwarzer
Kathrin Radtke
Nicole Ewert-Mai
Planckstr. 2
30169 Hannover
Fon: 0511/120-6790, -6791, -6792
Fax: 0511/120-99-6790, -99-6791
E-Mail: carsten.piellusch@stk.niedersachsen.de
E-Mail: gabriele.schwarzer@stk.niedersachsen.de
E-Mail: kathrin.radtke@stk.niedersachsen.de
Internet: www.stk.niedersachsen.de

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. (VEN)

Tätigkeitsbereich: Informations- und Bildungsarbeit, Beratung, Förderung von entwicklungspolitischer Bildungs-, Öffentlichkeits- und Informationsarbeit von Nord-Süd-Initiativen in Niedersachsen durch den „Initiativenfonds“.

Kontakt:

Hausmannstr. 9-10
30159 Hannover
Fon: 0511/391650
Fax: 0511/391675
E-Mail: hannover@ven-nds.de
Internet: www.ven-nds.de

► Nordrhein-Westfalen**Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche von Westfalen**

Tätigkeitsbereich: Beratung und finanzielle Förderung von Programmen und Maßnahmen der entwicklungsbezogene Bildungsarbeit; Vertrieb und Verleih von Lernmodellen wie etwa Kokos- und Kakaokisten und „Der Rohstoffsack“

Kontakt:

Amt für Mission, Ökumene und Weltverantwortung
Umwelt und Entwicklung
Bernd Schütze
Olpe 35
44135 Dortmund
Fon: 0231/540971
E-Mail: bernd.schuetze@moewe-westfalen.de
Internet: www.moewe-westfalen.de

Eine Welt Netz NRW

Tätigkeitsbereich: Informations- und Bildungsarbeit, Beratung, Vernetzung und Veranstaltungen

Kontakt:

Achtermannstraße 10-12
48143 Münster
Fon: 0251/284669-0
Fax: 0251/284669-10
E-Mail: info@eine-welt-netz-nrw.de
Internet: www.eine-welt-netz-nrw.de

Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen

Tätigkeitsbereich: Informations- und Bildungsarbeit sowie finanzielle Förderung für entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit und kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Kontakt:

IV B 4 - Entwicklungspolitische Inlandsarbeit, Staatskanzlei des Landes NRW
Christiane Neuchel-Möllering
Stadttor 1
40190 Düsseldorf
Fon: 0211/8371-419
E-Mail: christiane.neuchel-moellering@stk.nrw.de
Internet: www.nrw.de/landesregierung/staatskanzlei

Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen

Tätigkeitsbereich: Förderung von Projekten in den Bereichen Nord-Süd-Dialog, Umweltschutz und -bildung, interkulturelles Lernen, entwicklungspolitische Bildung und Fairer Handel.

Kontakt:

Eberhard Neugebohrn
Kaiser-Friedrich-Straße 13
53113 Bonn
Fon: 0228/24335-0
Fax: 0228/24335-22
E-Mail: info@sue-nrw.de
Internet: www.sue-nrw.de

► Rheinland-Pfalz

Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz (ELAN)

Tätigkeitsbereich: Informations- und Bildungsarbeit, Beratung und Vernetzung.

Kontakt:

Frauenlobstr. 15–19
55118 Mainz
Fon: 06131/97208-67
Fax: 06131/97208-69
E-Mail: info@elan-rlp.de
Internet: www.elan-rlp.de

Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz

Tätigkeitsbereich: Förderung von Projekten der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, Koordination der Partnerschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit Ruanda, Unterstützung beim Aufbau von Schulpartnerschaften und Schüleraustauschen

Kontakt:

Referat Entwicklungspolitik
Dr. Carola Stein
Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Fon: 06131/163-479
Fax: 06131/16-33 35
E-Mail: carola.stein@isim.rlp.de
Internet: www.isim.rlp.de

Referat Entwicklungszusammenarbeit mit dem Partnerland Ruanda

Hanne Hall
Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Fon: 06131/163-208
Fax: 06131/163-335
E-Mail: hanne.hall@isim.rlp.de
Internet: rlp-ruanda.de

**Ministerium für Bildung, Wissenschaft,
Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz**

Tätigkeitsbereich: Unterstützung beim Aufbau von Schulpartnerschaften und Schüleraustauschen, Lehrerfortbildung, Erstellung von Handreichungen und Unterrichtsmaterialien sowie Lehrplanentwicklung

Kontakt:

Referat für europäische und internationale Angelegenheiten
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Fon: 06131/16-2939
Fax: 06131/16-4583
E-Mail: poststelle@mbwwwk.rlp.de
Internet: www.eu-int.bildung-rp.de/gehezu/startseite.html

► **Saarland**

Ministerium für Bildung und Kultur des Saarlandes

Tätigkeitsbereich: Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit

Kontakt:

Referat M2, Bildungs- und kulturpolitische Grundsatzangelegenheiten, Internationale Grundsatzangelegenheiten und Entwicklungszusammenarbeit
Oliver Suhr
Katrin Frey
Hohenzollernstr. 60
6619 Saarbrücken
Fon: 0681/501-7234, -7923
E-Mail: o.suhr@bildung-saarland.de
E-Mail: k.frey@bildung-saarland.de
Internet: http://www.saarland.de/ministerium_bildung_kultur.htm

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlandes

Tätigkeitsbereich: Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit.

Kontakt:

Referat B/2 Mittelstandsförderung, Handwerk, Kammern, Außenwirtschafts-, Messförderung, Entwicklungszusammenarbeit
Herbert Fuchs
Jörg Kugler
Franz-Josef-Röder-Straße 17
66119 Saarbrücken
Fon: 0681/501-41404248, -4277
E-Mail: h.fuchs@wirtschaft.saarland.de
E-Mail: j.kugler@wirtschaft.saarland.de
Internet: www.saarland.de/ministerium_wirtschaft_arbeit_energie_verkehr.htm

Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e.V.

Tätigkeitsbereich: Informations- und Bildungsarbeit, Beratung und Vernetzung

Kontakt:

Haus der Umwelt
Evangelisch-Kirch-Str. 8
66111 Saarbrücken
Fon: 0681/938 5235
Fax: 0681/938 5264
E-Mail: info@nes-web.de
Internet: www.nes-web.de

► **Sachsen**

Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen (ENS)

Tätigkeitsbereich: Informations- und Bildungsarbeit, Lobbyarbeit, Beratung und Vernetzung.

Kontakt:

Kreuzstr.7
01067 Dresden
Fon: 0351/49233-64
Fax: 0351/49233-60
E-Mail: kontakt@einewelt-sachsen.de
Internet: www.einewelt-sachsen.de

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Kontakt:

Referat Außenwirtschaft-, Ansiedlungen, Messen
Stephan Brauckmann
Wilhelm-Buck-Str. 2
01097 Dresden
Fon: 0351/564-8320
Fax: 0351/564-83409
E-Mail: stephan.brauckmann@smwa.sachsen.de
E-Mail: www.smwa.sachsen.de/de/Service/Kontaktformular/
Internet: www.smwa.sachsen.de

Sächsische Staatskanzlei

Kontakt:

Referat 44 Internationale, interregionale und grenzüberschreitende Beziehungen
Marion Gündel
Archivstr. 1
01097 Dresden
Fon: 0351/564-1431
Fax: 0351/564-1439
E-Mail: marion.guendel@sk.sachsen.de
Internet: www.sachsen.de

Landesdirektion Sachsen

Tätigkeitsbereich: verschiedene Förderrichtlinien und -fonds für Kommunen und Vereine unter anderem in den Bereichen internationaler Zusammenarbeit und interkultureller Bildungsarbeit, jedoch mit einem eindeutigen Schwerpunkt auf mittel- und osteuropäische Länder

Kontakt:

Landesdirektion Sachsen
Landesstelle Chemnitz
Altchemnitzer Straße 41
09120 Chemnitz
Fon: 0371/532-0
Fax: 0371/532-1929
E-Mail: post@lds.sachsen.de
Internet: www.lds.sachsen.de

Wilhelm-Külz-Stiftung

Tätigkeitsbereich: Organisation von Seminaren und Vorträgen, finanzielle Förderung von Bildungsprojekten – auch in dem Bereich entwicklungspolitische Bildung.

Kontakt:

Radebergerstr. 51
01099 Dresden
Fon: 0351/655765-20
Fax: 0351/655765-22
E-Mail: info@wks-sachsen.de
Internet: www.wks-sachsen.de

► **Sachsen-Anhalt**

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt

Tätigkeitsbereich: Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit sowie Förderung von Projekten der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, der Lokalen Agenda 21 und des Fairen Handels

Kontakt:

Referat 26: Internationale Bildung
Turmschanzenstr. 32
39114 Magdeburg
E-Mail: referat26@mk.sachsen-anhalt.de
Internet: www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=15836

Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt

Tätigkeitsbereich: Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit sowie Förderung von Projekten entwicklungspolitischer Bildungsarbeit, die nach Möglichkeit mit der Außenwirtschaft verzahnt sind und einen Bezug zu den Partnerregionen des Landes haben

Kontakt: Europa und internationale Angelegenheiten, Entwicklungszusammenarbeit

Catrin Gutowsky

Gabriele Wronna

Ingo Knochenhauer

Hasselbachstr. 4

39104 Magdeburg

Fon: 03 91/5 67-44 52, -4240, -4328

Fax: 03 91/5 67-47 22

E-Mail: catrin.gutowsky@mw.sachsen-anhalt.de

E-Mail: gabriele.wronna@mw.sachsen-anhalt.de

E-Mail: ingo.knochenhauer@mw.sachsen-anhalt.de

Internet: www.sachsen-anhalt.de/index.php?id=31

► Schleswig-Holstein

BINGO!-Projektförderung Schleswig-Holstein

Tätigkeitsbereich: Förderung aus Erträgen der Bingo-Umweltlotterie für Projekte von gemeinnützigen Initiativen und Organisationen mit Sitz und Wirkungskreis in Schleswig-Holstein zur entwicklungspolitischen und interkulturellen Bildungsarbeit sowie Umweltbildung

Kontakt:

Mühle Westeraccum

26553 Dornum

Fon: 04933/9911-19

Fax: 04933/9911-29

E-Mail: info@projektfoerderung.de

Internet: www.projektfoerderung.de

Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. (BEI)

Tätigkeitsbereich: Informationsarbeit, Beratung, Vernetzung, Auskünfte in Bezug auf Antragstellung, Abrechnung und Finanzierungsmöglichkeiten für entwicklungspolitische Projekte in Schleswig-Holstein und in Ländern des Südens

Kontakt:

Papenkamp 62

24114 Kiel

Fon: 0431/67 93 99-00

Fax: 0431/67 93 99-06

E-Mail: info@bei-sh.org

Internet: www.bei-sh.org

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein

Tätigkeitsbereich: kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Beratung, Vernetzung und entwicklungspolitische Bildungsarbeit.

Kontakt:

Grundsatzfragen der Nachhaltigkeit und Internationales – V 126 –

Dr. Dietmar Fahnert

Wibke Muxfeldt

Mercatorstr. 3

24106 Kiel

Fon: 0431/988-7101, -7151

Fax: 0431 988-7239

E-Mail: dietmar.fahnert@melur.landsh.de

E-Mail: wibke.muxfeldt@melur.landsh.de

Internet: www.schleswig-holstein.de/MELUR/DE/UmweltpolitikBildung/UmweltpolitikBildung_node.html

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung Schleswig-Holstein

1) **Tätigkeitsbereich:** Förderung des Internationalen Jugendaustauschs und der Jugendbildung aus Landesmitteln

Kontakt:

Referat 32

Jutta Olschewsky

Adolf-Westphal-Str. 4

24143 Kiel

Fon: 0431/988-7432

E-Mail: jutta.olschewsky@sozmi.landsh.de

Internet: www.schleswig-holstein.de/MSGFG/DE/KinderJugendFamilie/JugendarbeitJugendsozialarbeit/InternationaleJugendarbeit/internationaleJugendarbeit_node.html

2) **Tätigkeitsbereich:** Landesinitiative Bürgergesellschaft zur Stärkung des ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements in Schleswig-Holstein, Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur, Aufbau von Netzwerken, Förderung von Qualifizierungs- und Fortbildungsangeboten für freiwillig Engagierte

Kontakt:

Adolf-Westphal-Straße 4

24143 Kiel

Fon: 0431/988-0

Fax: 0431/988-5416

E-Mail: Poststelle@sozmi.landsh.de

Internet: www.msgf.schleswig-holstein.de

► **Thüringen**

Eine-Welt-Haus e.V.

Tätigkeitsbereich: Beratung und Information, entwicklungspolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, Lobbyarbeit für den Fairen Handel

Kontakt:

Unterm Markt 13

07743 Jena

Fon: 03641/443057

E-Mail: welthaus@einewelt-jena.de

Internet: www.einewelt-jena.de

Eine Welt Netzwerk Thüringen (EWNT)

Tätigkeitsbereich: Informations- und Bildungsarbeit wie etwa Kampagnen zum Fairen Handel, Bereitstellung von Bildungsmedien, Beratung, Vernetzung und Qualifizierung, Projektförderung in begrenztem Umfang etwa im Rahmen des Capacity Building-Programms 2005 aus BMZ-Mitteln

Kontakt:

Thomas George

Gutenbergstraße 1

07743 Jena

Fon: 03641/22 49 950

Fax: 03641/22 49 949

E-Mail: buero@ewnt.de

Internet: www.ewnt.de

Thüringer Staatskanzlei

Tätigkeitsbereich: Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit, entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit; Beratung von Kommunen und Vereinen und Vermittlung von Ansprechpartnern

Kontakt:

Referat 14 - Internationale Angelegenheiten / Deutsch-französische Angelegenheiten

Jörg Schmid

Heiderose Röttschke

Regierungsstr. 73

99084 Erfurt

Fon: 0361/37-9002-140, -144

Fax: 0361/3792-469149

E-Mail: joerg.schmid@tsk.thueringen.de

E-Mail: heiderose.roetschke@tsk.thueringen.de

Internet: www.thueringen.de/de/tsk

5.5 Datenbanken und Internetseiten

Allgemeine Informationen

Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik

Das Portal stellt das entwicklungspolitische Engagement der deutschen Länder dar.

www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de

Learn Line des Landesinstituts für Schule NRW

Es finden sich umfangreiche Informationen zur Schul- und Lehrerfortbildung. Darunter sind auch Hinweise zu internationalen Schulpartnerschaften.

www.learnline.schulministerium.nrw.de/app/suche_learnline

LGA European and International Unit

Die Internetseiten des Local Government International Bureau in Großbritannien bieten Informationen und Handlungsempfehlungen für kommunale Partnerschaften.

www.lga.gov.uk/lga/core/page.do?pagelid=14519

Niedersächsischer Bildungsserver

Die Internetseiten des Niedersächsischen Bildungsserver umfassen eine Fülle von Informationen, Ansprechpartnern und weiteren Links zum Thema globale Schulpartnerschaften.

www.nibis.ni.schule.de/nibis.phtml?menid=189

NRO-Datenbank von bengo

Bengo bietet auf diesen Internetseiten NROs die Möglichkeit, sich selbst darzustellen. Entstanden ist eine umfangreiche Datenbank entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen mit Angaben zu Themen- und zielländerspezifischer AnsprechpartnerInnen.

<http://bengo.engagement-global.de>

Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Übersicht über die bestehenden Partnerschaften, Freundschaften und Kontakte deutscher Kommunen (Städte, Gemeinden und Kreise) mit entsprechenden Einrichtungen im europäischen und außereuropäischen Ausland.

www.rgre.de/partnerschaften.html

Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Überblick über das kommunale Engagement in der Einen Welt. Die Datenbank soll ermöglichen, sich mit anderen interessierten Akteuren auszutauschen, Anregungen für die eigene Arbeit zu finden und Kontakte herzustellen.

www.rgre.de/db_kez.html

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Auf den Internetseiten der Servicestelle finden Sie aktuelle Informationen und Publikationen zum Thema Kommunale Entwicklungszusammenarbeit.

www.service-eine-welt.de

Partnerschaftsbörsen

Baden-Württembergischer Gemeindetag

Internetportal des baden-württembergischen Gemeindetags zum Thema kommunale Partnerschaften mit aktuellen Partnerschaftsgesuchen von ausländischen Kommunen

www.kommunalpartnerschaften-bw.de

Datenbank Städtepartnerschaften im Saarland

Informationen zu kommunalen Partnerschaften im Saarland

www.saarland.de/24373.htm

Eine Welt Adressen NRW

Datenbank für entwicklungspolitische Kontakte in NRW

www.eine-welt-netz-nrw.de/datenbank/index.php

Eine Welt Netzwerk Bayern

Portal für Partnerschaften bayerischer Nichtregierungsorganisationen, Schulen, Kommunen und Kirchengemeinden

www.bayern-einewelt.de

Portal des Bayerischen Staatsministerium des Innern

Kommunale Partnerschaften der bayerischen Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden

www.stmi.bayern.de/buerger/kommunen/zusammenarbeit/detail/16813

Portal der Eine Welt Internet Konferenz (EWIK) für Globales Lernen

Informationen zu internationalen Schulpartnerschaften sowie zu Lern- und Kommunikationsprojekten
www.ewik.de/coremedia/generator/ewik/de/08__Service/Datenbanken.html

Portal Niedersachsen – Eine Welt

Internetportal über bestehende Partnerschaften und Projekte von niedersächsischen Akteuren in Entwicklungs- und Schwellenländern
www.niedersachsen-einewelt.de

Portal Entwicklungspolitik in Rheinland-Pfalz

Internetportal über bestehende Partnerschaften und Projekte von Akteuren in Rheinland-Pfalz
www.einewelt.rlp.de

Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Projektpartnersuche

Die Internetseite bietet eine Übersicht von potenziellen Antragstellern im Ausland, die Partner in Deutschland für EU-Projekte suchen. Darüber hinaus enthält sie eine Liste von Projektbeschreibungen mit Namen und Kontaktdaten der Ansprechpartner
<http://www.rgre.de/projektpartnersuche.html>

Kommunale Partnerschaftsgesuche aus dem Ausland

Die Internetseite enthält die Gesuche ausländischer Kommunen nach deutschen Partnerkommunen. Die ausländischen Kommunen stellen sich und die Charakteristika ihrer Kommune vor.
http://www.rgre.de/gesuche_ausland.html

Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern

Auch der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern stellt einen vergleichbaren Service auf den Seiten IREN (inter-regional electronic network) zur Verfügung.
www.stgt-mv.de

Twinning Market

Der „Twinning Market“ ist die Kontaktbörse für europäische und nicht-europäische Kommunen, die auf der Suche nach Partnerstädten sind.
www.twinning.org

Förderdatenbanken

Datenbank zu Fördermöglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit und zur Umweltbildung

Die Datenbank zu Fördermöglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit und zur Umweltbildung enthält umfangreiche Informationen zu Förderschwerpunkten, Antragsmodalitäten, Förderhöhe und Ansprechpartnern. Die Suche nach Themenschwerpunkt und Fördergebiet ist möglich.
www.service-eine-welt.de/fira

Finanzratgeber der agl

Der Finanzratgeber „mehr möglich machen“ ist ein Service der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) in Kooperation mit dem Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern. Die Online-Datenbank für Eine-Welt-Initiativen, Vereine und Nichtregierungsorganisationen enthält Adressen von Fördergebern und Förderinstitutionen – bundesweit und in den einzelnen Bundesländern – sowie deren Förderkriterien und Fördervoraussetzungen.
www.agl-einewelt.de/index.php/mehr-moeglich-machen

Finanzierung und Service für die Bildungsarbeit

Der Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen pflegt mit Input der Eine-Welt-Initiativen der Bundesländer eine Förderdatenbank, die vorrangig auf Förderungen gemeinnütziger Einrichtungen im Eine-Welt-Bereich ausgerichtet ist.
www.mehrmoeglichmachen.de

Stiftungsdatenbank

Die Stiftungsdatenbank umfasst Stiftungen mit Sitz in Deutschland. Das Suchergebnis informiert über die gemeinsamen Aufgaben, Möglichkeiten der Antragstellung sowie die Internetanschriften der einzelnen Stiftungen.

www.stiftungen.org

Förderdatenbanken von bengo

Die Beratungsstelle für private Träger in der Entwicklungszusammenarbeit bengo informiert und berät zu EU-Förderprogrammen (EuropeAid) sowie zu Finanzierungsmöglichkeiten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

<http://bengo.engagement-global.de>

Weitere Förderdatenbanken finden Sie unter :

www.service-eine-welt.de/fira

(Link: weitere Datenbanken).

5.6 Kampagnen und Wettbewerbe**Kampagnen****Kampagne „Aktiv gegen Kinderarbeit“ von Earthlink e.V.**

Die Kampagne „Aktiv gegen Kinderarbeit“ von Earthlink e.V. informiert, wie ausbeuterische Kinderarbeit verhindert werden kann und hält die umfangreichste Wissensdatenbank rund um das Thema Kinderarbeit bereit. Dort findet sich ebenfalls eine Liste mit Städten und Gemeinden, die sich durch Beschlüsse und Berichte gegen Kinderarbeit engagieren. Auf der Internetseite gibt es außerdem Vorgaben für Vergabestellen sowie Stellungnahmen von Verwaltungen, die ihr Vergaberecht geändert haben.

www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de

Faire Woche

Die Faire Woche ist eine bundesweite Aktionswoche rund um das Thema Fairer Handel. Sie wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED)/Brot für die Welt und dem Bischöflichen Hilfswerk MISERIOR finanziell gefördert.

www.faire-woche.de

Kampagne „Sachsen kauft fair!“

Die Kampagne „Sachsen kauft fair!“ wirbt für eine Faire Beschaffung in sächsischen Kommunen. Sie ist bisher einzigartig in Deutschland: Alle sächsischen Kommunen werden aufgerufen, soziale und ökologische Kriterien verbindlich in die Vergabepaxis aufzunehmen.

www.sachsen-kauft-fair.de

Kampagne Fairtrade-Towns

Seit Januar 2009 können sich Kommunen in Deutschland um den Titel „Fairtrade-Stadt“, „Fairtrade-Gemeinde“ oder „Fairtrade-Kreis“ bewerben. In Deutschland gibt es mittlerweile mehr als 100 Fairtrade-Towns (Stand 10/2012), darunter Neuss, Dortmund, Castrop-Rauxel, Saarbrücken, Rumbach, Lübeck und Marburg.

www.fairtrade-towns.de

Wettbewerbe

Bundesweiter Schulwettbewerb

„alle für Eine Welt für alle“

Der Wettbewerb für Projekte und Aktivitäten im Rahmen von Schulpartnerschaften wurde erstmalig 2004 vom damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau ausgerufen und wird alle zwei Jahre unter Schirmherrschaft des jeweiligen Bundespräsidenten wiederholt.

www.eineweltfueralle.de

Bundesweiter Wettbewerb

„Hauptstadt des Fairen Handels“

Der jährliche Wettbewerb des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) würdigt das lokale Engagement zum Fairen Handel, macht Öffentlichkeit und Medien auf innovative Beispiele aufmerksam und regt zum Nachahmen an.

www.service-eine-welt.de

Deutscher lokaler Nachhaltigkeitspreis

„Zeitzeiche(N)“

Im Rahmen des jährlich stattfindenden Wettbewerb von Netzwerk21 Kongress, BMU/UBA, Veolia werden Akteure auf lokaler Ebene für ihr beispielhaftes Engagement für eine lebenswerte Zukunft in den Kategorien Initiativen, Unternehmen, Kommunen, Jugend sowie Internationale Partnerschaften ausgezeichnet.

www.netzwerk21kongress.de/zeitzeichen/de/zeitzeichen.asp

5.7 Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt ihre sämtlichen Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfreien Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage unter www.service-eine-welt.de für Sie bereit.

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 27: Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012. Bonn, Februar 2012.
- Nr. 26: Hauptstadt des Fairen Handels 2011. Dokumentation. Bonn, Dezember 2011.
- Nr. 25: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation, Studie, Bonn, Dezember 2010.
- Nr. 24: Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts. Berlin 2010. Dokumentation. Bonn, November 2010.
- Nr. 23: Fair Handeln in Kommunen. Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010.
- Nr. 22: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene - Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010.
- Nr. 21: Hauptstadt des Fairen Handels 2009. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2009.
- Nr. 20: Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana. Potenziale und Handlungsrahmen im Mehrebenensystem am Beispiel der Partnerschaft NRW - Ghana. Bonn, August 2008.
- Nr. 19: Deutsch-chinesische Kommunalbeziehungen: Motivationen, Strukturen, Aktionsfelder. Bonn, Dezember 2008. (deutsch/englisch/chinesisch)
- Nr. 18: UN-Millenniumentwicklungsziele – Kommunale Praxisbeispiele im Dialog. Fachkonferenz 2007. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 17: Hauptstadt des Fairen Handels 2007. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2007.
- Nr. 16: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Hamburg 2006. Dokumentation. Bonn, August 2007. [vergriffen]
- Nr. 15: Globales Handeln lokal verankern. Bundesweite Umfrage 2006. Bonn, Februar 2007.
- Nr. 14: Zwei Jahre Partnerschaftsinitiative. Two Years of Partnership Initiative. Bonn, Januar 2007.
- Nr. 13: Hauptstadt des Fairen Handels 2005. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2005. [vergriffen]
- Nr. 12: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Magdeburg 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2005.
- Nr. 11: Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Juni 2005. Neuauflage Juli 2006.
- Nr. 10: Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
- Nr. 9: Partner in alle Richtungen: Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004. Neuauflage Dezember 2005.
- Nr. 8: Global vernetzt – lokal aktiv 2004. Der Wettbewerb 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2004.
- Nr. 7: Hauptstadt des Fairen Handels 2003. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, Februar 2004. [vergriffen]
- Nr. 6: Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune. Bonn, August 2003. Neuauflage Juli 2006.
- Nr. 5: Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Nr. 4: Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Nr. 3: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. [vergriffen]
- Nr. 2: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]

- Nr. 1: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]

Material – Schriftenreihe der Servicestelle

- Nr. 59: Internationaler Auftaktworkshop „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“.
Phase II: Lateinamerika 26. bis 28. November 2012, La Fortuna, Costa Rica. Dokumentation. Bonn, April 2013.
- Nr. 58: Drittes Netzwerktreffen deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika.
Dokumentation vom 15. November 2012. Bonn, Februar 2013.
- Nr. 57: Pressespiegel 2012
- Nr. 56: Achtes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 22./23. Mai 2012. Bonn, September 2012.
- Nr. 55: Zweites Netzwerktreffen Deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika – Dokumentation. Bonn, August 2012.
- Nr. 54: International Kick-off Workshop „50 Municipal Climate Partnerships by 2015“, 14th-16th November 2011.
- Documentation. Bonn, May 2012. [English]
- Nr. 53: Zweites bundesweites Netzwerktreffen Migration und Entwicklung – Dokumentation. Bonn, August 2012.
- Nr. 52: Erstes Netzwerktreffen WM Brasilien - Deutschland 2006/2011: Partner für Nachhaltige Stadtentwicklung
5.- 6. Dezember 2011, Bonn Mai 2012.
- Nr. 51: Kommunale Dreieckspartnerschaften. – Erfahrungsbericht und Praxisleitfaden, Bonn, April 2012.
- Nr. 50: Erstes Netzwerktreffen Deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika, Februar 2012.
- Nr. 49: Pressespiegel 2011. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2011.
- Nr. 48: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Migration und Entwicklung. – Dokumentation. Bonn, Oktober 2011.
- Nr. 47: Workshop „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ – Dokumentation. Bonn, Juni 2011.
- Nr. 46: Siebtes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt – Sparen mit dem Bürgerhaushalt?
Dokumentation vom 2.2.2011. Bonn, Juni 2011.
- Nr. 45: Erste bundesweite Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“ in Ludwigsburg 2010 –
Dokumentation. Bonn, Juni 2011.
- Nr. 44: Südafrika 2010 – Deutschland 2006: Kommunale Partnerschaft mit Kick! Abschlussevaluierung. Bonn, Februar 2011.
- Nr. 43: Pressespiegel 2010. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2010.
- Nr. 42: 50 Kommunale Partnerschaften bis 2015. Vorstudie. Bonn, Juni 2010.
- Nr. 41: Kommunale Partnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana.
Dokumentation des Workshops vom 22.4.2010 in Köln. Bonn, Juli 2010.
- Nr. 40: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Stationen des Modellprojekts 2008-2009. Bonn, November 2010.
- Nr. 39: Partnerschaften deutscher Kommunen am Beispiel Lateinamerika. Grundlagen, Stand und Perspektiven. Bonn, Juni 2010.
- Nr. 38: Pressespiegel 2009. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2009.
- Nr. 37: Die Bundeskonferenzen der Kommunen und Initiativen. 1988-2009. Bonn, September 2009.
- Nr. 36: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Workshop in Ettlingen vom 1
5. November 2008 (Deutsch/Französisch) [vergriffen]
- Nr. 35: Pressespiegel 2008. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2008.
- Nr. 34: Sechstes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt - vom Projekt zum Programm. Dokumentation vom 24.09.2008.
- Nr. 33: Kommunale Dreieckspartnerschaften: Stationen des Pilotprojektes 2007. Bonn – Kehl – Ouagadougou. Bonn, April 2008.
- Nr. 32: Kommunale Dreieckspartnerschaften: Studie zur Zusammenarbeit mit Burkina Faso. Bonn, April 2008.

- Nr. 31: Migration und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Gutachten zum aktuellen Stand und den Potenzialen des Zusammenwirkens. Bonn, April 2008. [vergriffen]
- Nr. 30: Fünftes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 04.12.2007.
- Nr. 29: Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in ausgewählten europäischen Ländern. Fallstudien zu Frankreich, Norwegen und Spanien. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 28: Migration und kommunale Entwicklungszusammenarbeit verbinden. Dokumentation eines Seminars vom 28.08.2007. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 27: Pressespiegel 2007. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2007.
- Nr. 26: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Auftaktworkshops vom 27.04.2007.
- Nr. 25: Städte als Partner für nachhaltige Entwicklung – Bilanz und Perspektiven 15 Jahre nach Rio. Sonderausgabe eines Beitrags in: Der Planet der Städte. Germanwatch (Hg.). Münster 2007.
- Nr. 24: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten. Revidierte Neuauflage 2011.
- Nr. 23: Viertes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 18.12.2006.
- Nr. 22: Pressespiegel 2006. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2006.
- Nr. 21: Finanzierungsmöglichkeiten kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Dokumentation vom 19.06.2006. [vergriffen]
- Nr. 20: Ein Jahr nach dem Tsunami. Dialogveranstaltung 07.12.2005. Dokumentation.
- Nr. 19: Pressespiegel 2005. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2005.
- Nr. 18: Pressespiegel. Medienberichterstattung zur Servicestelle Partnerschaftsinitiative. Januar-Juli 2005.
- Nr. 17: Bürgerhaushalt – Umsetzungsmöglichkeiten und Erfahrungen. Beispiel Schleswig-Holstein.
- Nr. 16: Partner schaffen Partnerschaften. Die kommunale Servicestelle – Partnerschaftsinitiative.
- Nr. 15: ModeratorInnen-Briefing. Thementeam bilden. Dezember 2004.
- Nr. 14: Zweites bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 12.10.2004. [vergriffen]
- Nr. 13: Pressespiegel 2004. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2004. [vergriffen]
- Nr. 12: ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004. [vergriffen]
- Nr. 11: Bonn Action Plan. Bonner Aktionsplan – zur Stärkung kommunaler Partnerschaften. Mai 2004.
- Nr. 10: ModeratorInnen-Briefing. Herausforderung Kommune – strategische Zukunftsthemen für ModeratorInnen. Dezember 2003.
- Nr. 9: Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003. [vergriffen]
- Nr. 8: Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
- Nr. 7: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
- Nr. 6: Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema „Internationale Gärten in Deutschland“ 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
- Nr. 5: Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 4: Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002. [vergriffen]
- Nr. 3: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002. [vergriffen]

- Nr. 2: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call.
[vergriffen]
- Nr. 1: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg.
Autorisierte Übersetzung in Deutsch. [vergriffen]

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Unser Profil. Bonn 2012.
- Unsere Strategie. Bonn 2010.
- Über Uns. Kurzprofil der Servicestelle, Bonn 2012. [Deutsch, Englisch, Spanisch, Portugiesisch]
- Herausforderung Klimawandel. 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Bonn 2009.
- Erklärung von München. Schlussklärung der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet München, Juni 2009. [Deutsch, Englisch, Französisch]
- Dokumentationen „Petersberger Gespräch“/„Petersberg Dialogue“ am 18.06.2002. [vergriffen]
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
- Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004. (Deutsch)
- No Excuse 2015. Aktiv vor Ort - Kommunen handeln jetzt! UN-Millenniumentwicklungs-ziele: Chancen in den Kommunen nutzen! Bonn, September 2005. [vergriffen]
- Evaluation der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, Dezember 2005.
- Empfehlungen von Hamburg. Schlussklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Hamburg, November 2006. (Deutsch)
- Infotainment und Bildungsarbeit in Deutschland. Infotainment and Educational Campaigns in Germany. Bonn, November 2007.
- Herausforderung Klimawandel. 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Bonn 2009.
- Erklärung von München. Schlussklärung der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet München, Juni 2009. (Deutsch/Englisch/Französisch)
- UN-Millennium-Gates. Acht Tore. Acht Ziele. Flyer zur Ausstellung im Rahmen der Kampagne 2015. (Deutsch) [vergriffen]

Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:

- Studie: Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise. In Kooperation mit dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. Bonn, 2009.
- Documentation: Mayors Conference 2008 „Local Action for Biodiversity“. Bonn 29. May 2008.
- Nord-Süd-Schulpartnerschaften – wie geht das? Eine Orientierungshilfe. In Kooperation mit: Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein sowie Diakonisches Werk Schleswig-Holstein. Kiel, Rendsburg, Bonn 2007/2011.
- Nachhaltigkeit: Das Plus vor Ort. In Kooperation mit Agenda-Transfer. Bonn 2007.

- Buy Fair – Ein Leitfaden für die öffentliche Beschaffung von Produkten aus dem Fairen Handel. In Kooperation mit ICLEI. Freiburg/Bonn 2007. [vergriffen]
- Nach dem Tsunami. Von der Nothilfe zu langfristigen Partnerschaften. In Kooperation mit: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (Hg.), Frankfurt/M., Reihe Dritte Welt-Information. Pädagogik praktisch, Heft 1/2/2006, Frankfurt/M. 2006.
- Mayors's Conference on Early Warning – on the occasion of the Third International Conference on Early Warning in Bonn, 26th March 2006. In cooperation with City of Bonn and German Committee for Disaster Reduction/DKKV e.V., Bonn 2006.
- Genuss mit Zukunft – Francisco Aguilar und sein Bio-Kaffee. dwp eG (Hg.), Ravensburg. CD-ROM/DVD. Bezug: dwp, info@dwp-rv.de
- Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30.-31. May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch]
- Documentation „Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation.“ 12-13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch] [vergriffen]
- Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes „Kommunen in der Welt“. Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.
- Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.). Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003. [vergriffen]
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002. [vergriffen]
- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen ***Eine-Welt-Nachrichten*** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage unter www.service-eine-welt.de.

ENGAGEMENT GLOBAL

Service für Entwicklungsinitiativen



Engagement Global gGmbH - Service für Entwicklungsinitiativen ist die Ansprechpartnerin in Deutschland für entwicklungspolitisches Engagement, deutschlandweit und international. Seit 1. Januar 2012 vereint Engagement Global unter ihrem Dach Initiativen und Programme, die sich in der entwicklungspolitischen Arbeit aktiv für ein gerechtes globales Miteinander einsetzen.

Mit Engagement Global gibt es erstmalig in Deutschland eine zentrale Anlaufstelle für die Vielfalt des entwicklungspolitischen Engagements sowie der Informations- und Bildungsarbeit.

Engagement Global informiert zu aktuellen Projekten und Initiativen in Deutschland und weltweit, berät Einzelne und Gruppen zu entwicklungspolitischen Vorhaben und fördert diese finanziell. Sie qualifiziert bedarfsgerecht, verbindet Menschen und Institutionen miteinander, unterstützt zivilgesellschaftliches und kommunales Engagement, private Träger und Einrichtungen.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Kommunen, Lehrer und Schüler finden

- Information
- Beratung
- Weiterbildung
- Förderung
- Netzwerke

Engagement Global arbeitet im Auftrag der Bundesregierung und wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert. Mit dem Ministerium teilt Engagement Global das Ziel, mehr Bürgerinnen und Bürger für entwicklungspolitisches Engagement zu gewinnen.

Engagement Global ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH). Sie hat ihren Sitz in Bonn. Weitere Standorte sind Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Leipzig, Mainz und Stuttgart.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7

53113 Bonn

Telefon +49 228 20 717-0

Telefax +49 228 20 717-150

info@engagement-global.de

www.engagement-global.de

www.facebook.com/engagement-global

www.twitter.com/EngGlobal

Infotelefon 0800 188 7 188



Engagement Global gGmbH,
Service für Entwicklungsinitiativen
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn • 0228/20717-0

Eine Welt beginnt vor Ort

Das Leben der Menschen in unserer Einen Welt ist in vielfältiger Weise miteinander verbunden. Voneinander lernen, miteinander Lösungen suchen, gemeinsame Wege gehen – das sind die Erfordernisse unserer Zeit, um global nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ihre Entscheidungen und Ihr Engagement als Kommune wirken sich auch auf das Leben anderenorts aus. Ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunft wird durch Ihr entwicklungspolitisches Engagement vielfältiger, ideenreicher und erfolgreicher.

Sie wollen Schritt halten mit den globalen Herausforderungen und gleichzeitig zur Entwicklung lebenswerter Bedingungen auch in anderen Teilen der Welt beitragen? Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht Ihnen als Partner zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Wir stehen für Erfahrung, Kompetenz, erfolgreiche Projekte, nachhaltige Ergebnisse und umfangreiche Informationen.

Schärfen Sie das internationale Profil Ihrer Kommune. Erwerben Sie interkulturelle Kompetenz. Engagieren Sie sich.

Wir sind

als Teil der Engagement Global gGmbH:

- Kompetenzzentrum und Serviceeinrichtung für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland,
- Partner für kommunale Entwicklungspolitik zur Erreichung internationaler Entwicklungsziele und einer nachhaltigen und partizipativen Stadtentwicklung – hier und bei den Partnern im Süden,
- Förderer des Austausches von internationalem Know-how mit Kommunalexperten in Entwicklungs- und Schwellenländern,
- Experten für die Qualifizierung von kommunalen Projekt- und Städtepartnerschaften,
- Berater für wirkungsvolle Informations- und Bildungsarbeit deutscher Kommunen.

Wir arbeiten

im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an kommunalen Zukunftsthemen:

- Deshalb helfen wir, kommunale Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern auf- und auszubauen, aktuell mit den Schwerpunkten: Klima, Bürgerhaushalt, nachhaltige Stadtentwicklung.
- Deshalb unterstützen wir die Vernetzung von Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene und stärken kommunale Entwicklungspolitik durch die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten.
- Deshalb fördern wir ein Faires Beschaffungswesen als kommunalen Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

Wir bieten

- Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen und Konferenzen, die Betreuung und Unterstützung themenbezogener Netzwerke,
- den Wettbewerb „Hauptstadt des fairen Handels“,
- persönliche, kostenlose Beratung, auch bei Ihnen vor Ort,
- einen Online-Finanzierungsratgeber,
- umfangreiche Publikationsreihen, Studien und Recherchen zu aktuellen Themen der entwicklungspolitisch relevanten kommunalen Handlungsfelder, eine umfangreiche Homepage www.service-eine-welt.de und Internetportale, beispielsweise www.buergerhaushalt.org,
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- Beratung für Kommunen zu den Angeboten der Engagement Global gGmbH.

Sie haben Ideen? Wir helfen Ihnen, diese umzusetzen.

Sie suchen Lösungen? Wir finden mit Ihnen partnerschaftlich das Ziel.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement heißt verantwortungsbewusst und nachhaltig die Zukunft in der Einen Welt zu gestalten. Seien Sie dabei!



DEUTSCHER
LANDKREISTAG



Deutscher
Städtetag



DSTGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund



Rat der Gemeinden und Regionen Europas,
Deutsche Sektion

EINE WELT.
ONE WORLD.
UN SEUL MONDE.
BONN.



Stadt Köln



Landeshauptstadt
München



stadtwormelskircher
das richtige ort.



Auswärtiges Amt



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit



dbb
beamtenbund
und tarifunion



DGB



d.i.e.
Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute



DIÖZESAN
RAT DER KATHOLIKEN
IM ERZBISSTUM KÖLN



FORUM DER
KULTUREN
STUTTART E. V.



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung



VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-
ORGANISATIONEN e.V.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.

Unter Mitwirkung: Land Mecklenburg-Vorpommern, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Stadt Bonn, Stadt Köln, Main-Kinzig-Kreis, Stadt München, Stadt Wermelskirchen, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Deutsche UNESCO-Kommission e.V., Diözesanrat der Katholischen Kirche, Forum der Kulturen Stuttgart e.V., Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.